Nr. 234. 26. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 7. Oktober 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wie der Freisinn die Beamten preisgab!

Als wir vor einigen Tagen nach einer Korrespondenz den Entwurf eines Gesetzes zur Knebelung und Bevormundung aller Beamtenorganisationen veröffentlichten, wiesen wir darauf hin, daß, wie heute bei uns in Preußen jedes freiere Wort verfolgt, jede selbständige Betätigung unterdrückt wird, so auch jener Entwurf die direkte Folge ist der Sprache, welche auf dem Beamtentage im Mai dieses Jahres geführt wurde, und des Petitionssturmes an das Abgeordnetenhaus, der aus Anlaß der neuen Beamtenbesoldungen Ende des vorigen und zu Beginn dieses Jahres in der Beamtenwelt sich erhob.

Eine so freimütige Sprache, wie sie auf diesem Beamtentage geführt wurde, war bis dahin in Preußen allerdings noch nicht gehört worden und stürmisch applaudierte Aeußerungen, wie z. B. die, daß neben dem Kopf eines Herrenhäuslers der Kopf eines preußischen Beamten und Volksschullehrers sich immer noch ganz respektabel ausnähme, mußten natürlich die Regierung in Bewegung setzen, für die Zukunft derartiges zu verhindern.

Ebenso war von Beginn an klar, daß die Regierung danach streben werde, eine Beeinflussung des Parlaments durch Petitionen von Beamten, wie sie aus Anlaß der Besoldungsvorlagen vollkommen berechtigterweise versucht wurde, für die Folge ganz zu unterbinden. Das ging schon aus der Rede hervor, die der Finanzminister am 12. Januar d. J. bei Einbringung des Staatshaushaltsetats hielt. In dieser Rede heißt es:

„Vor allem aber eins, meine Herren, was noch bedenklicher ist: so sehr wir den Beamten gönnen, daß sie ihre Gehaltswünsche zum Ausdruck bringen, so sehr müssen wir die Art bedauern, in der das von einzelnen Teilen der Beamtenschaft geschehen ist, eine Form, die zum Teil einen geradezu agitatorischen Charakter angenommen hat und durchaus nicht der Stellung der Beamten entspricht. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, das erste Mal, wo ich die Ehre habe, hier wieder vor dem hohen Hause zu sprechen, und ehe die zweite Lesung der Besoldungsordnung hier im hohen Hause beginnt, darauf hinzuweisen, und ich glaube mich im Einverständnis mit dem hohen Hause und auch im Einverständnis mit dem großen besonnenen Teile der Beamtenschaft zu befinden, wenn ich die Beamten darauf hinweise, daß sie nicht nur Rechte zu prätendieren, sondern auch Pflichten zu erfüllen haben, und daß die Beamten, die sich der Grenzen, die ihnen in dieser Beziehung gesteckt sind, nicht bewußt sind, **damit nur ihre eigene Stellung und ihre eigenen Wünsche beeinträchtigen!**"

Diese Ausführungen wurden von einem andauernden „Sehr richtig!" aus dem Hause begleitet, und es unterlag keinem Zweifel, daß die Majoritätsparteien in die gleiche Kerbe hauen würden. So unterstrich in der ersten Lesung des Etats, am 18. Januar 1909, der bekannte freikonservative Scharfmacher v. Zedlitz die Worte des Ministers in folgender Weise:

„Ich bin einer derjenigen gewesen, die am allerentschiedensten die Forderung erhoben haben, daß gerade in bezug auf die Beamtenbesoldung nicht schrittweise vorgegangen, sondern ganze Arbeit gemacht werde. Ich habe daher das Recht und auch wohl die Pflicht, hier ausdrücklich zu erklären, daß die Art, wie zahlreiche Klassen unserer Beamtenschaft sich bei dieser Gelegenheit gegenüber dem Landtage und der Oeffentlichkeit benehmen, schärfsten Tadel verdienen. . . . Ich glaube, daß die Beamtenvereine und ihre Presse nach dieser Richtung hin die allerungünstigste Wirkung geübt haben, daß sie sich allmählich zu ganz gefährlichen Auswüchsen an dem sonst gesunden Körper unserer Beamtenschaft gestaltet haben **und ich richte an die Beamten selbst die Aufforderung, in ihrer alten Beamtentreue sich dieser üblen Ratgeber, dieser z. T. durchaus verkehrten Einrichtungen selbst wieder zu entledigen.**"

Wie verhielten sich nun solchen Brüskierungen der Beamten gegenüber die **Freisinnigen?** Stellten Sie, die damals als Blockgenossen noch mit am Ruder standen, sich schützend und schirmend vor die Beamten und deren staatsbürgerliche Rechte?

„Der Herr Minister v. Rheinbaben hat die Art getadelt, wie von einzelnen Teilen der Beamtenschaft ihre Wünsche vertreten werden; und der Herr Abg. v. Zedlitz hat gestern diesen Tadel noch durch weitere Bemerkungen verschärft. Nun, meine Herren, wenn in dieser Beziehung **Mißgriffe** vorgekommen sind, **was auch ich nicht in Abrede stellen will,** so haben sie ihre Ursache vor allem wohl in dem Umstande, daß die Erfüllung der berechtigten Wünsche so lange zurückgehalten worden ist, daß das Mißverhältnis zwischen Einkommen und Lebenshaltung sich in den letzten Jahren fortgesetzt verschärft hat, daß notwendige Aufbesserungen nicht gewährt worden sind, in Zeiten, wo wir finanziell und wirtschaftlich besser standen als es heute der Fall ist."

Das war alles, was Herr Abg. Dr. Wiemer zu sagen hatte! Und weniger zu sagen war selbst für einen Freisinnigen nicht möglich! Kein Wort von der drohenden Beeinträchtigung der winzigen bisherigen Rechte der Beamten. Kein Wort davon, daß die Beamten nichts getan haben, als was zu tun ihr **gutes** Recht ist! Demgegenüber war es allein der sozialdemokratische Etatsredner, Genosse Heimann, der sich **rückhaltlos für die Beamten einsetzte:**

„Von niemand ist noch behauptet worden, daß die geplanten Gehaltsaufbesserungen dazu dienen könnten, den Beamten eine behaglichere Lebensführung zu gestatten, als sie früher gehabt hatten; nein, diese Aufbesserung kann doch nur dazu dienen, das Manko auszufüllen, welches sich in dem Etat der Beamten durch die Zoll- und Steuerpolitik des Reiches ergeben hat. Es erschien mir daher die **selbstverständlichste Sache der Welt,** daß die Beamten bei der geplanten Gehaltsaufbesserung, auf die sie seit Jahren vertröstet worden sind, versucht haben, möglichst gut abzuschneiden. Um so befremdlicher war es mir, zu hören, daß der Herr Finanzminister sich in schroffster Weise gegen die Bewegung unter den Beamten wandte, die ja sogar schon einen agitatorischen Charakter angenommen haben sollte, und daß er seinen Worten die gar nicht mißverständliche Drohung anfügte, daß die Beamten, die sich der Grenzen, die ihnen in dieser Beziehung gesteckt sind, nicht bewußt seien, damit nur ihre eigene Stellung und ihre eigenen Wünsche beeinträchtigen werden.

Wir unsererseits müssen **Verwahrung gegen diese Drohung des Ministers einlegen;** die Beamten haben nichts getan als ihr **verfassungsmäßiges Recht wahrgenommen,** in Petitionen sich an den Landtag zu wenden; und wenn die Beamten glauben oder glauben beweisen zu können, daß sie bei der geplanten Gehaltserhöhung anderen ähnlichen Beamtenkategorien hintenan gestellt werden, dann haben sie das Recht, ja ich sage sogar, sie haben im Interesse ihrer Familien die Pflicht, solche Tatsachen in möglichst eindrucksvoller Form dem Landtag vor Augen zu führen. **Mehr haben die Beamten nicht getan.** Und ich hoffe, die Beamten werden sich durch solche Drohungen in der Wahrnehmung ihrer Rechte nicht beeinträchtigen lassen."

Diese Zusammenstellung aus den stenographischen Berichten über die damaligen Beratungen müßte allein schon den Beamten zeigen, **wessen sie sich von den Majoritätsparteien des Abgeordnetenhauses, aber auch wessen sie sich von den Freisinnigen bei der geplanten Einschränkung ihrer Rechte zu versehen haben!** Sollte es da wirklich die Aufgabe der zahlreichen Beamten sein, die bei den **bevorstehenden vier Berliner Landtagsersatzwahlen** als Wähler in Betracht kommen, durch Stimmabgabe für den Freisinn die geringe Zahl derer noch verringern zu helfen, die bei jeder Gelegenheit sich für die Rechte der Unterbeamten voll eingesetzt haben und einsetzen werden? Nein, wie wir bereits schrieben, ein Beamter, der bei diesen Landtagswahlen direkt oder indirekt die Sozialdemokratie benachteiligt, hilft damit **selbst den Strick drehen, mit dem die Beamten geknebelt werden sollen!**

August Bebel an Haußmann.

Genosse Bebel schreibt uns:

Nachdem bekannt wurde, daß ich auf den „Offenen Brief" des Reichstagsabgeordneten Haußmann an mich diesem in einem Privatbrief antwortete, werde ich von den verschiedensten Seiten um Auskunft angegangen und um Veröffentlichung des Briefes ersucht, mein Schweigen werde sonst falsch ausgelegt. Ich muß diesen Einwand für begründet erachten und übersende Ihnen hiermit den Brief zur Veröffentlichung. Derselbe lautet:

Geehrter Herr Kollege!

Das Vertrauen, das Sie in mich setzen, ist sehr schmeichelhaft für mich, aber ich kann ihm nicht gerecht werden.

Aus Ihrem offenen Briefe ersehe ich wieder erneut, daß die Differenzen in der Auffassung von der Natur des Staates und der Gesellschaft und der Stellung, die unsere beiderseitigen Parteien in den politischen und sozialen Kämpfen einnehmen, unüberbrückbare sind.

Ich kann nicht anerkennen, daß auch nur einer der Anwürfe, die Sie in Ihrem offenen Brief gegen mich beziehentlich die sozialdemokratische Partei richten, Berechtigung hat, aber um die Angriffe zu widerlegen, bedürfte es langer historischer und parteipolitischer Auseinandersetzungen, die schließlich eine Broschüre füllten und uns, dafür sind die beiderseitigen Auffassungen zu grundverschieden, doch nicht näher brächten. Gegenüber Ihren vielen Rekriminationen möchte ich eine kleine Reminiszenz auffrischen, die zeigt, daß der Wandlungsprozeß, den die deutsche Demokratie und der Liberalismus seit fast fünf Jahrzehnten vollzogen hat, uns immer mehr auseinanderbrachte.

Als ich im Februar 1867 in den konstituierenden Norddeutschen Reichstag eintrat, waren auch Mitglieder desselben die Demokraten Dr. Schaffrath und Professor Wigard, beides alte 48er. Als ich sie frug, wie sie die Situation beurteilten — ich war erst in der engeren Wahl gewählt und trat daher einige Wochen später als sie in den Reichstag — antworteten beide einmütig: mit den preußischen Fortschrittlern ist wenig anzufangen, die verstehen uns nicht, denn sie sind vor allem Preußen. Dieselbe Antwort gaben mir ein Jahr später die Freunde Ihres Vaters, die damals ins erste Zollparlament eintraten, die Tafel, Ammermüller, Deffner, Kolb und so weiter. Ja selbst Männer wie ein Schäffle und Oesterlen, die bekanntlich mehr rechts standen, waren erstaunt über den mangelnden demokratischen und konstitutionellen Geist, den sie bei der Fortschrittspartei fanden. Seitdem sind mehr als vier Jahrzehnte verflossen, die Epigonen der Waldeck, Ziegler, Hoverbeck usw. sind immer mehr nach rechts marschiert, aber auch die Epigonen der Tafel, Ammermüller, Haußmann sen. usw. haben sich den Liberalen angeschlossen und den Gipfelpunkt ihrer politischen Betätigung im Block, d. h. in der Verbindung mit den schärfsten Gegnern jeder freien bürgerlichen und konstitutionellen Entwickelung, den preußischen Junkern, gefunden.

Eine Untersuchung der Gründe für diesen tiefen Sturz, der einzig im politischen Leben aller Nationen ist, würde zu weit führen. Ich konstatiere die Tatsache. Ist es da nicht natürlich, daß wir, die wir, was immer Sie uns vorwerfen mögen, unentwegt die Forderungen verteidigten, und zu verwirklichen bestrebt sind, keinen gemeinsamen Weg mehr fanden?

Die Wahlparole Eugen Richters aus dem Jahre 1877: Lieber Lucius als Kapell!, d. h. lieber ein Konservativer als ein Sozialdemokrat, ist seitdem immer mehr die Parole des liberalen Bürgertums geworden. Heute mehr als je! Sie werden antworten: Das habt Ihr mit Euren sozialdemokratischen Forderungen verschuldet. Wir verschulden genau so viel an der bürgerlichen Gesellschaft, als wie das Bürgertum in seinem Klassenkampf gegen die feudale Gesellschaft verschuldete, als es dem Worte des Abbé Sieyès zujubelte: Was ist der dritte Stand? Nichts! Was sollte er sein! Alles! Mit der bürgerlichen Ordnung hat aber der menschliche Fortschritt nicht der Weisheit letzten Schluß erreicht. Hinter dem Bürgertum erschien als neue, von ihm selbst geschaffene, aber von ihm niedergehaltene Klasse, die immer gewaltiger wächst und ihre Forderungen an die Gesellschaft stellt, die moderne Arbeiterklasse, deren politischer Repräsentant die Sozialdemokratie ist.

Die Arbeiterklasse kann auf ihre Klassenforderungen ebensowenig verzichten, wie das Bürgertum der feudalen Gesellschaft gegenüber verzichtet hat. Aber ein Unterschied besteht. Indem die moderne Arbeiterklasse die Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen beseitigen will, um eine Gesellschaft von Freien und Gleichen zu schaffen, fällt auch jede Klassenherrschaft, die nunmehr keine Existenzberechtigung mehr hat.

Das ist der Stand der Dinge zwischen Ihnen drüben und uns hüben.

Aber was wir erstreben, ist nicht von heute auf morgen durchsetzbar. Wir marschieren in Etappen. Jeder Fortschritt auf irgend einem Gebiete führt uns näher ans Ziel. Damit müssen wir den Fortschritt auf allen Gebieten erstreben wollen. Deshalb werden wir auch jede ehrlich-liberale Forderung, die die Vertreter des Bürgertums an den Staat stellen, kräftigst unterstützen. Das haben wir bisher getan und werden wir ferner tun, und es wird mir und sicher auch allen meinen Parteigenossen nur angenehm sein, wenn wir recht oft in die Lage kommen, die Forderungen der bürgerlichen Parteien unterstützen zu können. Auf unsere weitergehenden Forderungen verzichten wir damit nicht, wir hörten sonst auf zu sein, was wir sind.

Wir bleiben also im übrigen Gegner, was nicht ausschließt, daß ich auch heute noch an Ihrer Seite an den Ufern des Bodensees wandelte, wie wir das vor Jahren in Gesellschaft Ihres leider so früh verstorbenen Bruders taten."

In der bürgerlichen Presse ist bereits darauf hingewiesen worden, daß anscheinend aller Anlaß bestehe, den Wortlaut des Briefes unseres Genossen Bebel an den Abg. Haußmann zu verheimlichen. Und bereits sind allerlei Kombinationen aufgetaucht, denen nunmehr die Spitze gründlich abgebrochen ist.

Zum Wahlkampf.

Das Wundertier gefunden!

Bekanntlich hatten die Beamten und Lehrer, die von der Kandidatur des Kommunalfreisinnsmannes Weigert im siebenten Landtagswahlkreise nichts wissen wollten, die Sonderkandidatur Rosin aufgestellt. Da jedoch die Hausbesitzervereine gegen diese Kandidatur Einspruch erhoben, wurde, nachdem Herr Weigert selbst so klug gewesen war, auf seiner aussichtslosen Kandidatur nicht zu bestehen, von den Beamten und Lehrern ihrerseits auch die Kandidatur Rosin wieder zurückgezogen.

Es sollte nun ein neuer Kandidat gefunden werden, der sowohl den engherzigen Klasseninteressen der Herren Hausagrarier als auch den Wünschen der Beamten und Lehrer entsprach. Wir schrieben gestern, daß man gespannt darauf sein dürfe, dies Wundertier kennen zu lernen, das so entgegengesetzte Eigenschaften in sich vereinige. Nun soll das Wundertier aber wirklich gefunden worden sein, und zwar in der Person des ehemaligen Landtagsabgeordneten Goldschmidt, des Redakteurs des „Gewerkverein". Mit ihm sollen sich, und wohl nicht ohne Grund, sowohl die Hausbesitzer einverstanden erklärt haben, als auch, was weniger verständlich ist, die Beamten und Lehrer. Auch die freisinnige Parteileitung soll ihren Segen zu der ihr natürlich nicht unbequemen Kandidatur Goldschmidt gegeben haben.

Wes Geistes Kind dieser Herr Goldschmidt ist, dafür wollen wir heute nur zwei Beiträge liefern. Wie wir schon gestern hervorhoben, ist besonders die Stellung des Kandidaten zur preußischen Wahlreform von Bedeutung. Natürlich wird Herr Goldschmidt ohne Zögern erklären, daß er ein unbedingter Verfechter der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen sei. Daß aber auf solche Versicherungen leider nicht allzuviel zu geben ist, beweist die Tatsache, daß in einem freisinnigen Aufrufe, der am 28. Januar 1908 in der „Freisinnigen Zeitung" veröffentlicht wurde und unter den auch der damalige Abgeordnete Goldschmidt seinen Namen gesetzt hatte, von einer Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen gar keine Rede war! Da hieß es vielmehr, daß der unterzeichnete Ausschuß, dem auch Herr Goldschmidt angehörte, nur eine Agitation „zur Bekämpfung des ungerechten und widersinnigen Dreiklassenwahlsystems, der öffentlichen Abstimmung und der veralteten Wahl-

kreiseinteilung durchführen" wolle. Mit Recht fragte die „Volkszeitung", warum denn nicht rund und nett von der Einführung des Reichstagswahlrechts die Rede sei! Die absichtliche Vermeidung einer derartig klaren und bestimmten Stellungnahme gäbe sehr zu denken! Der Ausschuß werde wohl nichts als eine „Begräbniskommission" sein. Wie recht damit die „Volkszeitung" gehabt hat, beweist ja das ganze unsäglich schlappe seitherige Verhalten des Freisinns gegenüber der Wahlreform!

So unzuverlässig Herr Goldschmidt in Sachen der Wahlreform ist, als so unzuverlässig erwies er sich auch auf sozialpolitischem Gebiete. Der Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine brachte es nämlich fertig, die Einführung der Legitimationskarten für ausländische Arbeiter, dies Mittel zur Schikanierung und Ausweisung aller fremden Arbeiter, die sich dem Unternehmertum oder der Polizei unbequem gemacht haben, am 12. Dezember 1907 als „durchaus zweckmäßig" zu begrüßen und nicht nur für die fremden Landarbeiter, sondern auch für die ausländischen Industriearbeiter zu fordern! Daß der Führer einer freisinnigen Arbeiterorganisation dies Mittel zur Versklavung ausländischer Arbeiter, zur Züchtung von ausländischen Lohndrückern und Streikbrechern als durchaus zweckmäßig begrüßen konnte, ist wahrhaftig ein starkes Stück!

Daß dieser Mann sowohl den Hausbesitzern als auch der verwiemerten Parteileitung durchaus genehm ist, ist ja kein Wunder; daß aber auch die Beamten und Lehrer einem solchen den Fischbeck, Mugdan oder Weigert durchaus ebenbürtigen Freisinnspolitiker ihr Vertrauen schenken können, halten wir einstweilen doch noch für ausgeschlossen.

Gesetz oder Willkür?

Wie mit ganz offensichtlichem Zynismus die Hallesche Reichstags-Ersatzwahl verschleppt wird, geht aus den nachstehenden Daten hervor. Der Abg. Schmidt-Halle starb am 7. Juni, also heute vor vier Monaten. Einige Tage vor Schmidt starb Abg. Schellhorn-Landau, Ersatzwahl am 20. Juli. Eine Woche nach Schmidt verschied Abg. Goldstein; Ersatzwahl für Stollberg-Schneeberg am 7. September. Vier Wochen nach dem Tode Schmidts wurde das Koburger Mandat frei; Ersatzwahl Montag, den 11. Oktober. Der Tod des Abgeordneten für Landsberg-Soldin fiel in die Julimitte; Ersatzwahl am 12. November.

Ist die Landsberger Nachwahl absichtlich verbummelt, um den bürgerlichen Parteien ausreichende Gelegenheit zu geben, sich auf einen reaktionär-liberalen Kandidaten zu vereinen, — so zeigt die beispiellos skandalöse Hallesche Wahlverschleppung, daß der preußischen Regierung, wenn sie dem politischen Rückschritt unter die Arme greifen kann, Recht, Gesetz und Verfassung vollständig Lust ist. Nicht auf die Erfüllung, nein auf die Verhöhnung der gesetzlichen Bestimmungen ist es abgesehen.

Die Verfassung des Deutschen Reiches spricht keiner Bundesregierung das Recht zu, Partei-Wahlpolitik zu treiben. Der Artikel 25 der Verfassung besagt vielmehr, daß die Reichstagswähler bei Neuwahlen innerhalb eines Zeitraums von 60 Tagen zur Wahlhandlung veranlaßt werden müssen. Für Halle-Saalkreis ist bisher ein Zeitraum von 122 Tagen, also mehr als doppelte Frist, in Betracht zu ziehen; allein von der Fixierung des Wahltermins ist noch immer keine Rede! Für die Aufstellung der Wählerlisten bedarf man in Halle erfahrungsgemäß etwa 15 Tage. Der Paragraph 8 des Reichswahlgesetzes sieht für die Proteste gegen die Liste eine Woche vor, für die Erledigung der Einsprüche zwei Wochen. Mithin konnte die Hallesche Wahl bequem um den 15. Juli erfolgen. Ja, sie mußte um diese Zeit durch den Reichskanzler veranlaßt werden, da der § 66 der Geschäftsordnung des Reichstags verlangt, daß die Neuwahl „in der kürzesten Frist" vor sich gehe. Dazu kommt noch die zwingende Forderung des § 34 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes, das ausdrücklich verlangt, daß die zuständige Behörde die neue Wahl sofort zu veranlassen hat. — Sofort??? —

Die Regierung steht, wie man hier sieht, nicht über den Parteien; sie ist vielmehr Partei. Zwar steht sie nicht über dem Gesetz, aber sie wagt es doch, das Recht mit Füßen zu treten. Die gesetzlichen Bestimmungen sind ebenso klar, wie die absichtliche Weigerung der Gesetzeserfüllung. Eine stärkere Aufreizung als diese Tatsache ist kaum denkbar. Mehr als alles andere wird eine solche Erkenntnis beabsichtigter Rechtsverletzung die Massen der Halleschen Wähler zu politischem Denken und wahlpolitischem Handeln aufpeitschen!

Hoch das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht!

Das Kammergericht hatte gestern die Ansicht der Polizei und Staatsanwaltschaft zu prüfen, daß die von der sozialdemokratischen Partei veranstalteten Wahlrechts-Straßendemonstrationen und das Ausbringen eines Hochs auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht etwas Rechtswidriges oder gar als „grober Unfug" strafbar sei. Die Entscheidung ist gesundem Rechtsempfinden entsprechend gegen die Auffassung der Polizei und Staatsanwaltschaft ausgefallen.

Der Genosse Tapezierer Max Dittmann war, wie unseren Lesern aus den früheren Berichten erinnerlich ist, am 24. Januar 1909 mit anderen Demonstranten nach der Burggrafenstraße gegangen und hatte dort vor dem Hause des Reichstagsabgeordneten Fischbeck ein Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ausgebracht. Die Umstehenden hatten in den Hochruf dreimal eingestimmt. Die Polizei sistierte hierauf Dittmann zur Wache. Alsdann erwirkte der Amtsanwalt gegen Dittmann einen Strafbefehl des Amtsgerichts Schöneberg, in dem eine Haftstrafe von nicht weniger als vier Wochen festgesetzt war. Dittmann erhob Einspruch und wurde vom Schöffengericht am 30. April freigesprochen.

Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein. Die zweite Strafkammer des Landgerichts II verurteilte am 5. Juli den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 10 M.

Das Landgericht begründete die Verurteilung wie folgt:

„Angeklagter hat, wie er selbst zugibt, in bewußter Weise eine Demonstration in bezug auf eine damals lebhaft erörterte, im Publikum sehr verschieden beurteilte Wahlrechtsfrage unternommen. Seiner Ansicht entsprechend waren die Worte: „Parteigenossen, es lebe das allgemeine freie direkte Wahlrecht" und die von ihm veranlaßten Hochrufe auf der Straße und in den benachbarten Häusern, wie die Aussage der Zeugen dartut, weithin deutlich vernehmbar. Daran, daß es sich um eine politische Kundgebung handelte, konnte für die Nachbarschaft und die Straßenpassanten kein Zweifel sein, da für jenen Tag Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht in größter Oeffentlichkeit, wie gerichtskundig, in Aussicht gestellt waren und außerdem die Demonstration vor der Wohnung des Abgeordneten Fischbeck erfolgte. Eine derartige, absichtlich sich dem Publikum, d. h. auch anders denkenden Bürgern aufdrängende Demonstration als solche, außerdem auch die demonstrativ parteipolitische Behandlung der strittigen Wahlrechtsfrage auf offener Straße war durchaus geeignet, den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung zu stören, d. h. die Handlung des Angeklagten hat die öffentliche Ordnung, wie erwiesen, gefährdet. Diese Gefährdung hat der Angeklagte gekannt. In jenen lauten Parteiäußerungen, welche Angeklagter getan und veranlaßt hat, liegt auch mit Rücksicht auf die Größe der Gefährdung der öffentlichen Ordnung ein grober Unfug im Sinne des § 360 Strafgesetzbuchs."

Gegen dies Urteil legte Dittmann Revision ein. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld machte in der gestrigen Verhandlung vor dem Kammergericht geltend, daß durch das Ausbringen eines Hochs auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht weder das Publikum als solches gefährdet worden sei noch eine Handlung vorliege, die sich gegen den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung richte. Sei ein Hoch auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ein grober Unfug, so sei es ebenfalls strafbar, wenn auf der Straße beim Vorüberfahren des Kaisers Hoch gerufen würde, eine verschiedenartige Behandlung der Demonstranten, je nachdem sie Sozialdemokraten oder Angehörige bürgerlicher Parteien seien, stände mit dem Gesetze in Widerspruch.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte die Aufrechterhaltung des Urteils des Landgerichts, indem er auf die Rechtsprechung hinwies, nach welcher schon das Tragen eines roten Abzeichens ausreiche, um den Tatbestand des groben Unfugs zu erfüllen.

Das Kammergericht hob das Urteil des Landgerichts auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Es sei keine Frage, daß der Inhalt der Aeußerung: „Es lebe das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht" nicht geeignet sei, den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung zu gefährden. Nur darauf komme es an, ob die Aeußerung in einer Form geschehen sei, daß dadurch der Bestand der äußeren Ordnung gefährdet werden könnte. Der Inhalt des Urteils des Landgerichts gebe keine Veranlassung, dies anzunehmen. Eine Zurückverweisung der Sache an das Landgericht zu dem Zwecke, um festzustellen, ob die Art der Aeußerung nicht doch eine solche gewesen sei, daß sie als grober Unfug angesehen werden könne, erscheint zwecklos, da sie voraussichtlich doch zu keinem anderen Resultat führen würde. Durch die erwiesene Aeußerung des Angeklagten war die öffentliche Ordnung nicht gestört, nicht einmal gefährdet, und darum sei sofort auf Freisprechung erkannt worden.

In diesem Falle bestätigte sich mithin die bei Gerichtsentscheidungen leider so oft beobachtete Tatsache nicht, daß Recht haben und Recht bekommen zweierlei ist. Die Oberstaatsanwaltschaft hatte versucht, das Kammergericht zu einem irrigen Urteil durch den Hinweis zu verleiten, daß ja schon das Tragen eines roten Abzeichens grober Unfug sei. Diese Auffassung der Oberstaatsanwaltschaft beim Kammergericht ist mit dem Gesetz und der Rechtsprechung unvereinbar. Es sei an die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Sachen des Genossen Stöven gegen den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein aus dem Jahre 1891 erinnert. Dort wird zutreffend in Anknüpfung an die Rechtsprechung des Reichsgerichts das Gegenteil der oberstaatsanwaltlichen Behauptung als zutreffend anerkannt. Die Sozialdemokratie, wird dort ausgeführt, ist nach Aufhebung des Sozialistengesetzes in der Rechtsordnung als gleichberechtigte Partei anerkannt. Das Entfalten ihrer roten Fahne, das Tragen roter Abzeichen und dergleichen kann daher ohne Gesetzesverletzung nicht als Störung der Rechtsordnung gekennzeichnet werden. Richtig ist, daß in Sachsen die verkehrte Anschauung das Dresdener Oberlandesgericht beherrscht, alte sächsische Gesetze, die das Tragen „revolutionärer Abzeichen" verbieten, beständen noch zu Recht. Dem sächsischen Oberlandesgericht fallen aber die meisten und schroffsten Verstöße gegen allgemein anerkannte Regeln zur Verhütung von Unfällen in dem Rechtsprechungsbetrieb der deutschen Obergerichte zur Last. Dahin gehört auch die Urteilsweise, die das Tragen von revolutionären Abzeichen für strafbar erachtet. Eine öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam gegen solche Spezialgesetze ist wiederholt erfolgt, unseres Wissens aber nie verfolgt worden. Erfolgte eine Anklage, so würde das Reichsgericht in gleicher Weise zu einer Freisprechung gelangen wie das Kammergericht im vorliegenden Falle. Die Anklage gegen Dittmann und seine Verurteilung waren nur durch Verletzung der Verfassungsvorschrift möglich, nach der vor dem Gesetz alle Preußen gleich sind. Der Versuch gar, vier Wochen Haft dem Genossen aufzubrummen, weil er nicht auf das Dreiklassenwahlunrecht, sondern auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ein Hoch ausbrachte, beweist, daß die dem Allgemeininteresse entsprechende politische Tendenz des nunmehr Freigesprochenen das Motiv zur Anklageerhebung war. Die Anklage, nicht das Hoch, war ein Verstoß gegen vom Gesetz anerkannte Grundsätze der bestehenden Rechtsordnung.

Ein Notschrei aus dem Kerker.

Francesco Ferrer, den die spanischen Regierungsterroristen unter der erlogenen Beschuldigung, den Aufstand von Barcelona angestiftet zu haben, vor ihr Blutgericht schleppen wollen, hat aus seinem Zellengefängnis in Montjuich einem Freund einen Brief zu übermitteln verstanden, den die „Humanité" veröffentlicht. Darin erklärt Ferrer, nichts von dem Ausbruch der Revolution in Barcelona gewußt zu haben. Da aber die Klerikalen ihn aus alter Feindschaft beschuldigten, die Verbrennung eines Klosters angestiftet zu haben, brachte er sich bei Freunden in einem Dorfe in Sicherheit. Hier erfuhr er, der Staatsanwalt bezeichne ihn als den Urheber des Aufstandes. Er beschloß sofort, sich freiwillig dem Gerichte zu stellen. Allein, kaum verließ er das Haus, als die Bauern über ihn herfielen, ihn mißhandelten, ihn mit Stricken banden und nach Barcelona nicht zum Richter, sondern zum Zivilgouverneur führten. Der Gouverneur, dem er seine Unschuld beteuerte, erwiderte ihm, die Schulbücher seiner „modernen Schule" seien wohl eine der ersten Ursachen des Aufstandes gewesen. Also sei er für diesen verantwortlich. Der erste Richter, der ihn verhörte, schien menschlich und gerecht. Man entzog ihm denn auch die Sache und übertrug sie einem Militärrichter Major Valerio Pazo, den er von seinem früheren Prozesse her in schlechtestem Andenken hatte. Dieser Richter hielt ihm unter anderen Dingen einen alten revolutionären Aufruf vor, den die Polizei bei der Haussuchung in Ferrers Besitz gefunden haben wollte. Ferrer versichert, er habe diesen Aufruf nie gesehen. Das Papier sei eine Fälschung der Polizei oder des Richters zu dem Zweck, ihn zu verderben. Ferrer beklagt sich schließlich über die schlechte Behandlung während der strengen Abschließungshaft, in der er einen vollen Monat lang gehalten wurde. Seine Zelle sei übelriechend, ohne Luft und Licht, seine Nahrung die Zuchthauskost gewesen.

Die „Humanité" fordert, daß alle freiheitlich fühlenden Männer beider Welten gemeinsam sich zum Proteste erheben sollen, um den spanischen Pfaffen ihr Opfer zu entreißen.

Gleichzeitig berichtet der „Matin" über eine andere Greueltat. Der 22jährige Garcia Ramon wurde von den Kriegsgerichtbanditen wegen Beteiligung an dem Aufstand zum Tode verurteilt. Acht Dragoner unter Führung eines Leutnants sollten den Mord ausführen. Doch die Soldaten waren Menschen. Zweimal wurde Feuer kommandiert und zweimal feuerten die Soldaten über den Kopf des Verurteilten hinweg. Da trat der Leutnant an den Verurteilten heran und schoß den jungen Menschen mit seinem Revolver nieder. . . .

Aber die Blutarbeit ist erst in ihrem Beginne. 1200 Prozesse harren der Erledigung vor den Kriegstribunalen Barcelonas! Die Frommen verstehen sich auf gründliche Rache und die herrschenden Klassen Europas haben Besseres zu tun, als sich um die spanischen Greuel zu kümmern. Das Eintreten für Menschlichkeit und Menschenwürde verspricht ja keine Erhöhung der Profitrate.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Oktober 1909.

Die Arbeiterentlassungen im Tabakgewerbe.

Die Einführung der neuen Tabaksteuererhöhung hat zu massenhaften Arbeiterentlassungen und Arbeitszeitverkürzungen im Tabakgewerbe geführt. Die Regierung scheint das dadurch über große Arbeiterschichten heraufbeschworene Elend recht phlegmatisch zu betrachten, denn den um Unterstützung aus dem Viermillionenfonds nachsuchenden arbeitslosen Tabakarbeitern werden die größten Scherereien gemacht. Viel unangenehmer empfindet man allem Anschein nach an den sogenannten maßgebenden Stellen, daß die Presse immer wieder über neue Arbeiterentlassungen berichtet und diese als Folgen der Tabaksteuer bezeichnet. Das muß aus Gründen der Staatsräson verhütet werden. Man möchte den Preßmeldungen entgegentreten; doch fehlt es an Material. Um solches zu erlangen, ist deshalb dieser Tage folgendes kategorisches Schreiben an Berliner Tabakindustrielle versandt worden:

Oberkontrolle Süd — Berlin, den 4. Oktober 1909.
Nr. 902. — Alt-Moabit 145.

Ein Teil der Presse stellt als die Ursache angeblicher massenhafter Arbeiterentlassungen, Lohnverminderung und Verkürzung der Arbeitszeit oder der Arbeitsmenge im Tabakgewerbe, insonderheit in der Zigarrenindustrie, die durch das neue Tabaksteuergesetz eingetretene Mehrbelastung der Tabakerzeugnisse dar. Um diese Behauptungen zu prüfen und etwaigen Uebertreibungen wirksam entgegentreten zu können, bitte ich die anliegende Nachweisung ausfüllen und mir binnen 24 Stunden sehr gefälligst zurücksenden zu wollen. Auch ist eine Angabe darüber erwünscht, ob Sie nicht mit Rücksicht auf die Ergänzung der durch den erhöhten Absatz vor dem 15. August stark verminderten Lagerbestände — mit der Entlassung von Arbeitern oder mit der Einschränkung des Betriebes in den nächsten Monaten innehalten müssen.

Hochachtungsvoll J. V.: Jahn, Zollinspektor.

In dem „Nachweis", von dem im obigen Schreiben gesprochen wird, werden Angaben über die Zahl der durchschnittlich im Jahre 1908 beschäftigten Fabrik- und Heimarbeiter, über die Zahl der vor dem 15. August 1909 beschäftigten Arbeiter, der entlassenen Arbeiter usw. verlangt. Ferner sollen die Gründe der Entlassungen sowie die eingelegten Feierschichten, Arbeitszeitverkürzungen und Lohnherabsetzungen angegeben und mitgeteilt werden, wie viele der entlassenen Arbeiter in anderen Betrieben Unterkunft gefunden haben. —

Die erste Sitzung des Bundesrates.

Die „Saure-Gurkenzeit" geht ihrem Ende entgegen. Es macht sich eine regere Tätigkeit in der Politik bemerkbar. Auch die Verwaltungskörperschaften nehmen ihre Arbeit langsam wieder auf. So wird der Bundesrat seine erste Sitzung schon am 14. Oktober unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern, Staatsministers Delbrück abhalten. In ihr soll die Neubildung der Ausschüsse erfolgen, ferner werden die von den Ausschüssen während der Vertagung des Plenums beschlossenen zahlreichen Ausführungsbestimmungen zu den neuen Steuergesetzen zur nachträglichen Genehmigung gelangen. Die Zusammensetzung des Bundesrats zeigt erhebliche Veränderungen. Es sind die langjährigen Mitglieder, der frühere Unterstaatssekretär im Finanzministerium, jetziger Seehandlungspräsident, Wirkl. Geh. Rat v. Dombois, der bayrische Staatsrat v. Burkhard, der kgl. sächsische Wirkliche Geheime Rat Dr. Fischer und der badische Wirkliche Geheime Rat Scherer ausgeschieden. Neu eingetreten sind der Unterstaatssekretär Schreiber vom preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe und der Unterstaatssekretär Dr. Michaelis vom Finanzministerium, der bayerische Oberregierungsrat Dr. Wolf und der badische Ministerialdirektor Rheinboldt.

Die sozialdemokratischen Wahlsiege im Reichsland und in Meiningen.

Die Bezirkstagswahlen in Elsaß-Lothringen und die Landtagswahlen im Herzogtum Meiningen haben abermals gezeigt, daß die Empörung, die das Verhalten der bürgerlichen Parteien bei der Reichsfinanzreform im Volke entfacht hat, den Boden lockert für die Ausbreitung der Sozialdemokratie. Und ebenso zeigen die Resultate, daß die entrüstete Wählerschaft keinen Unterschied macht zwischen denen, die den Steuerraubzug vollbrachten und jenen, die ihn gern vollbracht hätten, aber schließlich aus Aerger über ihre Ausschaltung dagegen stimmten. Denn während im Reichsland dem Zentrum viele Wähler untreu werden, ist im Meininger Ländchen der Freisinn zerschmettert worden.

Ueber die Schlappe des Zentrums bei den elsaß-lothringischen Wahlen schrieb unser Straßburger Parteiblatt, die „Freie Presse":

„Geradezu überraschend sind die Resultate diesmal auf dem flachen Lande. In rein bäuerlichen Gegenden, auch in solchen, in denen der Terrorismus der Gegner unserem Kandidaten die mündliche Agitation unmöglich machte, haben wir Stimmenzahlen erreicht, die sich die Zentrümler auch in ihren schrecklichsten Nächten nicht haben träumen lassen. Trotz seiner Lügenflugblätter, trotz der Proklamierung des „Kampfes um die christliche Weltanschauung" hat das Zentrum eine mächtige Schlappe erlitten. Es erntet nun den Lohn für seine volksverräterischen Taten im Lande wie im Reich. Das Heer der schwarzen Reiter ist nicht nur zum Stehen gebracht, es wankt sogar schon ganz bedenklich und einzelne Heerhaufen befinden sich bereits in völliger Auflösung. Hätten die Liberalen sich etwas rühriger gezeigt, hätten sie tatsächlich, wie sie anfänglich versprachen, die Stoßkraft ihrer Partei auch gegen das Zentrum gerichtet, die Deroute in den Zentrumskreisen wäre eine irreparable geworden."

Ueber die Meininger Wahlen schrieb unser Sonneberger Parteiblatt, der „Thüringer Volksfreund":

„Jubelnd gestürmt haben unsere sturmerprobten Meininger Kämpfer am 4. Oktober eine Burg nach der anderen. Mit riesigen Mehrheiten hat unsere Partei ihre sieben alten Mandate behauptet. Der Versuch eines Enders, in Steinach-Lauscha einzudringen, ist mit einer Deutlichkeit und mit einer Wucht zurückgewiesen worden, wie es sich selbst die größten Optimisten in unseren Reihen nicht träumen ließen. Ebenso großartig wurden Sonneberg, Hüttensteinach, Gräfenthal, Saalfeld, Pößneck und Salzungen behauptet.

Die großen Anstrengungen unserer Gegner, in den sieben sozialdemokratischen Hochburgen Boden zu gewinnen, sind zuschanden geworden.

Am erfreulichsten ist jedoch die Eroberung zweier neuer Wahlkreise, und zwar haben wir den schon einmal in unserem Besitz gewesenen Wahlkreis Wasungen im ersten Anlauf mit einer Mehrheit von 800 Stimmen geholt, außerdem fiel uns nach großen Anstrengungen die letzte freisinnige Hochburg Eisfeld als reife Frucht in den Schoß.

Die sozialdemokratische Fraktion zählt nunmehr neun Mann. Dadurch ist die Zweidrittelmehrheit der Gegner gebrochen, und unsere Parteigenossen, die man bisher im Landtag geradezu mißhandelt hat, indem man sie aus den Kommissionen ausschloß, sind zu einer achtunggebietenden Minorität geworden. Die Stimme des Volkes wird von jetzt an im Meininger Landtage kräftiger als bisher ertönen können. Der Liberalismus hat eine vernichtende Niederlage erlitten."

Der „liberale" Reichstagsabgeordnete für den 2. Meininger Reichstagswahlkreis, Schuldirektor Enders, hat für sein Verhalten im Reichstage eine Quittung erhalten, an die er lange denken dürfte. Enders wurde aus dem Landtage herausgewählt, die Camburger Höchstbesteuerten, die er bisher vertrat, stellten ihn gar nicht wieder als Kandidaten auf, und nun wollte er unseren Genossen Weigelt in Steinach aus dem Sattel heben. Es ist ihm übel bekommen. 863 Stimmen fielen auf ihn, während der Vertreter der Sozialdemokratie 1856 Stimmen auf sich vereinigte.

Schwarze Wahlrechtsfeinde.

Köln ist an Einwohnerzahl die drittgrößte Stadt in Preußen; an Flächenraum aber ist Köln bei weitem die größte Gemeinde. Es umfaßt 11 100 Hektar, Berlin dagegen nur 6350. Um das eigentliche Köln herum liegen zahlreiche große eingemeindete Vororte: Ehrenfeld mit 59 000 Einwohnern, Nippes mit 52 000, Deutz mit 26 000, Lindenthal mit 20 000, Sülz mit 19 000 usw. usw. Die Zahl der in der dritten Abteilung Wahlberechtigten beträgt 70 000, wovon mehr als ein Drittel in den Vororten wohnen. Aber alle Wähler des geschilderten großen Bezirks müssen bei den Stadtverordnetenwahlen in das Zentrum der Altstadt hinein, da dort sämtliche Wahllokale sozusagen auf einen Punkt konzentriert sind. Zahllose Wähler, die nicht stundenlang ihrem Berufe fernbleiben oder ihren Lohn einbüßen konnten, haben durch diesen Zustand bisher ihr Wahlrecht verloren.

Um den Arbeitern und kleinen Leuten die Ausübung des Wahlrechts zu erleichtern, hatte der Kölner sozialdemokratische Verein an die Stadtverordnetenversammlung den Antrag eingereicht, statt der jetzigen alphabetischen Ordnung der Wähler die Wahlberechtigten nach dem Wohnort einzuteilen und auch in den sieben größten Vororten Wahllokale einzurichten. Es waren also nicht Bezirkswahlen (die das Kölner Zentrum schon einmal abgelehnt hat!) beantragt, sondern nur Abstimmungsbezirke, eine rein formale Sache, die lediglich eine — allerdings außerordentlich wichtige — Erleichterung für die Wähler ist.

Man wußte zwar, daß dieser Antrag, der auch nachher von der liberalen Rathausfraktion eingebracht wurde, dem Zentrum nicht in den Kram paßte, denn es weiß, daß es bei den in den Vororten wohnenden Industriearbeitern bedeutend weniger Anhänger hat als die Sozialdemokratie, und überdies beruht die Hauptstärke des Kölner Zentrums in seinem beispiellos funktionierenden Schleppapparat, der es gegenüber den anderen Parteien bisher in Vorteil setzte; aber der Antrag war doch eine solche Selbstverständlichkeit, er forderte etwas so Notwendiges und Gerechtes, daß eigentlich niemand glaubte, daß die Zentrumsmehrheit ihn ablehnen würde. Man sagte sich: wenn die Klerikalen auch den Antrag zu allen Teufeln wünschen; aber sie können ihre eigenen Arbeiteranhänger, kleinen Beamten, Geschäftsleute usw. unmöglich so brüskieren, daß sie den Antrag ablehnen.

Aber es gibt nachgerade keine volks- und arbeitsfeindliche Tat, keine parteipolitische Nichtsnutzigkeit mehr, deren das Zentrum nicht fähig wäre! Die Kölner Rathausmehrheit hat den Antrag abgelehnt! Lediglich die Wahlstunden wurden etwas günstiger gelegt. Nach wie vor aber müssen die Wähler aus den weitab liegenden Außenorten in das Innere der Altstadt — nur weil es dem parteipolitischen Interesse des Zentrums so dienlicher ist.

In Köln finden im nächsten Monat die Gemeindewahlen statt. Die Wahlbewegung war bisher stets fast zu ruhig, weil die Mandate dem Zentrum von vornherein sicher waren. Jetzt aber hat infolge des Wegfalls des Wahlzensus und infolge des Angeberparagraphen des Einkommensteuergesetzes die Zahl der Wahlberechtigten bedeutend zugenommen, so daß die Aussichten der Sozialdemokratie sich außerordentlich günstig gestaltet haben. Wenn nun die Wahlbewegung einen anderen Charakter annimmt, wenn die Erregung sich zur Siedehitze steigert, so hat sich das das Zentrum wegen seiner brutalen Niedertrampelung des sozialdemokratischen Antrages zuzuschreiben.

Staatssekretär Kraetke wird splendid.

Der Staatssekretär des Reichspostamtes Herr Kraetke hat an die Direktion der Reichsdruckerei unterm 30. September 1909 folgenden Erlaß gerichtet:

„Aus dem Bericht vom 22. August habe ich zu meiner Freude gesehen, daß trotz der gewaltigen Arbeitslast, die durch die Druckarbeiten anläßlich der Beratung und Durchführung der Reichsfinanzreform sowie der Besoldungsgesetze der Reichsdruckerei erwachsen ist, der Geschäftsbetrieb sich glatt abgewickelt hat. Ich nehme deshalb gern Veranlassung, dem beteiligten Personal für die bewiesene Hingebung und Arbeitsfreudigkeit meine Anerkennung und meinen Dank auszusprechen."

In den Kreisen der Arbeiterschaft der Reichsdruckerei wird man nicht wenig erfreut sein darüber, daß Herr Kraetke sich in so gewaltige Unkosten stürzt, dem Personal seine Anerkennung und seinen Dank auszusprechen.

Moderne Polizeifolter.

Einen krassen Fall von Polizeiterrorismus teilte im Nürnberger Gemeindekollegium Genosse Simon mit. Einer Lehrersfrau waren zwei Brillantringe von der Toilette abhanden gekommen; die Frau beschuldigte ohne weiteres ihr Dienstmädchen des Diebstahls. Das Mädchen wurde der Polizei übergeben, zur Wache gebracht und dort verhört. Sie legte dort ein Geständnis ab. Da man die Ringe nicht bei ihr fand, erklärte sie, sie habe die Ringe ins Feuer geworfen. Es wurde darauf die staatsanwaltschaftliche Untersuchung eingeleitet. Nach wenigen Tagen wurden aber die Ringe wiedergefunden; die Lehrersfrau hatte sie verlegt. Das Mädchen war schuldlos. Als man nach der Ursache des auffallenden Geständnisses forschte, stellte sich heraus, daß das Mädchen auf der Wache einer förmlichen seelischen Folter unterworfen worden war. Vier Schutzleute hatten das sechzehnjährige Kind zugleich bearbeitet, ihr den „Brummstall" gezeigt und gedroht, wenn sie nicht gestehe, komme sie die Nacht über hinein und am nächsten Tage mit dem grünen Wagen ins Gefängnis. Aus Angst, die Nacht im Arrest verbringen zu müssen, sagte sie auf alle Fragen der Schutzleute ja. In einem von den Sozialdemokraten gestellten und einstimmig angenommenen Antrage wird der Magistrat aufgefordert, Aufklärung über den Fall zu geben.

Korfantys Presse im Konkurs.

Wie die „Oberschl. Grenzztg." mitteilt, stehen die beiden Polenblätter des Abgeordneten Korfanty im Konkurs. Korfanty gibt die beiden Organe „Polak" und „Kurier Schlonski" heraus, bei denen die gesamte Schuldenlast 160 000 M. betragen soll, während an Aktiven nur 10 000 M. vorhanden sein sollen.

Militärische Ausbildungsmethode.

Vor dem Kriegsgericht der 20. Division hatte sich dieser Tage in Celle der 28jährige Sergeant August Jahnke von der 1. Kompagnie des 2. hannoverschen Infanterieregiments Nr. 77 zu verantworten. Er stand unter der Anklage, in mindestens 56 Fällen sich der Mißhandlung bezw. vorschriftswidrigen Behandlung von Untergebenen, auch der Beleidigung von Untergebenen und der Anmaßung von Befehlsbefugnissen schuldig gemacht zu haben. Jahnke, der von dieser Anklage nur einen verschwindenden Bruchteil zugab und seine „tatkräftige Wirksamkeit" damit entschuldigte, daß er vorschützte, in den Jahren 1906 und 1907, aus welcher Zeit die ihm zur Last gelegten Delikte datieren, gerade eine sehr schlechte Korporalschaft gehabt zu haben, hat nach einer oft angewandten „Ausbildungsmethode" verfahren. Nach dem Ergebnisse der umfangreichen Beweisaufnahme sind die dem Militärpädagogen Jahnke unterstellten Leute in der Zahl nach nicht mehr zu ermittelnden Fällen gestoßen, geschlagen, gepufft, geohrfeigt, auch mit dem Seitengewehr über die Finger gehauen worden. Stöße mit dem Gewehrkolben und Schläge mit der Hand ins Gesicht waren desgleichen an der Tagesordnung; am schlechtesten hat es anscheinend der Reservist Herbst aus Hermannsburg gehabt, dem der Angeklagte eines Tages obendrein den eiskalten Inhalt eines Wasserkruges über den Kopf und den entblößten Oberkörper goß. Den Musketier Icke ließ er einmal 10—15 Minuten am Reck hängen bis zur Ermattung. In der Auferlegung von Strafdienst war Jahnke Meister — Sonntags mehrstündiges Stiefelschmieren vor dem Appell, Ersatz der Frühstückspause durch interessante Freiübungen standen in erster Linie auf seinem Programm. An einem Abend ließ er seine Leute zur Strafe auf dem Hofe von 7—9 Uhr Tische und Schemel scheuern. Dann ließ er sie in der Stube zu eigentümlichen Freiübungen antreten, fortgesetzt Kniebeugen machen, auf die Spinde klettern, nach Kommando in und unter die Betten gehen, um die Betten laufen usw. den Schluß dieses herrlichen Abends bildete ein allgemeines Scheuern des Fußbodens mit Handwaschbürsten, das erst mit der gänzlichen Erschöpfung der Leute nach 11 Uhr nachts sein Ende erreichte. Daneben wurden die Mannschaften noch mit allerhand Kosenamen (Zuchthäusler, Verbrecher, Chausseegrabentapezierer, Mistschwein, polnisches Riesenroß, polnische Edelsau usw.) bedacht.

Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Schönborn, beantragte eine Gesamtstrafe von 5 Monaten Gefängnis. Das Kriegsgericht gewann eine noch viel mildere Auffassung. Es fand den Angeklagten schuldig der fortgesetzten Beleidigung von Untergebenen, der Mißhandlung von Untergebenen in 22 Fällen (in 10 Fällen unter Mißbrauch der Waffe), sowie der vorschriftswidrigen Behandlung von Untergebenen in vielfacher Verbindung mit Anmaßung von Befehlsbefugnissen, wofür es eine Gesamtstrafe von — **6 Wochen mittleren Arrestes als ausreichende Sühne erachtete.**

Spanien.

Beschwichtigungen.

Offiziös wird erklärt: Die spanische Regierung hat in Berlin amtlich erklären lassen, daß die notwendig gewordene Entsendung weiterer Verstärkungen nach Melilla keine Aenderung ihres Aktionsprogramms bedeute. Diese Aktion werde sich den bereits früher abgegebenen Erklärungen entsprechend auch fernerhin im Rahmen der Algecirasakte halten. Die deutsche Regierung hat von dieser Erklärung Kenntnis genommen.

In Paris wurden ähnliche Erklärungen abgegeben. Der spanische Botschafter erklärte einem Interviewer, die Gerüchte, Spanien wolle nach Taza marschieren und Tetuan und Larache besetzen, seien widersinnig, ebenso falsch sei die Behauptung, daß Spanien dem Sultan Mulay Hafid Krieg erklären wolle. Man schreibe Mulay Hafid allerdings seltsame Pläne zu. Es heißt, daß er die Stämme gegen uns aufreizen werde. Sollten wir angegriffen werden, so werden wir uns allerdings verteidigen, an eine Kriegserklärung denken wir aber gar nicht.

Man wird diesen Erklärungen um so weniger Bedeutung beimessen können, als der mit den Verhältnissen vertraute Gouverneur von Tetuan seiner Ansicht dahin Ausdruck gab, der Krieg werde, wenn Spanien ihn nicht beendige, lange dauern und der Feldzug werde von keinem Nutzen sein, auch wenn Spanien triumphiere; denn es handele sich um einen Krieg gegen Rebellen ohne Zahl, die vom Sultan so unabhängig seien, daß weder dieser noch der Machsen eine Verantwortung übernehmen könnten. Der Sultan wache eifersüchtig über die Unabhängigkeit seines Reiches und sei gezwungen, sie zu verteidigen. Sein Mißmut werde vermehrt durch die Befürchtung, daß er trotz seiner Freundschaft für Spanien zu einem peinlichen aber unvermeidlichen Bruch gezwungen werden könnte, wenn die Dinge so weiter gehen.

Ein neuer Angriff.

Melilla, 6. Oktober. Die Mauren machten gestern früh gegen 6 Uhr einen Angriff auf das Lager der Division Sotomayor. Zwei Kompagnien machten einen Ausfall. Das feindliche Feuer dauerte bis 9 Uhr morgens; Artillerie erwiderte das Gewehrfeuer. Zwei Spanier wurden verwundet, ein Maure geriet in Gefangenschaft.

England.

Vermittlungsversuche.

London, 5. Oktober. Premierminister Asquith verließ heute im Verlaufe der Debatte über wichtige Budgetfragen das Unterhaus und begab sich nach Balmoral zum König, der ihn telegraphisch unerwartet zu sich berufen hat. Dem Besuch des Premierministers wird große Bedeutung beigelegt, zumal da er auf den Besuch des Earl of Cawdor folgt, der zu den einflußreichsten Mitgliedern der Opposition im Oberhause gehört. In liberalen Kreisen wird vermutet, daß von höchster Stelle darauf hingewirkt werden wird, den schweren konstitutionellen Kampf abzuwenden. —

Aus der Partei.

Die Organisationen zum Parteitag.

Die Genossen von Lübeck nahmen am Montag den Bericht über den Parteitag entgegen. Zunächst referierte Arbeitersekretär Genosse Mehrlein. Zur Erbschaftssteuerangelegenheit erklärte Mehrlein, daß die Fraktion auch in dritter Lesung für die Vorlage hätte eintreten müssen. Zum Schluß besprach Referent noch die Gegensätze in der Partei und führte aus, daß auch hier viele Voreingenommenheit mit in Frage käme. So sei zum Beispiel das neue Organisationsstatut, die Beteiligung an den Landtagswahlen, die Straßendemonstrationen, der Alkoholboykott usw. gerade zuerst nur vom sogenannten rechten Flügel vertreten worden. Erst allmählich sei schließlich auch der linke zu der Ueberzeugung gekommen, daß neue Kämpfe auch neue Mittel erfordern. Die Ausführungen Mehrleins fanden die allgemeine Zustimmung der zahlreich erschienenen Genossen.

Auch der zweite Lübecker Delegierte, der Abgeordnete des Kreises, Genosse Theodor Schwartz, der über die Maifeier und den parlamentarischen Bericht referierte, stellte fest, daß dieser Parteitag in recht erfreulicher Weise gearbeitet habe. Zum Erbschaftsstreit bedauerte Genosse Th. Schwartz es, daß die Fraktionsinterna von Hoch, Emmel und Stadthagen in die Oeffentlichkeit gebracht worden seien. Besonders auch im Hinblick auf die Agitation im Lande. In der Maifeierfrage gelte es jetzt alles daran zu setzen, daß die Feier eine würdige bleibe.

In der Diskussion traten sowohl Redakteur Genosse Stelling wie auch Parteisekretär Bromme entschieden und unter lebhafter Zustimmung der Versammlung dafür ein, daß es dringend notwendig, richtig und konsequent gewesen wäre, daß die Fraktion auch in der dritten Lesung für die Erbschaftssteuer stimmte. Ebenso waren beide Redner für möglichste Propagierung des Schnapsboykotts, der auch von der Versammlung zugestimmt wurde.

*

In **Halle a. S.** erstattete Genosse Hennig das Referat. Er behandelte zum Schluß sehr sehr ausführlich die Debatten über die Stellungnahme der Fraktion und der Partei zur Erbschaftssteuer. Er forderte grundsätzliche und schärfste Klassenkampftaktik, die durch Rücksichtnahme auf „reine Wahlpolitik" unter keinen Umständen verwässert werden dürfe. Die Partei habe nun bis zum nächsten Parteitage ruhig und gründlich die Taktik gegenüber direkten Steuern zu diskutieren, auf daß der Parteitag die Grundlinien feststelle, die die Fraktion bei ihrer Taktik einzuhalten hat. — Die Ausführungen fanden den Beifall der Versammlung. Eine Diskussion schloß sich nicht daran an, so daß der Vorsitzende Genosse Albrecht feststellen konnte, daß die Parteigenossen mit der Haltung der Delegierten und mit den Ausführungen einverstanden sind.

*

In **Stettin** wurde nach dem Bericht des Genossen Mehlich und lebhafter Diskussion eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die heutige Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stettin erklärt sich nach Anhörung des Berichtes vom Parteitage in Leipzig mit den Beschlüssen des letzteren einverstanden. Sie sieht im neuen Organisationsstatut und im Maifeierabkommen einen wesentlichen Fortschritt und erkennt an, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen eine andere Regelung der Maifeierfrage nicht angängig war.

Besonders begrüßt die Versammlung die Proklamierung des Schnapsboykotts, den sie als ein bedeutungsvolles politisches Kampfmittel ansieht. Sie hofft, daß dieser Beschluß unseren Organisationen in Pommern ein gewaltiges Hindernis in der Fortentwickelung aus dem Wege räumen muß."

Das Befinden des Genossen Otto Hue, der vor Wiederherstellung seiner Gesundheit im Bad Münster am Stein weilt, ist dauernd besser geworden. Wenn die Genesung so weiter Fortschritte macht, was wir dringend hoffen wollen, so wird Genosse Hue demnächst wieder an seinen Posten treten können.

Entwendetes Parteimitgliedsbuch. Auf der Herberge in Wilkau sind dieser Tage dem Genossen Bäcker Bonifazius Machnick, geboren am 13. Mai 1886 in Müssek, die Legitimationspapiere entwendet worden. Unter den gestohlenen Papieren befindet sich auch das Parteimitgliedsbuch mit dem Eintrage: Eingetreten in Oederan. Die Beiträge sind vom 25. August 1908 bis Ende November 1909 bezahlt. Die Parteifunktionäre werden ersucht, das Mitgliedsbuch anzuhalten, wenn es ihnen vorgezeigt wird.

Aus Industrie und Handel.

Anarchie im Kleinhandel.

Die Transportkosten der Rohstoffe, die Verschiedenheit der Steuerlasten und des Preises von Grund und Boden beeinflussen naturgemäß die Preise aller Erzeugnisse. Alle Umstände aber, welche bei der Preisbildung mitwirken, können kaum einen so großen Preisunterschied hervorbringen, wie er sich bei den Preisen von Backwaren an verschiedenen Plätzen Deutschlands offenbart. Ende August stellte sich im Kleinhandel für Semmeln und Roggenbrot der höchste Preis auf 78 resp. 43, der niedrigste auf 40 resp. 22 und der Durchschnittspreis unter Berücksichtigung von 50 Städten auf 56 resp. 33 Pf. pro Kilogramm. Es beträgt für Semmeln die Preisdifferenz 95 und für Roggenbrot 95,5 Proz. So auffallende Unterschiede sind sicherlich nicht gerechtfertigt. Der Ort, an dem für 1 Kilogramm Semmeln der Maximalpreis von 78 Pf. gezahlt wird, ist Köln, während in dem in nicht allzu weiter Entfernung liegenden Krefeld nur 46 Pf. gefordert wurden. An zweiter Stelle steht Wiesbaden mit 72 Pf., so daß zwischen den beiden teuersten Städten die große Differenz von 6 Pf. vorhanden ist, alsdann folgen Emden und Stettin mit je 70 und Reuß mit 68 Pf. Berlin sowie Brandenburg, Kottbus, Erfurt, Kassel, Trier, Aachen, Köslin und Hannover bezahlen ungefähr den Durchschnittspreis von 56 Pf. Billige Semmeln gibt es in Breslau, Königsberg, Memel, Tilsit, Potsdam mit 45 Pf., in Dortmund mit 43, Königshütte O.-S. mit 42 und Münster, Osnabrück, Görlitz, Liegnitz und Allenstein mit 40 Pf. Das teuerste Roggenbrot gibt es in Aachen mit 43 Pf. für 1 Kilogramm, dem Köln mit 42 Pf. folgt, dann Düsseldorf mit 41 und Hannover mit 40 Pf.

Biersteuer und Börsenspekulation.

Die Börsenspekulation versteht es meisterhaft, aus jeder Blume Honig zu saugen. Die Einführung der Biersteuer brachte den Glasfabriken neue Aufträge auf kleinere Schankgefäße, sofort stiegen die Kurse der Glasaktien. Aber nicht etwa die der Glasfabriken, die Schankgefäße herstellen, allein, sämtliche Glasfabriken zeigen gesteigerte Aktienkurse.

Biersteuer in Bayern.

Der dem bayerischen Landtage zugegangene Entwurf, die Malzsteuer betreffend, sieht die Besteuerung nach einer Skala vor und zwar werden die ersten 1000 Doppelzentner mit je 15 M., und für je weitere 100 Doppelzentner mit einer Mark mehr belastet. Auf diese Weise hofft man, daß die Erhöhung des Bierpreises im Ausschank 2 Pf. pro Liter nicht übersteigt.

Eine beachtenswerte Verkehrserscheinung.

Im Eisenbahnverkehr der hauptsächlichsten Kulturstaaten macht sich eine auffallende Erscheinung bemerkbar. Wie wohl bekannt sein dürfte, ist der Güterverkehr allenthalben der Hauptträger der Einnahmen; aber je weiter in einem Lande der Verkehr vorwärts schreitet, um so mehr nähern sich den aus dem Güterverkehr erzielten Einnahmen die des Personenverkehrs. In minder entwickelten Ländern steigt zunächst der Prozentsatz des Güterverkehrs und der des Personenverkehrs geht zurück, wohingegen industriell vorgeschrittene Länder eine Zunahme des Personenverkehrs und einen Rückgang des Güterverkehrs aufweisen.

Beginnen wir zur Veranschaulichung dieses Gegensatzes mit unentwickelteren Ländern, so zeigt sich bei den russischen Vollbahnen, daß im Jahre 1885 der Personenverkehr 18,7 Proz. und der Güterverkehr 72,9 Proz. der Einnahmen brachte. Im Jahre 1905, dem letzten, für welches aus Rußland eine allgemeine Statistik vorliegt, waren die Einnahmen aus dem Personenverkehr auf 14,2 Proz. gesunken und die aus dem Güterverkehr auf 85,1 Proz. gestiegen. Auch in Schweden, wo der Personenverkehr sehr viel stärker ist als in Rußland, kamen 1885 auf den Personenverkehr 39,1 Proz., auf den Güterverkehr 56,5 Proz. der Gesamteinnahmen, im Jahre 1906 war das Verhältnis wie 31,8 zu 67,0.

Das entgegengesetzte Bild bieten die industriell entwickelten Länder. Beginnen wir mit Deutschland, so zeigt sich von 1885 bis 1906 ein Steigen des Personenverkehrs von 27,5 auf 29,2 und ein Sinken des Güterverkehrs von 67,3 auf 66,0 Proz. In Frankreich verhielten sich Personen- und Güterverkehr im Jahre 1885 wie 38,4 zu 57,6 Proz., im Jahre 1906 dagegen wie 44,5 zu 53,6 Proz. In dem industriell am meisten vorgeschrittenen europäischen Staatswesen Großbritannien ist der Personenverkehr dem Güterverkehr fast gleich und es scheint, als ob hier schon seit langem sich das Stabilitätsverhältnis herausgebildet hat. 1906 kamen hier auf den Personenverkehr 42,6 und auf den Güterverkehr 49,8 Proz. der Gesamteinnahmen.

Ein besonderes Bild bietet noch die Schweiz mit ihrem sich ständig entwickelnden Touristenverkehr. Hier entfielen 1885 auf den Personenverkehr 42,4, auf den Güterverkehr 50,8 Proz. Im Jahre 1906 waren die Verhältniszahlen 46,8 zu 48,8 Proz. — Auch wenn man die Schweiz als eigentliches Reiseland außer Betracht läßt, kommt man auf Grund der hier wiedergegebenen Zahlen zu dem auf den ersten Blick überraschenden Ergebnis, daß die wirtschaftliche Entwickelung eines Landes nicht so sehr im Güterverkehr als im Personenverkehr zutage tritt. Im zurückgebliebenen Rußland ist der Güterverkehr fast sechsmal so stark wie der Personenverkehr, in dem industriell außerordentlich weit entwickelten britischen Königreich gleicht sich beides fast aus.

Gewerkschaftliches.

Wo kämpfende Arbeiter Hilfe finden!

Der vor drei Wochen gemeldete Konflikt bei der großen Gartenbaufirma Gebr. Dippe in Quedlinbur'g hat sich inzwischen zu einem Konflikt mit sämtlichen Quedlinburger Gärtnereiinhabern, mit Ausnahme der Firma Sachs, ausgewachsen. Die Dippeschen Gärtnergehilfen hatten sich, wie schon gemeldet, als sehr wenig organisationsfest erwiesen, sie waren — dem Machtgebot ihres „Herrn" gehorchend — sogleich aus dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein ausgetreten. Sie wollten damit einen Konflikt mit dieser Organisation, die in Quedlinburg ihre einzige Niederlassung bei den Gärtnern hat, vermeiden. In der Hirsch-Dunckerschen Organisation verblieben aber noch die Mitglieder in den anderen Betrieben. Herr v. Dippe machte nun auch bei diesen seinen Einfluß geltend, was ihm um so leichter wurde, als fast alle diese Betriebsinhaber zu seiner Firma in einer gewissen Abhängigkeit stehen. Das Ultimatum: Austritt aus dem Gewerkverein oder Entlassung, wurde nun allen gestellt, und die als „Führer" Bekannten wurden ohne Kündigung entlassen. Jetzt machte sich aber endlich die Erbitterung geltend, die zu einem Abwehrkampfe drängte. Gelegentlich mehrerer Maßregelungen am 29. September bei Mette antworteten die Gehilfen mit der Kündigung; des anderen Tages vollzog sich das gleiche bei der Firma Mehrenp'fennig. Am 4. Oktober stellten bei Mette 11 Mann — meist verheiratete — die Arbeit ein; bei Mehrenpfennig stand es dicht vor dem Streik.

Welche Ausdehnung die Bewegung noch annehmen wird, ist im Augenblick nicht zu übersehen. Wenn die Leitung des Gewerkvereins die Situation so ausnutzt, wie sie zurzeit liegt, so ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Masse der Hilfsarbeiter noch mit in die Bewegung hineinkommt. Zündstoff ist bei den insgesamt rund 2000 Arbeitern mehr als übergenug angehäuft. Die Lage der Arbeiter ist aber auch elend genug, zumal an den unermeßlichen Reichtümern der Quedlinburger Gartenbauindustriellen gemessen. Und der Druck, der auch sonst auf den dortigen Gartenbauarbeitern lastet, war von diesen bisher nur erträglich, weil sie nachgerade aller höheren Bedürfnisse entwöhnt wurden.

Ein interessantes Streiflicht hat diese Bewegung übrigens noch auf das Verhalten der bürgerlichen Presse am Platze geworfen. Das „Quedlinburger Kreisblatt" veröffentlicht ein jedenfalls von Dippe inspiriertes „Eingesandt", in dem Dippes Verhalten mit dessen großartigen Wohlfahrtseinrichtungen zu rechtfertigen gesucht wird. Hierauf wollten die Hirsche erwidern; die Aufnahme der Erwiderung lehnte das Kreisblatt aber ab! Dann entwarfen die Hirsche ein Flugblatt und gaben dieses der sich „freisinnig" nennenden „Quedlinburger Zeitung" zur Drucklegung. Es wurde dort auch gesetzt; aber als der Druck beginnen sollte, war auf einmal — „die Druckpresse kaput gegangen". Nun wandte man sich an die dritte und letzte Druckerei des Ortes. Diese nahm den Auftrag an, führte ihn ebenfalls nicht aus, weil sie plötzlich, nachdem auch hier schon das Manuskript abgesetzt war, „mit Arbeit überlastet worden war".

Nun mußten unsere Freunde Hirsch-Dunckerscher Couleur nach Halberstadt fahren, und sie erreichten die Herstellung ihres Flugblattes erst in der dortigen sozialdemokratischen Buchdruckerei!

Der freigewerkschaftliche allgemeine deutsche Gärtnerverein hat für seine Mitglieder über Quedlinburg die Sperre verhängt.

Berlin und Umgegend.

Die Bierfahrer und das übrige Fahrpersonal in den Brauereien versammelten sich am Dienstagabend im Gewerkschaftshause, eingeladen vom Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter. „Die Schädigung des Fahrpersonals durch die Bierpreiserhöhung und die Antworten der Brauereien" stand als erster Punkt auf der Tagesordnung. Der Referent Schuldt führte aus, wie der Zentralverband sich der geschädigten Bierfahrer angenommen habe. An 23 Brauereien seien Schreiben gerichtet worden mit dem Ersuchen, die Bierfahrer für den Ausfall an Verdienst zu entschädigen. Dem Einigungsamt sei die Angelegenheit unterbreitet worden und am Freitag werde eine Verhandlung über die Ansprüche der Bierfahrer stattfinden. Von zehn Brauereien waren Antworten eingelaufen, die der Redner verlas. Die meisten Schreiben waren sehr reserviert gehalten; man bedauerte, man wollte abwarten, man habe schon eingesehen, daß die Bierfahrer Schaden haben, man würde unter Umständen etwas tun usw. Nur die „Patzenhofer" und die „Vereinsbrauerei" erklärten sich bereit, nach den Anregungen des Zentralverbandes den Fahrern und auch den Mitfahrern Entschädigungen zu gewähren. Als Maßstab soll dabei der Verdienst vom September 1908 gelten. Die Schultheißbrauereien hatten noch keine Antwort gesandt.

Die Angelegenheit wurde eifrig diskutiert; die Versammelten waren mit dem Vorgehen der Verbandsleitung einverstanden und werden den Spruch des Einigungsamtes abwarten. Der Vorsitzende Tröger machte noch darauf aufmerksam, daß aus dem bestehenden Tarif die Rechte herzuleiten seien, Entschädigungsansprüche zu stellen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zur Lohnbewegung. Schuldt referierte auch darüber und beleuchtete an der Hand der Leitsätze, die der Zentralverband für einen neuen Tarifabschluß angenommen hat, die Forderungen für das Fahrpersonal in den Brauereien. Was schon 1906 beantragt wurde, nämlich ein Mindesteinkommen pro Jahr für die Fahrer festzusetzen, wird auch jetzt wieder gefordert werden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist besonders für die Mitfahrer notwendig. Die Sonntagsarbeit sollte für das Fahrpersonal, soweit es sich um das Fahren handelt, abgeschafft werden, und die Stallleute sollten eine entsprechende Vergütung für Sonntagsarbeit erhalten. Für die Chauffeure wollte man schon im vorigen Jahre die Verhältnisse tariflich regeln; man wird jetzt energisch darauf hinwirken, daß eine solche Regelung erfolgt. Diese und andere Forderungen wurden vom Referenten wie auch von den Diskussionsrednern noch vielfach erörtert. Es wird Aufgabe der Lohnkommission sein, eine bestimmte Reihe von Forderungen für das Fahrpersonal in den Brauereien aufzustellen. Die Versammlung wählte die Kommission, die sich zusammensetzt aus Vertretern der Faßfahrer, Faßmitfahrer, Flaschenfahrer, Flaschenmitfahrer, Privatfahrer, Reservefahrer, Chauffeure, Hofarbeiter und Stallleute.

Achtung, Töpfer!

Die Firma M. Kramarski, Dänenstr. 4, beschäftigt jetzt Hirsche und zieht vom Lohntarif 5 Proz. ab. Wir verhängen deshalb hiermit über diese Firma die Sperre. In Frage kommen die Bauten Charlottenburg, Pestalozzistr. 56 und 56a.

Auch hier haben wieder die Hirsche schuld, daß der Tarif jetzt nicht mehr bezahlt wird, denn dieselben haben sich wiederholt bei der Firma unter dem Tarif angeboten. Bei der Firma arbeitet auch der Vorsitzende Max Brauer und fast der gesamte Vorstand der Hirsche. Diese sind es aber gerade, welche sich überall unter dem Tarife anbieten. Bei der Firma Kramarski haben sogar der Vorsitzende Max Brauer und der Revisor Karl Wollweber den Vertrag abgeschlossen, daß sie die Arbeit 5 Proz. unter dem Tarif ausführen.

Zentralverband der Töpfer.

Die Tarifbewegung der Töpferträger ist nunmehr beendet. Ueber das endgültige Ergebnis der Verhandlungen mit den Töpfermeistern — die den alten Tarif gekündigt hatten — erstattete Walter namens der Lohnkommission Bericht in einer am Dienstag abgehaltenen Mitgliederversammlung. Der Tarif hat in einigen Positionen Aenderungen erfahren, zum großen Teil ist er jedoch unverändert geblieben, so daß die Lohnverhältnisse der Töpferträger im allgemeinen dieselben bleiben wie sie bisher waren. Wann der neue Tarif in Kraft treten und wie lange er gelten soll, ist noch nicht bestimmt. Er soll sich in dieser Hinsicht den Bestimmungen des Tarifs der Töpfer anpassen, über den die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Dem Antrage der Lohnkommission entsprechend stimmte die Versammlung dem neuen Tarif mit der Maßgabe zu, daß die Position: 75 Pf. Stundenlohn für das Abladen von Material nicht im Tarif aufgenommen wird.

Deutsches Reich.

Zum Streik im Mansfelder Bergbau wird uns noch berichtet, daß auf dem Niewandschacht am Montag früh noch 67 Mann angefahren sind, mittags nur noch 50. Dienstag wurde die Früh- und Mittagsschicht zusammengelegt und es kamen doch nur 60 Mann zur Einfahrt. Es streiken ungefähr 1400 Mann. Dienstag hat die Direktion einen Anschlag ausgehängt, in dem auf den § 123, Abs. 3 der Gewerbeordnung hingewiesen wird. Derjenige, der willkürlich drei Schichten von der Arbeit fernbleibt, wird aus der Belegschaftsliste gestrichen und es wird ihm der Lohn für sechs Schichten einbehalten. Dies sollte bewirken, daß die Arbeit Dienstag wieder aufgenommen werden sollte; die Hoffnungen der Direktion wurden aber getäuscht. — Auf dem Eduardschacht haben Dienstag früh die Förderjungen die Arbeit eingestellt, und infolgedessen konnten auch die Hauer nicht arbeiten. Es herrscht im allgemeinen Streikstimmung auf den umliegenden Schächten. Die Ursache ist das rigorose Vorgehen der Mansfelder Gewerkschaft gegen diejenigen Bergleute, die es gewagt haben, dem Bergarbeiterverbande beizutreten. Der Arbeiterausschuß verhandelte mit der Generaldirektion.

Verhandlungen des Arbeiterausschusses des Nimrodschachtes mit der Direktion verliefen ergebnislos. Weitere Kündigungen sollen jedoch nicht vorgenommen werden. Mittwoch früh sind 150 Mann des Eduardschachtes neu in den Streik getreten.

Die Breslauer Mühlenarbeiter stimmten in einer Versammlung am Sonntag den Angeboten der Unternehmer auf 1,20 M. wöchentlicher Zulage und Festsetzung eines Tarifes auf zwei Jahre zu. Mit zwei Firmen werden die Verhandlungen noch fortgesetzt. Auch einige größere Mühlen der näheren Umgegend haben Lohnzulagen gewähren müssen.

Zum Kampf der Holzarbeiter in Südwestdeutschland.

Durch die Presse geht eine Meldung des Bureau Hirsch, wonach in der Versammlung der Schreiner-Zwangsinnung in Frankfurt mitgeteilt wurde, daß dort 577 Holzarbeiter ausgesperrt seien. Diese Nachricht beruht auf Schwindel. Seit dem letzten Sonnabend ist nicht ein einziger Holzarbeiter ausgesperrt worden. Bis zu diesem Zeitpunkte waren 270 Arbeiter ausgesperrt und 116 in den Streik getreten, insgesamt befanden sich also im Kampfe 386 Mann. Von den 50 Mitgliedern des Arbeitgeber-Schutzverbandes haben sich insgesamt nur 24 an der Aussperrung beteiligt. Der Beschluß der Innung, daß falls der Holzarbeiterverband bis 1. Oktober sich bei den Arbeitgebern zu Verhandlungen nicht meldet, sämtliche Arbeiter ausgesperrt werden sollen, ist vollständig ohne Erfolg geblieben. Man müßte es denn als Erfolg ansehen, daß der Schriftführer der Innung seine eigenen Gesellen ausgesperrt hat.

Die Versammlung der Innung am Montag hat nun beschlossen, daß die Aussperrung am kommenden Sonnabend „bestimmt" erfolgen soll, aber auch dann wird aus der Aussperrung nichts werden. Das wissen auch die Herren vom Arbeitgeberverband. Es hat aber seine eigenen Gründe, daß man die Aussperrung wieder verschoben hat. Herr Dr. Hiller, der Gewerbegerichtsvorsitzende in Frankfurt, hat nämlich die Parteien zu einer Aussprache am Donnerstag nach dem Gewerbegericht geladen. Wenn man nun seinen schon vorher gefaßten Beschluß zur Durchführung gebracht hätte, d. h. gezeigt, daß auch die Landsturminnung vollständig versagt, dann konnte man am Donnerstag den Arbeitern nicht mehr drohen, was man jetzt — ohne allerdings damit Eindruck bei den Arbeitern zu machen — wohl wieder versuchen wird. Damit ändert man aber an der Tatsache nichts, daß auch am Sonnabend aus der Aussperrung nichts werden wird. Vielleicht werden die Arbeitgeber in Frankfurt besonders dadurch zu noch größerer Vorsicht ermahnt, wenn ihnen bekannt wird, daß jetzt in Pforzheim der Arbeitgeberverband gesprengt wurde.

Am gestrigen Tage haben vor dem dortigen Gewerbegericht Verhandlungen stattgefunden, bei denen den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde und eine Arbeitszeitverkürzung von 3 Stunden pro Woche zugebilligt wurde. Die Innung hat diese Vereinbarung abgelehnt, worauf die größeren Geschäfte mit dem Holzarbeiterverband Sonderverträge abgeschlossen haben. Bei diesen Firmen konnten 137 Mann die Arbeit sofort wieder aufnehmen und befinden sich gegenwärtig nur noch zirka 25 Holzarbeiter im Kampfe. Damit ist die Bewegung in Pforzheim zum großen Teil erledigt.

In den anderen Streikorten haben sich die Verhältnisse in den letzten Tagen nicht geändert, nur daß in Ludwigshafen a. Rh. der Arbeitgeberverband die Oeffentlichkeit gegen die Firmen mobil zu machen versuchte, die die Forderungen der Arbeiter anerkannten. Diese lassen sich das jedoch nicht ruhig gefallen, sondern haben durch die bürgerliche Presse der Einwohnerschaft mitgeteilt, daß sie die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben, weil es nur durch die Schuld des Arbeitgeberverbandes zu dem Kampf gekommen sei.

Die Lohnstickmaschinenarbeiter in Plauen haben in der letzten außerordentlichen Generalversammlung beschlossen, daß wenn die Fabrikanten nicht den von ihnen eingereichten Lohntarif bewilligen, sie am 9. Oktober ihren Arbeitern zum 23. Oktober die Arbeit kündigen. Damit diesem Beschluß auch Nachdruck verliehen wird, haben sie sich verpflichtet, pro Maschine fünfzig Mark Strafe einzuziehen, wenn ein Maschinenbesitzer unter dem eingereichten Tarif arbeiten läßt. Diese Lohnstickmaschinenbesitzer sind eigentliche Zwischenmeister, die Stickmaschinen besitzen und an diesen Arbeiter beschäftigen. Wenn die Fabrikanten den Tarif nicht bewilligen und die Maschinenbesitzer ihren Beschluß durchführen, so dürfte der weitaus größte Teil der Sticker im gesamten Vogtland ausgesperrt werden. Hoffentlich wird nun dieser Beschluß der Maschinenbesitzer den Stickern die Augen öffnen, damit sie sich endlich der Organisation anschließen. Von der eventuellen Aussperrung dürften 2000 Sticker betroffen werden.

Ausland.

Die Union der Bergarbeiter Oesterreichs veröffentlicht soeben ihren Bericht zum Unionstag. Eingangs wird ein Abriß über die Leidensgeschichte der österreichischen Bergarbeiterorganisation von 1875 bis 1903, dem Gründungsjahr der Union, gegeben. 1854 betrug die ganze österreichische Kohlenproduktion 15¾ Millionen Meterzentner, 1908 über 407 Millionen. Der Kohlenverbrauch pro Kopf der Bevölkerung war 1897 1119 Kilogramm, 1907 schon 1361 Kilogramm. (In Deutschland 3359 Kilogramm, was wohl am besten den Unterschied in der industriellen Entwickelung aufzeigt.) Der Produktionswert des Bergbaues betrug 1881 erst 89 388 384 Kronen, 1907 aber 294 138 741 Kronen. Auf einen Bergarbeiter entfällt 1907 ein Anteil von 2442 Kronen an Produktionswert, dagegen ist der ausgezahlte Durchschnittslohn nur 968 Kronen! Dementsprechend sind auch die Profite. 30 Gesellschaften hatten 1906 einen Reingewinn von 34½ Millionen und verteilten 11,38 Proz. Dividende. Beschäftigt sind 150 000 Arbeiter, deren Leistungen pro Schicht trotz der niedrigen Löhne unausgesetzt steigen: gegen 1901 um mehr als 20 Proz. 1901 bis 1904 sanken die Löhne, 1906 waren sie erst wenig höher wie 1901 — trotz der wahnwitzigen Teuerung seit damals. In den letzten 29 Jahren gab es im österreichischen Bergbau 5765 tödliche Unfälle und 15 225 Schwerverletzte. Organisiert waren in der Union 1906: 27 989, 1907: 30 715, 1908: 32 612 Bergarbeiter, erst 20,2 Proz.! Die Fluktuation ist gewaltig. Die durch 2449 Versammlungen im Jahre 1908 betriebene Agitation wird sehr erschwert durch nationalistische (gelbe) und anarchistische Quertreibereien. Die Einnahmen betrugen 1908 428 675,64 Kronen; ausgezahlt wurden an Krankenunterstützung 57 000 Kronen, für Arbeitslose 8800 Kronen, Sterbeunterstützung 18 260 Kronen, Rechtsschutz 11 289 Kronen, zusammen an Unterstützungen 95 640 Kronnen 80 Heller. Das Vermögen war Ende 1908 296 207 Kronen 14 Heller; das deutsche Fachblatt „Glück auf" (Teplitz) hatte eine Auflage von 8600, das tschechische (Na zdar) 13 500, das polnische 4400. Die Streiks kosteten 152 572 Kronen 82 Heller in den letzten drei Jahren.

Aus der Frauenbewegung.

Die tapferen Damen.

Der „Fortschrittliche Frauenverein" hatte neben anderen Versammlungen auch eine **Oeffentliche Jugendversammlung** zu Dienstag nach dem Architektenhaus einberufen. Fräulein Else Lüders und Adele Schreiber sollten Ansprachen halten über das Thmea: „Was kann die Frauenbewegung der deutschen Jugend geben?" Auf den Säulenplakaten stand groß und fett zu lesen: „Zutritt zu sämtlichen Versammlungen frei und unentgeltlich. **Diskussion steht jedermann offen.**" Die Damen der besseren Gesellschaft, die sich gern an schönen Worten berauschen, waren zahlreich erschienen. Außer einigen „höheren Töchtern", mit Zöpfchen und kurzen Kleidern, von der Mama zur „Jugendversammlung" begleitet, war von der bürgerlichen Jugend nichts zu sehen. Das Thema hatte aber zahlreiche junge Arbeiterinnen angelockt, die, wie jeder andere, bei „freiem und unentgeltlichem" Eintritt zur Deckung der Unkosten ihren Beitrag entrichten mußten. Um so größer war das Erstaunen und die Empörung, als nach den Vorträgen das Wort zur Diskussion, ja sogar zur Geschäftsordnung verweigert wurde. Die Zusage der freien Diskussion wurde von der Versammlungsleitung einfach abgestritten, obwohl sogar am Saaleingang ein Plakat mit der Aufschrift: „Diskussion steht jedermann offen!" prangte. Kurzerhand wurde die Versammlung geschlossen und man war froh, dem Schicksal entronnen zu sein, von der anwesenden arbeitenden Jugend — die bürgerliche war ja nicht gekommen — eine glatte Absage zu erhalten. Aber spüren sollten die tapferen Weiblein die Wahrheit doch. Die Klänge der „Internationale" brausten mächtig durch den Saal. — Dieser Vorfall war eine treffliche Illustration zu den gehaltenen Vorträgen. Worte, schöne Worte, kunstvoll gebaute Sätze wurden gesprochen. Adele Schreibers Rede war ein ästhetischer Genuß, inhaltlich war sie auf das Bedürfnis der bürgerlichen Jugend zugeschnitten. So wurde unter anderem gesagt, die Jugend habe für Sozialpolitik wenig Interesse. Von der Jugend der Reichen mag das zutreffend sein, nicht aber für die arbeitende Jugend, die schon früh, allzu früh, in das kapitalistische Joch sich einspannen muß. Die Fragen der Sozialpolitik, insbesondere der Jugendschutz, interessieren sie daher sogar sehr, mehr als es den bürgerlichen Herrschaften angenehm ist. Verlangt wurde auch, daß die weibliche Jugend zur Berufsarbeit zugelassen werde. Damit können auch nur die bürgerlichen Töchter gemeint sein, denn die proletarische weibliche Jugend stellt in jedem Jahre einen immer höheren Prozentsatz der Erwerbstätigen. Auch die Freiheit wurde gepriesen, dabei nur nicht gesagt, was darunter zu verstehen ist. Die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse war aber sicher nicht gemeint. „Die Frauenbewegung ist ein Freiheitskampf," rief eine Rednerin pathetisch aus, und Fräulein Lüders zitierte eine Stelle aus einem Aufsatz in der „Hilfe", in dem geklagt wird, daß es der Jugend in der Jetztzeit an einem eigentlichen Ideale, so wie es die Einigung Deutschlands in den 40er Jahren war, fehle, für das sie sich begeistern könne. Diese Ideale fand Fräulein Lüders in der — bürgerlichen Frauenbewegung. Darüber, daß gerade der Blockfreisinn den Jugendlichen das politische Vereins- und Versammlungsrecht vorenthalten hat, und daß die Freisinnsritter vom seligen Block nach wie vor die Säulenheiligen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen sind, wurde nichts gesagt. Nichts erzählte man davon, daß die bürgerlichen Parteien — ohne Ausnahme — nicht für eine Herabsetzung des Wahlalters zu haben sind.

Temperamentvoll muß die Jugend sein, Begeisterung für ein hohes Ziel haben, so äußerte sich Adele Schreiber. Das Bürgertum hat kein großes Ideal, das die Jugend begeistern könnte. Nur die Sozialdemokratie, die Befreiung von jeglicher Knechtschaft und Unterdrückung und damit auch die Herbeiführung wirtschaftlicher und politischer Gleichberechtigung des Weibes fordert, birgt Begeisterung auslösende Ideale. Die arbeitende Jugend gehört dem Sozialismus, daran wird das Häuflein bürgerlicher Frauen nichts ändern können.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die hessische Finanzlage.

Darmstadt, 6. Oktober. In der heutigen Sitzung des Finanzausschusses gab der Finanzminister Gnauth über die Finanzlage des Großherzogtums die Erklärung ab, daß die Rechnung des Staatshaushalts für 1908 mit einem im Jahre 1910 zu deckenden Fehlbetrag von über 500 000 M. abschließt.

Deutschnationale Obstruktion.

Graz, 6. Oktober. (W. T. B.) In der heutigen Landtagssitzung verließen die deutschen Abgeordneten den Saal, da der Landeshauptmann gestattete, daß eine Interpellation in slovenischer Sprache verlesen wurde. Der Landeshauptmann unterbrach hierauf die Sitzung. Als auch nach Wiederaufnahme der Sitzung die deutschen Abgeordneten nicht in den Saal eintraten, schloß der Landeshauptmann die Sitzung.

Mordprozeß van der Velden.

Dirschau, 6. Oktober. (W. T. B.) In dem gestern und heute vor dem hiesigen Schwurgericht geführten Prozeß gegen den Wirtschaftseleven **Ulrich van der Velden** aus **Adlig-Liebenau**, der beschuldigt ist, am 21. Februar d. J. im Eisenbahnzuge zwischen Pelphin und Dirschau den Rechnungsführer **Robert Ehlert** erschossen und beraubt zu haben, wurde dem Antrage der Kreisärzte entsprechend die Ueberweisung des Angeklagten in eine **Irrenanstalt** zur Beobachtung bis zu sechs Wochen beschlossen und die Verhandlung vertagt.

Schlagende Wetter.

Alais, 6. Oktober. (W. T. B.) In den Kohlengruben von **Molières** erfolgte eine **Explosion schlagender Wetter**, wodurch **fünf** Personen **getötet** und **zwei verwundet** wurden. Zwei Leichen waren bis zum Abend geborgen.

Ein Königtum auf Abbruch.

Brüssel, 6. Oktober. (W. H.) Der König fährt fort mit dem vollkommenen Ausverkauf der Schlösser. So wird jetzt bekannt, daß Leopold II. das kostbare schwere goldene Service verkauft habe, welches der König von England seiner Nichte, der Prinzessin Viktoria bei ihrer Heirat mit dem Prinzen Leopold von Sachsen-Koburg einst geschenkt hat. Binnen kurzem wird auch im Brüsseler Bildermuseum die angekündigte Ausstellung der modernen Gemälde aus den Königlichen Schlössern stattfinden.

Verantw. Redakt.: Emil Unger, Grunewald. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Vom Bierkrieg.

In Altenburg wird der Bierkrieg in verschärfter Form weitergeführt. In einer am Donnerstag voriger Woche abgehaltenen Versammlung der Vertrauensleute der Arbeiterschaft wurde beschlossen, jeglichen Biergenuß einzustellen. Auch fremde Biere sollen gemieden werden. Gleichgültig ist, ob die Biere verteuert sind oder nicht. Denn nur auf diese Weise hält man es für möglich, dem Betrug vorzubeugen, wie er vor drei Jahren, beim letzten Bierkrieg getrieben worden ist. Man hat damals einheimisches bayerisches Bier für echt Bayerisch zu erhöhten Preisen verzapft. — Der Biergenuß ist in den von Arbeitern frequentierten Wirtschaften fast vollständig eingestellt. Auch in bürgerlichen Wirtschaften ist eine erhebliche Abnahme der Biertrinker zu verzeichnen. Wirte und Brauereien hatten in aller Stille vereinbart, im Einzelverkauf aus dem Hektoliter Bier 7 M. mehr herauszuschinden und die $^4/_{10}$-Gläser allgemein zur Einführung zu bringen.

•

In Meuselwitz beschäftigte sich am Freitagabend voriger Woche ebenfalls eine Volksversammlung mit dem Bierkrieg. Die Brauereien verlangen hier 3 M. Aufschlag auf den Hektoliter. Die Gastwirte wollten ursprünglich den Kampf gegen die Brauereien mit den Konsumenten gemeinsam führen, als es aber zum Kampfe kommen sollte, zogen sie es vor, im Verein mit den Brauereien die Konsumenten zu schröpfen. Die Versammlung erklärte, von einem offenen Kampfe abzustehen und empfahl den Arbeitern, durch vollständige Enthaltsamkeit vom Biergenuß die Plünderungspläne der Bierkapitalisten wirkungslos zu machen.

•

Beendigung des Bierkrieges in Frankfurt a. M. In acht Versammlungen, zu denen nur Partei- und Gewerkschaftsmitglieder Zutritt hatten, nahm am Dienstag die organisierte Arbeiterschaft in Frankfurt a. M. erneut zur Bierfrage Stellung. Die Referenten unterbreiteten den Versammelten den Vorschlag, den schon früher mit den Brauern und Wirten vereinbarten Friedensbedingungen zuzustimmen, wonach 11 und 13 Pf. für 0,3 respektive 0,4 Liter gezahlt werden sollen. Die Brauereibesitzer haben sich bei den erneuten Verhandlungen verpflichtet, wegen des Konsumrückganges bis 1. April 1910 keine Arbeiter zu entlassen. — Die Frankfurter Arbeiterschaft hat bekanntlich die vorgeschlagenen Vereinbarungen schon zweimal abgelehnt und eine Verschärfung des Boykotts beschlossen. Nun stimmten aber in den acht Versammlungen 1087 Personen für Aufhebung des Boykotts. Damit ist der Bierboykott in Frankfurt a. M. aufgehoben.

•

Von dem in Leipzig beschlossenen Schnapsboykott erhofften die Dortmunder Brauereien eine Stärkung ihrer Position. Diese Kalkulation hat sich jedoch als falsch erwiesen. Die Kurse der beiden größten Dortmunder Brauereien sind in den letzten Tagen an der Börse um 15 Proz. gefallen. Der Minderverkauf an Bier kommt aber hierin nicht voll zum Ausdruck. Einige Dortmunder Brauereien sollen nach authentischen Mitteilungen 10 Proz. des Bierversandes als verdorben zurückerhalten haben. Die Produktion hat sich bei verschiedenen Brauereien um 60 Proz. vermindert. Der Versuch, einige Wirten durch Bierentzug mürbe zu machen, hat den Erfolg gehabt, daß diese das Bier von auswärts beziehen. Die Wirte, denen von den Brauereien das Bier entzogen ist, haben aus ihrem Vertrag gegen die Brauereien Klage angestrengt, weil in den Verträgen ein Verkaufspreis bezw. ein Maß nicht festgesetzt ist.

Prozeß Dahsel.

In der gestrigen Verhandlung wurde zunächst die Beweisaufnahme über den dritten Fall der zur Anklage stehenden Taten, die gegen den Freiherrn v. Coburg versuchte Erpressung, fortgesetzt.

Als Zeuge wird Rechtsanwalt Morris vernommen. Er bekundet über seine Verhandlungen mit Dahsel unter anderem folgendes: Der Auftrag zu diesen Verhandlungen sei ihm von einem Herrn Steffen alias Graf Salviac erteilt worden, der sein Mandant und auch mit dem Ehepaar v. Coburg näher bekannt war. Steffen habe ihm geschrieben, daß v. Coburg durch Dahsel erpreßt zu werden scheine und man wünsche, ihn aufs Glatteis zu führen, zu welchem Zwecke Morris den Dahsel aushorchen möchte. In der Konferenz mit Dahsel hat sich der Zeuge zunächst dilatorisch verhalten. Dahsel erzählte bei dem Gespräch, daß er Notizen über eine angebliche Spielhölle erhalten habe, die in der Wohnung der Frau v. Coburg sich etabliert habe. Ein Schweigegeld wollte er nicht annehmen, aber er müsse für seine Tätigkeit ein Entgelt haben. Er wolle dafür feststellen, aus welcher Quelle ihm jene Nachricht gekommen war und ferner verhindern, daß in der „Freiheit", der „Wahrheit" und der „Großen Glocke" weitere Notizen über von Coburg und Steffen erscheinen. Er blieb dabei, daß er ein Entgelt haben müsse, widrigenfalls die Gefahr bestehe, daß Artikel erscheinen. Zwei Tage später war Dahsel wieder bei ihm, und da sei von einer bestimmten Geldsumme die Rede gewesen. Dahsel wollte 500 M. Vorschuß und dann für weitere Recherchen und Bemühungen ein Resthonorar von nochmals 500 M. haben. Er sprach dabei gleichzeitig von Frau Schuwardt und von einem Journalisten. Diese seien die Gewährsmänner, die der Schreiberin der anonymen Briefe den Stoff geliefert haben. Die Schreiberin kannte er nicht, Zeuge ist aber aus seiner Kenntnis der Verhältnisse der Ansicht, daß die Schreiberin eine eifersüchtige Dame sei. Der Zeuge hat dann dem Dahsel vorgehalten, daß er ja gar keine Gewähr dafür habe, daß nicht andere Zeitungen etwas bringen. Dahsel erwiderte darauf:

„Die Leute lege ich an die Kette!"

Er setzte dann weiter auseinander, daß er mit Journalisten, die bei den in Frage kommenden Zeitungen arbeiten, gewöhnlich des Abends in einem Restaurant zusammentreffe, wo sie gegenseitig ihre Erfahrungen austauschen. Er äußerte sich in dem Sinne: „Wenn einer von uns abgefunden ist, sorgt er dafür, daß die anderen auch nichts bringen." Die Unterhaltung endete damit, daß der Zeuge zu Dahsel sagte: „Ich habe nun genug von Ihnen und ersuche Sie, dafür Sorge zu tragen, daß kein Wort über die Mandanten mehr in die Zeitungen kommt. Sollte es doch der Fall sein, dann werde ich zu Isenbiel gehen. Denn, was Sie getan haben, ist eine

glatte Erpressung. Nun entfernen Sie sich schleunigst!"

Der Zeuge erwähnt noch, daß Dahsel sich mit einem Briefe einführte, der an der Spitze die Firma trug: „Berliner politische Korrespondenz". Zeuge hatte aber gewußt, daß hier eine von Herrn Schweinburg herausgegebene, sehr angesehene politische Korrespondenz unter der Firma besteht und hat erst geglaubt, daß es sich um diese Korrespondenz handelt und sich gewundert, daß Herr Dahsel bei dieser Korrespondenz angestellt sein sollte. Nachher hat er erst seinen Irrtum eingesehen. Auf Fragen vom Gerichtstische erklärte der Zeuge noch, daß er

von Anfang an davon überzeugt war, daß es sich um Erpressungen handelt.

Er war von Anfang an auch gewillt, kein Geld zu zahlen, Dahsel sollte nach dem Wunsche seiner Mandanten lediglich in eine Falle gelockt werden. Dahsel bestreitet die Richtigkeit der Darstellung des Zeugen. Er will von Vorschuß und Resthonorar nicht gesprochen haben. Es hätten 500 M. als Depot auf 2000 M. gegeben werden sollen, die der Freiherr von Coburg versprochen habe. Der Zeuge erklärt bestimmt: Von Depot ist keineswegs irgendwie die Rede gewesen. Dahsel verlangte 500 M. Vorschuß und 500 M. Resthonorar. Ich habe mir über die Unterredung sofort Aufzeichnungen gemacht. Dahsel zeigte sich offenbar sehr erstaunt, daß ich nicht sofort in die Kasse griff und ihm die 500 Mark gleich auszahlte. Ich kann mit apodiktischer Sicherheit behaupten, daß beide Ausdrücke „Vorschuß" und „Resthonorar" von dem Angeklagten Dahsel gebraucht sind.

Der nächste Zeuge ist Frhr. v. Coburg. Er glaubt, daß Dahsel zuerst von Geld] angefangen habe, als er die völlig unwahren Notizen in bezug auf die angebliche Spielhölle ihm vortrug und sagte:

Es lasse sich vielleicht mit Geld unterdrücken.

Er habe noch hinzugesetzt:

Wenn Israel zur rechten Zeit bezahlt hätte, so würde er heute noch leben.

Er (Zeuge) habe von Anfang an nicht die Absicht gehabt, irgend etwas zu zahlen, sondern habe Dahsel nur deshalb zu Rechtsanwalt Morris geschickt, um einen unparteiischen Zeugen für die Absichten des Dahsel zu haben.

Zeuge Georg Steffen (Graf Salviac) ist seinerzeit der Ansicht gewesen, daß es sich um eine Erpressung handelte. Er weiß auch, daß v. Coburg an Dahsel einen Brief gerichtet und

ihm zum Schein 2000 M. angeboten

habe. Nachdem das Geld nicht bezahlt worden war, seien

etwa 10—15 Artikel

gegen ihn (Zeugen) erschienen.

Es folgt der

Fall Frankenberg.

Bei diesem handelt es sich nach den Ermittelungen der Anklagebehörde um folgendes: Am 9. Januar erschien in der „Wahrheit" eine Notiz unter der Spitzmarke „Auffällig", in welchem der Tod eines Berliner Kommerzienrates besprochen und die Beziehungen seines Schwiegersohnes zum Grafen und der Gräfin Fr. erwähnt wurden. Am 11. Januar erschien die Angeklagte Schuwardt, die schon telephonisch ihren Besuch in einer wichtigen Angelegenheit angekündigt hatte, beim Grafen Fr., wurde aber von ihm nicht empfangen. Die Angeklagte soll dann telephonisch dem Grafen mitgeteilt haben, daß ein unangenehmer Artikel über ihn in der Presse erscheinen würde, durch den seine Ehefrau kompromittiert werden würde. Das Material sei im Besitze eines guten Bekannten von ihr, der bei verschiedenen großen Zeitungen mitarbeite, sie wäre aber imstande, das Erscheinen des Artikels zu verhindern. Die Bedingungen wollte sie nicht dem Telephon anvertrauen, sondern dem Grafen persönlich unterbreiten. Frau Schuwardt wurde darauf zum Abend zum Grafen bestellt. Der in der Wohnung des Grafen Fr. sich entwickelnden Unterredung wohnte ungesehen in einem Nebenzimmer der Kriminalkommissar v. Tresckow I bei. Hierbei soll nun Frau Schuwardt haben durchblicken lassen, daß es sich um einen Artikel handle, der im Anschluß an jene Notiz der „Wahrheit" in einer ernsten Zeitung erscheinen würde. Es läge in ihrer Hand, das Erscheinen des Artikels zu verhindern, denn sie habe ein rein menschliches Interesse daran, daß die Frau Gräfin nicht blamiert würde. Darauf

bot ihr der Graf 500 M.

für das Nichterscheinen des Artikels, Frau Schuwardt erklärte jedoch, daß sie sich zunächst mit ihrem Bekannten besprechen müsse. Am nächsten Tage bekundete sie dem Grafen das prinzipielle

Einverständnis

ihres Bekannten per Telephon, deutete jedoch an, daß die

Summe etwas gering

sei. Es erfolgte alsdann eine nochmalige persönliche Unterredung in der Wohnung des Grafen; dieser Unterredung wohnten die Kriminalkommissare Dr. Kopp und v. Tresckow I im Nebenzimmer bei. Auf seinen Wunsch, den Artikel zunächst zu sehen, übergab ihm Frau Sch. einen mit der Schreibmaschine hergestellten völlig druckfertigen Artikel, der in gehässiger Form allerlei Intimitäten aus dem Eheleben des Grafen mitteilte. Der Graf bot 1000 Mark, Frau Sch. erklärte, daß sie das Angebot annehmen könne, und Graf Fr. versprach, ihr das Geld am nächsten Tage in ihre Wohnung zu schicken. Als Frau Sch. die Wohnung des Grafen verlassen hatte, wurde sie auf der Straße vom Kriminalkommissar v. Tresckow festgenommen und nach dem Polizeirevier gebracht. Hier soll sie zögernd zugestanden haben, daß der ihr befreundete Journalist der Angeklagte Dahsel sei. Es wird behauptet, daß Dahsel die Frau Schuwardt zum Grafen Fr. begleitet und in einer nahen Konditorei auf sie gewartet habe. Als sie nicht kam, soll er sich telephonisch mit dem Geliebten der Frau Sch. in Verbindung gesetzt und sich nach ihrem Verbleib erkundigt haben. Man fragte bei allen Unfallstationen an, und Dahsel soll dann dem Geliebten der Frau Sch. den Verdacht ausgesprochen haben, daß man ihr vielleicht eine Falle gestellt und sie verhaftet haben könnte.

Es wird hierauf die Angeklagte Frau Schuwardt vernommen. Nach ihrer Behauptung habe der Graf bei der telephonischen Unterredung 500 M. angeboten, wenn der Artikel nicht erscheinen würde. Im übrigen habe er erklärt, selbst wenn der Artikel in der „Wahrheit" erschienen wäre, würde er durch eine Auslassung in dieser Zeitung nicht verletzt werden können. Als sie dann zufällig zu dem Grafen kam, um „Informationen" einzuziehen, habe der Graf wieder 500 M. geboten und dann gefragt, worum es sich denn eigentlich handele, worauf sie ihm es auseinandersetzte. Sie bestreitet, gesagt zu haben, daß 500 M. zu wenig seien. Der Graf habe gewünscht, zunächst Einblick in die Artikel zu gewinnen. Sie habe dann das Manuskript mit den Notizen, die dem Dahsel zugegangen waren, mit zu dem Grafen genommen und habe das Manuskript in seinen Händen gelassen, weil ihr der Gang der Untersuchung unangenehm gewesen sei und sie froh war, daß sie fortkam. Sie sei nicht mit der Absicht hingegangen, um Geld zu verlangen. — Vors.: Sie stellen große Ansprüche an die Leichtgläubigkeit des Gerichts. Es ist eine starke Zumutung, daß wir Ihnen glauben sollen, Sie hätten sich schließlich mit der Zahlung von 1000 Mark einverstanden erklärt — bloß weil Ihnen die Sache peinlich war.

Kleines Feuilleton.

Garibaldi als Stellvertreter des Papstes. Durch eine Bulle von Papst Urban II. ist der König von Sizilien gleichzeitig päpstlicher Legat und hat in Kirchen, Klöstern und anderen geistlichen Instituten dieselben Rechte wie der Papst. Als Garibaldi im Jahre 1860 die Diktatur über Sizilien übernahm, ging, wie das „Giornale di Sicilia" schreibt, auch die hohe Kirchenwürde auf ihn über, so daß er wohl oder übel bei dem Feste der heiligen Rosalie, der Schutzpatronin von Palermo, der kirchlichen Feierlichkeiten in der Kathedrale beiwohnen mußte. Ein ungeheurer Jubel begrüßte den Diktator beim Verlassen des königlichen Palastes und begleitete ihn bis zum Dome, wo ihn der Erzbischof, Kardinal Matelli, empfing und zur Kapelle der Heiligen begleitete. Garibaldi war mit dem roten Hemde bekleidet und dem kleinen runden Hute. Ihm zur Seite schritten Crispi, der sein Staatssekretär war und Offiziere seines Gefolges. Der Diktator wurde unter einen Baldachin geleitet, während der Erzbischof ihm gegenüber auf einem niedrigeren Sitze Platz nahm. Garibaldi wohnte der Zeremonie stehend bei, entblößten Hauptes, mit der Hand auf den Säbel gestützt. Nach Beendigung der Feier erhob der Erzbischof das Weihrauchfaß gegen den Vertreter des Papstes und hüllte den Mann in Weihrauchwolken, der allzeit der beste Hasser und schlimmste Feind des Vatikans gewesen ist.

Warum erkältet man sich nicht am Pol? Aus London wird berichtet: Bei seinem letzten Vortrag im Middlesex-Hospital erwähnte Leutnant Shackleton auch die auffällige Tatsache, daß kein Teilnehmer der Südpolarexpedition, je von einer Erkältung befallen wurde bis zu dem Tage, da man die aus England mitgeführten Kleiderballen öffnete. Von diesem Augenblick an waren alle erkältet. Diejenigen, die sofort hinaus in die eisige Atmosphäre gingen, verloren alsbald wieder ihre Erkältung, während die anderen, die in der geschlossenen Hütte blieben, noch zwei oder drei Tage darunter zu leiden hatten. Dr. Forbes Roß, der sich mit den Ursachen dieses eigenartigen Phänomen beschäftigte, wies darauf hin, daß auch Nansen und andere Polarfahrer dieselben Erfahrungen gemacht hätten. Die Erklärung ist, daß die eisigen Polarregionen von Staub und jenen Krankheitskeimen frei sind, die sich in zivilisierten Ländern anhäufen. Der Ballen aus Europa mitgeführter Kleider, nach dessen Oeffnung alle Expeditionsteilnehmer sich erkälteten, enthielt zweifellos Tausende von Kartarrhmikroben. Dr. Roß erwähnte dabei auch einige Hilfsmittel gegen Erkältung: frische Luft, häufiges Oeffnen der Fenster, mäßig kühle Temperatur in der Wohnung und vor allem: keine ängstliche Verhüllung von Nacken und Hals. „Die Leute begehen alle den Fehler, daß sie die Brust warm verpacken und den Rücken zwischen den Schulterblättern nicht genügend gegen die Kälte schützen. Niemand wird sich erkälten, der seinen Rock vorn nicht zuknöpft; die meisten Erkältungen entstehen durch den mangelhaften Schutz des Rückens. Der Mensch mag nur die Natur beobachten und ihr folgen. Bei allen Tieren findet man als Schutz des Rückens eine besonders dichte üppige Fellentwickelung, während an allen anderen Körperteilen das Fell leichter und dünner wird. Um ein Pferd gegen Kälte zu schützen, genügt die Bedeckung des Rückens. Die Frauen, die Shawls tragen und sie an der Brust übereinander zu legen pflegen, sollten es lieber umgekehrt machen und den Shawl doppelt über den Rücken legen, um vor allen den Rücken zwischen den Schulterblättern zu schützen."

Musik.

Die Komische Oper gibt mit ihrer Novität vom Dienstag Gelegenheit, daß man sich zwar um teures Geld, aber ohne Gefahr nach Rußland in einen Bahnhof, in ein Frauengefängnis und auf einen Weg nach Sibirien versetzen kann. Zugrunde liegt der bekannte Roman L. Tolstois „Auferstehung"; nach ihm sind „Vier Bilder aus dem Leben Katjuschas" unter dem Titel „Auferstehung" für die Musikbühne bearbeitet. Der Text von C. Hanau ist übersetzt von A. Brüggemann; er bietet nicht Verse, sondern das, was man gehobene Prosa nennt, und was wir bereits ein oder das andere Mal als eine gut brauchbare Unterlage für eine — sagen wir: dramatische Konversationsmusik kennen gelernt haben.

Katjuscha gibt sich einem Fürsten in Liebe hin, wird von ihm vernachlässigt, sieht ihr Kind sterben, gerät in Verfall, wird nach Sibirien verbannt, geht noch ein paarmal mit sehr gemischten Gefühlen an ihrem Fürsten vorbei und begnügt sich schließlich mit irgendeinem braven Mann. In der Osternacht begann das Schicksal; ein Ostermorgen mit Auferstehungsgesang in der verschneiten Oede beschließt die Bilderfolge.

Komponiert hat sie ein junger Italiener: Frank Alfano. Er geht von der als „jungitalienisch" bezeichneten Richtung eines „Naturalismus" oder „Verismus" aus. Wir hören wieder das wohlbekannte derbe Aufkreischen des Orchesters bei jeder Ueberraschung oder dergleichen. Daneben steht viel weiche Stimmung, wie sie uns das russische Leben mit seiner Wärme und zugleich Düsterheit andeuten soll. Ohne größere, das ganze tragende Züge, bemüht sich doch die Musik, ihre Gaben ganz aus der Charakteristik der Gespräche und Vorgänge heraus zu motivieren. Was dabei auch an Unmotiviertem einerseits, an geistreicher Einzelarbeit andererseits herauskommt, würde wohl interessant zu verfolgen sein.

Die Hauptrolle bedarf einer Sängerin, die über einen kräftigen, dramatischen Sopran verfügt und zugleich mit ihrer Gesangssprache und ihrem Spiel imstande ist, den verschiedenen in Kathinkas Wesen und Schicksal zusammenlaufenden Mächten gerecht zu werden. Maria Labia ist eine solche Künstlerin; sie zeigt den Rest von Vornehmheit inmitten eines verkommenen Daseins trefflich als die Pointe einer Gefängnisszene, deren Arrangement wieder die vielgenannten Regiekünste der „Komischen" entfaltet. Um ihrer willen und wegen der Stimmungskunst des Komponisten wird das Stück, dem am Erstabend reicher Beifall gespendet wurde, sich voraussichtlich weiter halten. Ob Alfano für die Entwickelung der Musik Bedeutung gewinnen wird, darüber müssen erst weitere Werke von ihm entscheiden. sz.

Notizen.

— Kunstabende. Das Schiller-Theater eröffnet die Reihe seiner Dichter- und Tondichterabende im Schiller-Saal, Charlottenburg (am Knie) am Sonntag, den 10. Oktober, mit einem Liliencron-Abend.

— Das Richard Wagner-Theater, das zu Berlin geplant war und sehr viel von sich reden zu machen wußte, scheint nicht zustande kommen zu können. Da die unerfüllbaren Versprechungen in die Tat umgesetzt werden sollen, stellt sich heraus, daß die Gelder nicht aufzutreiben sind, wenigstens nicht für einen Bau an der Ecke Friedrich- und Puttkamerstraße.

— Eine Volkskunst-Ausstellung, die in dauernder Art das fortsetzen soll, was die erste Ausstellung zu Anfang dieses Jahres begann, wurde vom Deutschen Lyceumklub im Warenhause von A. Wertheim am Mittwoch eröffnet.

— Die arktische Zeppelin-Gesellschaft, die zuerst den Nordpol im Luftschiff entdecken wollte, muß sich jetzt mit weniger großen Plänen begnügen, die indes für die wissenschaftliche Erforschung des hohen Nordens fruchtbringender sein dürften. Der Arbeitsausschuß, der in Friedrichshafen zusammentrat, sah denn auch ein, daß die Angelegenheit nicht so einfacher Natur ist, wie es in der ersten Begeisterung schien. Es soll zunächst im Sommer 1910 eine Vorexpedition nach Spitzbergen gehen und die Bedingungen der Luftschiffahrt in den Polarregionen untersuchen. Inzwischen soll auch ein besonders für Seefahrten geeignetes Luftschiff konstruiert werden, das 1911 erprobt werden soll. Kurzum mit dem Luftschiff zum Nordpol gehts nicht so schnell, wie es die Lustenthusiasten ausposaunten.

— Das Profanste und das Heiligste. Am Sparkassenportal zu Mühlheim a. d. R. war als Schmuck ein rundliches Schwein mit einigen Putten angebracht. Das sollte das Glücksschwein oder die glückverheißende Sparbüchse darstellen. Neben der Sparkasse aber liegt die Synagoge, und die fühlte sich durch die unsaubere Nachbarschaft aufs tiefste gekränkt. Der Vorstand der Synagogengemeinde beschloß einen Kampf bis aufs Messer gegen das unkoschere Getier und beschwor in einem Schreiben Mit- und Nachwelt, „diese unmittelbare Nachbarschaft des Heiligsten mit dem Profansten" nicht länger zu dulden. Da die Stadtverordneten mehr Humor hatten als die Mühlheimer Juden, die offenbar nicht an ihre Sünden gegen das Schweineverbot erinnert sein wollten, beschlossen sie nach dreimaliger Tagung, das wohlschmeckende Tier den geängstigten Gemütern preiszugeben.

Der Vorsitzende hält der Angeklagten Schuwardt verschiedene Abweichungen von ihren Bekundungen bei der ersten Vernehmung vor. Rechtsanw. Dr. Jaffé verweist darauf, daß die Angeklagte sich damals in einem fürchterlichen Gesundheitszustand befunden habe. Die Angeklagte bleibt dabei, daß sie nur die Absicht gehabt habe zu recherchieren, was wahr oder unwahr ist. Landgerichtsrat Dr. Simonson: Ist denn das der richtige Weg, daß Sie dann zu dem Manne gehen, der angegriffen ist. Meinen Sie denn, daß ein Mann in dieser Situation Ihnen die Wahrheit sagen würde? Angekl.: O ja, wenn der Betreffende weiß, daß es sich um einen Zeitungsartikel handelt, der erscheinen soll. Landgerichtsrat Simonson: Es ist doch auffallend, daß Sie nicht gleich beim erstenmal dem Grafen das Manuskript vorgelegt haben, wenn es Ihnen nur auf die Ermittelung der Wahrheit ankam. — Staatsanwalt Leisering: Haben Sie denn dem Angekl. Dahsel gesagt, daß ursprünglich 500 M. geboten sein sollen? Angekl. Schuwardt: Ja, Herr Dahsel hatte dabei gesagt, daß er kein Geld haben wolle. R.-A. Dr. Puppe: Hat Herr Dahsel nicht gesagt, daß ihm sein Honorar lieber sei, als das Geld des Grafen. Angekl.: Jawohl, dies stimmt.

Zwischendurch wird hierauf der von der Verteidigung geladene Journalist Paul Schweder vernommen. Er bekundete, er könne bestätigen, daß in Journalistenkreisen Dahsel als ein fleißiger, ehrlicher und angesehener Journalist bekannt und in den Ministerien gut angesehen gewesen sei! Dahsel ergänzt dies dahin, daß ihm beispielsweise in Sachen Hamann eine Fülle von Material zugegangen sei, von dem er nicht Gebrauch gemacht und daß er dieses auch nicht dem Zeugen Schweder, der danach gefragt habe, gegeben habe. Dahsel behauptet, daß ihm die Notizen über die Gattin des Grafen von dritter Seite zugegangen wären. Er habe Frau Schuwardt mit den Recherchen betraut, zuerst aber gar nicht gewußt, daß diese sich zu dem Grafen Frankenberg begeben wolle. Ihm sei es lediglich um Recherchen zu tun gewesen. Nebenabsichten materieller Natur haben ihm durchaus fern gelegen.

Graf v. Frankenberg sagt als Zeuge u. a. aus, daß ihm von einem Freunde ein früherer Artikel aus der „Wahrheit" mit Andeutungen auf seine Person zugestellt worden war. Nicht lange darauf telephonierte die Angeklagte Schuwardt bei ihm an, daß sie ihn in einer wichtigen Angelegenheit sprechen möchte. Als sie bei ihm erschien, ließ er ihr durch den Diener sagen, daß er unbekannte Personen nicht empfange. — Sie soll sich mit dem Bemerken empfohlen haben, daß es

dem Grafen vielleicht doch noch leid tun

werde, daß er sie nicht empfangen habe. Als sie später dann doch zu einer Unterredung von ihm empfangen wurde, habe er gleich den Eindruck gehabt, daß es auf eine Erpressung abgesehen war. Die Schuwardt verneinte aber, daß es ihr auf Geld ankomme. Bei einer zweiten Unterredung habe er ihr gesagt, solche Artikel brächten doch bloß eine Sorte von Blättern wie die „Wahrheit" und andere Skandalblätter. Er habe ihr dann gesagt, er biete 500 M. für die Unterdrückung des Artikels; die Schuwardt zweifelte aber gleich, daß „ihr Bekannter" damit zufrieden sein würde. Sie habe ihm dann per Telephon mitgeteilt, daß sie den Eindruck gewonnen habe, daß ihrem Bekannten die Summe von

500 M. viel zu niedrig

sei. Es folgten dann die Unterredungen, bei denen die beiden Kriminalkommissare v. Tresckow I und Dr. Kopp im Nebenzimmer anwesend waren und zuhörten und welche damit endeten, daß Frau Schuwardt ihr Einverständnis mit der Hergabe von 1000 M. erklärte, welche am nächsten Tage an einem von ihr benannten Ort gezahlt werden sollten. Sie ist dann verhaftet worden. Auf einen Vorhalt erklärte der Zeuge, daß Frau Sch. keineswegs seine ursprüngliche Frage: „Was wollen Sie haben?" abgelehnt, sondern nur geäußert habe: „Die Geldfrage lasse sich nicht per Telephon erörtern, sie würde hierüber mündlich Rücksprache nehmen." Auf weitere Vorhaltungen wiederholt der Zeuge Graf Frankenberg, daß er aus dem Verhalten der Frau Schuwardt den Eindruck gehabt habe, daß ihr Bekannter für Geld zu haben sei. Irgend welche Richtigstellungen und Auskünfte seien gar nicht in Frage gekommen. Sie habe das erste Mal gesagt, daß sie nicht genau wußte, was in dem Artikel stehe, das zweite Mal habe sie ihm lediglich das Papier überreicht mit dem Bemerken: Hier ist das Papier! Richtig sei es, daß Frau Schuwardt gesagt habe, aus einem Mitgefühl mit der Gattin des Zeugen ein Interesse daran zu haben, daß der Artikel nicht erscheine, und sie habe hinzugefügt, sie könne dies verhindern. Ihm sei aber von Anfang an nicht ein Zweifel darüber gewesen, daß es sich um Erpressungen handle. Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Ging die Sache nun in der „Wahrheit" weiter? Zeuge: Es erschien kein weiterer Artikel, dagegen habe ich erfahren, daß ein in jenem Artikel genannter Herr von dem

Verleger Bruhn zu diesem bestellt und ausgefragt

sei über verschiedene Dinge, welche die Gräfin Fr., die Gattin des Zeugen, betrafen. Rechtsanwalt Dr. Werthauer behält sich vor, noch Zeugen zu laden, um zu beweisen, daß vor dem Eingreifen der Frau Schuwardt tatsächlich ein Artikel in der „Wahrheit" gegen den Zeugen durch Herrn Bruhn in Vorbereitung gewesen war. Vors.: Dann würde also Frau Schuwardt dem Zeugen falsche Vorspiegelungen gemacht haben, wenn sie behauptete, sie sei imstande, das Erscheinen des Artikels zu verhindern.

Kriminalkommissar v. Tresckow I hat der Unterredung des Grafen Frankenberg mit der Schuwardt in der Wohnung des Ersteren in einem dunklen Nebenzimmer, das nur durch eine Schiebetür von dem anderen Zimmer getrennt war, beigewohnt. Frau Sch. habe gesagt, es handele sich nicht um ein Skandalblatt, in welchem der Artikel erscheinen sollte, sondern um ein rechtes politisches Blatt und sie könne es verhindern. Sie handele völlig uneigennützig, der betreffende Redakteur wisse gar nichts davon, daß sie diesen Schritt unternehme. Sie sei eine alte Freundin von Journalisten, wisse mit allen Praktiken der Journalisten Bescheid, die gewissermaßen ein Konventikel im Pilsner Bierhaus abhielten und die Sachen austauschten, die sie bringen oder nicht bringen wollten. Wer ihren mit großem Wortschwall vorgetragenen Bemerkungen zuhörte, konnte nicht im geringsten Zweifel darüber sein, daß es der Frau Sch. lediglich darauf angekommen sei, den Grafen zur Hergabe von Geld zu bewegen. Als der Zeuge die Angeklagte verhaftete, hat sie nach längerem Zögern den Angeklagten Dahsel als ihren Gewährsmann bezeichnet.

Auf eine Frage des R.-A. Dr. Werthauer bestätigt Herr v. Tresckow, daß jener Herr, der in dem ersten Artikel zusammen mit dem Grafen Frankenberg schlecht behandelt worden war, telephonisch zum

Reichstagsabgeordneten W. Bruhn bestellt worden

war. Dieser habe ihm gesagt, daß es sich um einen neuen gegen Frankenberg gerichteten Artikel handle, den er schreiben müsse, um nachzuweisen, daß er den Erpressungen Dahsels fernstehe. Dies habe er von dem betreffenden Herrn erfahren. Dieser hatte den Eindruck, daß es sich um einen neuen

von Bruhn verfaßten Skandalartikel

handle. Dem betreffenden Herrn soll nahe gelegt worden sein, daß, wenn er weiteres Material liefere, er selbst künftig nichts mehr zu befürchten habe. Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Der Zeuge kann also nicht bekunden, daß Frau Schuwardt gesagt habe, sie werde etwas für das Erscheinen des Artikels tun, wenn nicht gezahlt werde. Dagegen geht doch aus den Aussagen des Zeugen hervor, daß ein Artikel in der „Wahrheit" sehr bald drohte und Frau Schuwardt hätte sich am Ende bemühen können, diesen Artikel zu verhindern. R.-A. Dr. Puppe läßt sich bestätigen, daß Frau Schuwardt niemals zweifelhafte Aufträge von Dahsel bekommen und keinerlei Verabredung zum Teilen eines etwaigen Raubes zwischen ihnen bestand.

Kriminalkommissar Dr. Kopp bestätigt im allgemeinen die Wahrnehmungen des Vorzeugen. Auch ihm war es nicht zweifelhaft, daß es auf Geld abgesehen sei. Aus seiner genauesten Kenntnis der „Wahrheit" könne er sagen, daß das von der Frau Schuwardt überreichte Manuskript ganz druckreif war; der Stil war genau so, wie die „Wahrheit" ihre Skandalartikel zu schreiben pflege, und der Artikel hätte sofort in die Druckerei wandern können. Als der Zeuge zu Dahsel kam, um eine Haussuchung vorzunehmen, habe ihn Dahsel wie ein Machthaber mit der Zigarre im Munde und in einer Herrscherpose, so wie ein Mann, der gewöhnt ist, Bittende und Flehende vor sich zu haben, empfangen. Auf Vorhalt des Rechtsanwalts Dr. Jaffé erklärte Kriminalkommissar Dr. Kopp, daß er eine bestimmte Drohung der Frau Schuwardt für den Fall der Nichtzahlung des Geldes nicht gehört habe, doch habe er nicht den allergeringsten Zweifel daran gehabt, daß es sich um eine ganz routinierte gewohnheitsmäßige Erpresserin handele. Staatsanwalt Leisering: Sie haben ja wohl mit Herrn v. Tresckow das Erpresserdezernat des Berliner Polizeipräsidiums unter sich. Ist Ihnen über die Tätigkeit des Herrn Dahsel auf diesem Gebiete vorher oder nachher etwas bekannt geworden? Zeuge Dr. Kopp: Nein, man sprach ja schon immer davon, daß

die Artikel der „Wahrheit" lediglich auf Erpressungen hinzielten,

aber Greifbares lag nicht vor. Das aber steht fest: Seitdem die „Wahrheit" erscheint, ist ein hoher Prozentsatz solcher Erpresser zu verzeichnen, die mit Enthüllungen in der „Wahrheit" zu drohen pflegen.

Vernehmung des Reichstagsabgeordneten Bruhn.

Hierauf wird der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bruhn, der Verleger der „Wahrheit" als Zeuge vernommen. Er bekundet: Dahsel sei Mitarbeiter der „Wahrheit" gewesen, hätte aber keinen Einfluß auf die Abnahme oder Nichtaufnahme von Artikeln gehabt. Vors.: Es ist ja wohl richtig, daß sich die „Wahrheit" sehr viel mit intimsten Familienangelegenheiten befaßt. Bruhn: Ich habe ja niemals annehmen können, daß Dahsel solche Dinge macht, wie sie ihm jetzt vorgeworfen werden. Hätte ich davon nur eine Ahnung gehabt, so würde ich nie mit Dahsel in Verbindung getreten sein. Vors.: Der Angeklagte behauptet hier, daß er darauf hingewirkt habe, daß die „Wahrheit" ein nationales Organ werden und sich von Skandalaffären fern halten solle. Bruhn: Das würde er gar nicht gewagt haben, denn das wäre eine Beleidigung für mich gewesen, denn mein Blatt ist ein nationales Blatt und wenn hier und da auch Dinge sensationeller Natur behandelt wurden, so tun andere Zeitungen dasselbe! Sensation ist nicht Skandal und wenn hier und da in dieser Beziehung über das Ziel hinausgeschossen worden ist, so geschah das ganz gegen meinen Willen. Artikel wie z. B. „Die Tragödie am Lützowplatz" hat doch Dahsel geschrieben, er hatte keinen Auftrag dazu gehabt. Vors.: Der Angeklagte behauptet, daß er sich bemüht habe, sensationelle Artikel und auch den Artikel gegen den Grafen Frankenberg zu verhindern. Bruhn: Ich habe nicht eine Ahnung davon gehabt, daß Dahsel so etwas betrieb, wie hier zur Sprache gekommen ist. Ich muß mich hier mit aller Entschiedenheit gegen ihn wenden, um meine eigene Ehre zu verteidigen. Er trat im Oktober 1907 bei der „Wahrheit" ein. Ich war damals sehr krank und mußte ein Sanatorium aufsuchen. Herrn Dahsel ist es zu danken, daß zweimal Redakteure der „Wahrheit" zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Aus diesem Grunde habe ich nachher an seinen Artikeln herumsodeln müssen. Ebenso unrichtig ist die Behauptung Dahsels, daß die sensationellen Ueberschriften von ihm, Zeugen, herrührten. Dahsel habe beispielsweise eine Ueberschrift erfunden: „Die Lustseuche am Hofe des Kronprinzen". Hätte ich sein Treiben irgendwie ahnen können, so hätte ich Dahsel nie wieder zu mir genommen. Auch mein Konflikt mit ihm in der „Staatsbürger Zeitung", der zu seiner Entlassung geführt hatte, ist ein ganz anderer gewesen, als wie er es schildert. Ich kann nur sagen: ich bedaure den Tag, an welchem ich wieder mit ihm in Verbindung getreten bin. Wenn gesagt wird, die

„Wahrheit" sei ein Erpresserblatt,

so ist diese unzutreffende Charakteristik erst auf die Tätigkeit Dahsels zurückzuführen. Was den Frankenberg-Artikel betrifft, so habe ich keine Ahnung davon gehabt. Vors.: Ist es wahr, daß der Angekl. Dahsel sich bemüht hat, den Artikel „Auffällig" zu unterdrücken? Zeuge Bruhn: Davon ist kein Wort wahr. Mit dem Frankenberg-Artikel, mit welchem Frau Schuwardt zu dem Grafen gegangen ist, ist Dahsel überhaupt nicht an mich herangetreten. Staatsanwalt Leisering: Es ist hier zur Sprache gebracht worden, daß Sie sich nach der Verhaftung des Dahsel mit dem Leutnant H., von dem in dem Artikel „Auffällig" die Rede war, noch in Verbindung gesetzt haben. Zeuge Bruhn: Dieser Artikel war am Freitag erschienen, tags darauf kam ein Herr H. zu mir und sagte: Die Sachen seien ja im großen und ganzen richtig, ich sollte sie nun aber doch auf sich beruhen lassen. Ich sagte dies zu und damit war die Sache erledigt. Als Dahsel verhaftet war, setzte ich mich mit dem Herrn telephonisch in Verbindung und in einer Zusammenkunft erklärte ich ihm dann, daß ich meine Zusage nun nicht mehr halten könne, da ich mich dagegen wehren müsse, daß nun in den Zeitungen gesagt werden könne, die Notiz „Auffällig" sei nur eine vorbereitende Aktion zu den Erpressungen Dahsels gewesen. Deshalb mußte ich nochmals auf die Sache zurückkommen und ersuchte ihn um weitere Aufschlüsse über Frankenberg. Als nach längerer Zeit derselbe Herr nochmals zu mir kam, erklärte ich ihm, daß ich mit ihm nichts mehr zu tun habe. Denn der Herr war nach der letzten Unterredung sofort zu Herrn v. Tresckow gegangen und hatte behauptet, ich hätte einen Erpressungsversuch unternommen. Auf Befragen des Vorsitzenden bejaht der Angeklagte, daß der Artikel „Lustseuche am Hofe des Kronprinzen" von ihm herrühre, doch hätte er nur die Ueberschrift erfunden, die Tatsachen des Artikels hätten schon in anderen Zeitungen gestanden. Er gebe zu, daß dies ein Mißgriff war, behauptet aber vor wie nach, daß er wiederholt darüber mit Bruhn gesprochen habe, daß sensationelle Artikel der Art, wie sie in der „Wahrheit" mehrfach wiederkehrten, doch sehr unangenehm seien und lieber vermieden werden sollten. Zeuge Bruhn bestreitet dies energisch und erklärt, daß Dahsel ja wohl einmal gesagt haben mag, daß ein Artikel besser unterbleiben würde, die Phrase aber, daß er sich bestrebt habe, die „Wahrheit" zu einem nationalen Blatt zu machen und in ruhigere Bahnen zu lenken, müsse er entschieden zurückweisen. Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Der Angeklagte behauptet auch, daß Sie die Anweisung gegeben hätten, daß auf der dritten Spalte der ersten Seite Artikel mit Bezug auf bedeutende Namen oder Firmen erscheinen müßten, denn dann „würde das Blatt auf der Straße gefressen"? Bruhn: Das ist eine Unterstellung, die ich direkt zurückweise. Es ist eine dreiste Unwahrheit! Dahsel bleibt bei seiner Behauptung. Rechtsanwalt Dr. Werthauer hält dem Zeugen vor, daß die Artikel auf der dritten Spalte mit der sensationellen Ueberschrift doch auch schon vor Dahsels Eintritt erschienen wären und fragte, wieso es denn beispielsweise komme, daß das Warenhaus A. Wertheim fortgesetzt angegriffen würde und ebenso Jandorf bis zu dem Augenblick, wo das Haus Jandorf Inserate bei ihm für die „Wahrheit" aufgab. Zeuge Bruhn erklärt, daß er ein prinzipieller Gegner der Warenhäuser sei und mit Wertheim in einer Reihe von Prozessen gestanden habe. Er weist mit Entschiedenheit den Gedanken zurück, daß er sich von Jandorf habe bestechen lassen. Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Dann hält also der Zeuge das Warenhaus Jandorf anscheinend für weniger gefährlich als das Warenhaus Wertheim. Ein Beisitzer wünscht zu wissen, zu welchem Zwecke denn eigentlich der Artikel „Auffällig" erschienen sei und ob denn die Oeffentlichkeit irgend ein Interesse an jenen Dingen habe. Zeuge Bruhn erklärt, daß der Zweck war, dem Treiben einiger Wucherer entgegenzutreten. Rechtsanwalt Dr. Puppe: Hat denn die „Wahrheit" einige Abonnenten? Bruhn: Sehr viele. Sie erscheint in einer Auflage von 25 bis 30 000 Exemplaren. Rechtsanwalt Dr. Puppe: Weshalb lassen Sie es denn zu, daß Ihr angeblich „nationales Blatt" auf der Straße mit den sensationellen Ueberschriften ausgerufen wird? Zeuge Bruhn: Ich habe auf die Straßenhändler gar keinen Einfluß. Die „Wahrheit" macht nicht mehr in Sensation wie andere Blätter! Rechtsanwalt Dr. Puppe fragt ferner, ob der Zeuge der Ansicht ist, daß die Warenhäuser prinzipiell bekämpft werden können durch Angriffe auf die Inhaber der Warenhäuser. Der Gerichtshof lehnt die Zulassung dieser Frage ab.

Ein als Leumundszeuge geladener Kaufmann Lau erklärt, daß er Dahsel nur als einen Ehrenmann kenne. Schließlich wird noch der Redakteur Otto Weber von der „Wahrheit" vernommen. Ihm ist jedenfalls nichts darüber bekannt, daß Dahsel sich bemüht habe, Sensationsartikel zu unterdrücken. Er (Zeuge) sei zweimal wegen Dahselscher Artikel zu Gefängnis verurteilt worden; es sei auch gänzlich ausgeschlossen, daß Dahsel einen Einfluß auf das Erscheinen oder Nichterscheinen der Artikel gehabt habe. — Nachdem Dahsel in verschiedenen Punkten dem Zeugen widersprochen hat, wird die Sitzung auf heute 12 Uhr mittags vertagt.

Gerichts-Zeitung.

Beleidigungen unterm Zeugeneid

wurden dem Baumeister Kommerzienrat Schönner zur Last gelegt. In einer Klagesache war er als Zeuge vor dem ersuchten Richter vernommen worden, und hierbei soll er den Maurer- und Zimmermeister Ebert aus Wilmersdorf einen geborenen Betrüger, einen Verbrecher und Zuchthäusler genannt haben. Ebert reichte gegen Schönner Beleidigungsklage ein, die am Mittwoch vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte (145. Abteilung) verhandelt wurde. Sch. versicherte auf das bestimmteste, bei Gelegenheit jener Vernehmung nichts derartiges über E. gesagt zu haben. Ueber den Hergang bei der Vernehmung wurde als Zeuge der Assessor Kluge befragt, der damals als Richter fungiert hatte. Kl. vermochte sich auf Einzelheiten nicht mehr zu besinnen. Als er daran erinnert wurde, daß er die beleidigenden Worte sogar gerügt habe, ergänzte er, jetzt komme ihm die unbestimmte Empfindung, daß bei der Vernehmung die Parteien oder Zeugen aneinandergeraten seien. Demgegenüber behauptete Sch., es sei in Ruhe verhandelt worden. Zum Beweise dafür, daß im besonderen er selber, Schönner, sich durchaus korrekt benommen haben müsse, berief er sich auch auf die Verbeugung, mit der schließlich der Richter ihn entlassen habe. Kl. fügte hinzu, auch er glaube, daß nicht Sch. es gewesen sei, der sich inkorrekt benahm, wenngleich Sch. im Rahmen seiner Zeugenaussage sich abfällig über E. geäußert habe. Gegen die Heranziehung der Verbeugung als Beweismittel erhob der Gerichtsvorsitzende, Amtsgerichtsrat Wollner, Einspruch mit dem Bemerken, daß solche richterlichen Höflichkeiten doch wohl nichts Ungewöhnliches seien. E.'s Rechtsbeistand bestritt, daß der Herr Assessor überhaupt eine Verbeugung gemacht habe. Aus Kl. selber war nichts weiter herauszubringen. Desto bestimmter lautete die Aussage eines anderen Zeugen, eines Kellners, der im Nebenamt Grundstücksvermittler ist und in jenem Prozeß als Kläger aufgetreten war. Er bekundete, Sch. sei vom Richter gefragt worden, ob er mit E. Geschäfte mache, und habe darauf geantwortet: „Mit solchem Zuchthäusler, solchem notorischen Verbrecher und notorischen Lump!?" Auch habe Sch. plötzlich sich rittlings auf einen Stuhl gesetzt, so daß andere seine Rückseite bewundern konnten. Es wurde behauptet, auch hierbei habe Sch. eine beleidigende Absicht gehabt. Sch. erklärte, das alles sei völlig unwahr, ein Richter werde sich auch schwerlich so etwas gefallen lassen. Assessor Kl. versicherte gleichfalls, ihm erscheine das ausgeschlossen, mindestens müßte er es im Gedächtnis behalten haben, da ihm so etwas noch nicht vorgekommen sei. Auch Rechtsanwalt Klemperer, der bei jener Vernehmung zugegen gewesen war und jetzt als Zeuge befragt wurde, wußte nichts von Beleidigungen oder sonstigen Ungehörigkeiten. Er habe einmal das Zimmer verlassen, aber während seiner Anwesenheit sei ihm nichts aufgefallen. Hierzu behauptete der erwähnte Kellner, Klemperer habe ja direkt dabei gesessen. Um die Widersprüche aufzuklären, beschloß das Gericht, die Sache zu vertagen und noch andere Gerichtspersonen zu laden, die der Vernehmung beigewohnt hatten.

Sozialdemokratischer Lese- und Diskutierklub „Johann Jacoby". Heute abend 8½ Uhr bei Bugge, Kastanien-Allee 95/96: Sitzung. Vorlesung: Das Erfurter Programm. Gäste willkommen.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund. Ortsgruppe Berlin. Freitag abend 8½ Uhr im Gewerkschaftshause, Engelufer 15: Vortrag des Genossen G. Davidsohn: Aus Jeremias Gotthelfs Werken. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentäglich abends von 7½ bis 9½ Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Charlottenburg 172. Deputation der städtischen Fachschulen, Klosterstraße 41, parterre. — **E. K. 29.** 1. und 3. Am besten wenden Sie sich an einen Kammerjäger, deren Adressen im 2. Band, Teil 4 des Adreßbuchs zu finden sind. 2. Zutreffende Anleitung gibt Ihnen der Arzt. — **A. Sch. 54.** Dieses Datum fiel auf einen Freitag. — **A. G. 72.** 1. Qualifikation als Maschinenbauer ist erforderlich, Betätigung im Lokomotivenbau wird bevorzugt. Diese Dienstzeit ist verschieden, erstreckt sich aber auf eine Reihe von Jahren und ist abhängig vom Prüfungsbefund und den jeweilig vorhandenen Vakanzen. 3. Anfangsgehalt für Lokomotivführer 1400 Mark, steigend zum Höchstgehalt nach 15 Jahren von 2500 Mark, außerdem Nebenbezüge von mindestens 540 Mark. Heizer Anfangsgehalt 1200, steigend bis 1800 Mark in 18 Jahren, und pensionsfähige Nebenbezüge von 300 Mark. 4. Auf die in das Gebiet einschlagenden Fächer. — **R. K. 100.** Wenden Sie sich an das Kuratorium der städtischen Hospitäler und Siechenanstalten Berlin C. 2, Rathaus Zimmer 111/114. — **E. D. 79.** Freie Dienstwohnung, 3600 Mark Gehalt und 6400 Mark Repräsentationszulagen. — **O. H. 31.** 1. Ja. 2. Anfangsgehalt 1800 Mark, steigend bis 4500 Mark innerhalb 25 Jahren. 3. Ist uns unbekannt. — **105.** Bureau der Seeleute in Hamburg, Besenbinder-Hof Nr. 57. — **R. Schneider.** Eine Klage wäre leider völlig aussichtslos. Zuständig für dieselbe wäre das Landgericht. — **E. S. 66.** Haben Sie Ihrer Tochter weder mündlich noch schriftlich noch durch Ausstellung eines Arbeitsbuches die Ermächtigung erteilt, in ein Geschäft einzutreten, so ist der Vertrag ungültig. Sollten Sie ein Arbeitsbuch ausgestellt haben, so wiederholen Sie die Anfrage unter genauerer Darlegung, um welche Art Stellung es sich handelt, insbesondere, ob ein Lehrvertrag vorliegt und ob über Kündigungsfrist oder Dauer des Vertrages irgend was bestimmt ist. — **A. L. 5.** Es würde lediglich eine Klage auf Ersatz des Schadens Aussicht auf Erfolg haben. In dieser hätten Sie zu beweisen, daß Ihre Vermutung zutrifft. Zuständig ist das Amtsgericht. — **M. A.** Nein. — **29. P. B.** Die Eltern müßten sich an das Amtsgericht wenden, das die Fürsorge angeordnet hat und darlegen, daß die Gründe, die zu der Anordnung geführt haben, nicht mehr vorhanden sind. — **Teltow.** Sie sind an den Vertrag gebunden und haften für einen Monat Miete, falls nicht etwa ausdrücklich vereinbart ist, der Abschluß des Mietsvertrages solle von dem Abschluß eines schriftlichen Vertrages abhängen. Der Mietsvertrag kommt durch mündliche Vereinbarung zustande. Es ist eine weit verbreitete, aber irrtümliche Anschauung, daß man von einem Vertrage innerhalb 24 Stunden zurücktreten kann. Nach Abschluß des Vertrages kann nur beiderseitige Zustimmung oder das Vorliegen eines vom Gesetz oder durch Vertrag festgelegten Grundes den Vertrag aufheben. — **Genz.** Ist weder mündlich noch in einem schriftlichen Vertrage etwas über die Kündigung vereinbart, so ist die Kündigung gültig. Sie konnte bis am 3. Oktober ausgesprochen werden. — **Kirchensteuer.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet, da Ihr Einkommen mehr als 1200 Mark beträgt und Sie aus der Kirche nicht ausgetreten sind. — **Schlüterstr. 71.** Der Tod des Ehemanns hebt den Mietsvertrag nicht auf, gibt aber den Erben das Recht einer vorzeitigen Kündigung. Ist der Vertrag z. B. bis zum 1. Januar 1910 oder auf eine noch längere Zeit geschlossen, so hat die Witwe, falls sie den Vertrag nicht selbst geschlossen hat, wenn der Todesfall im dritten Quartal 1909 sich ereignete, den Vertrag bis am 3. Oktober zum 31. Dezember zu kündigen. — **N. 110.** Eine Klage auf Schadenersatz hätte Aussicht auf Erfolg. Zuständig ist das Amtsgericht. — **A. B. 10.** Bis zum vollendeten 14. Lebensjahre des Kindes. Alimente für ein nach 1889 geborenes außerehelichen Kind sind bis zu dessen vollendetem 16. Lebensjahr zu zahlen

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 7. Oktober.

Anfang 7½ Uhr.
Königl. Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Kgl. Schauspielhaus. Die Makkabäer.
Deutsches. Faust.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheidewege. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Komische Oper. Unterstehung.
Neues königl. Opern-Theater. Der Amerikaseppel.
Berliner. Der Befehl des Fürsten.
Neues Schauspielhaus. Wäschermädel.
Neues. Das Urbild des Tartüffe.
Hebbel. Hanna Jagert.
Westen. Die geschiedene Frau.
Lessing. Pfarrers Tochter von Streladorf.
Volksoper. Undine.
Thalia. Prinz Buffi.
Residenz. Gretchen.
Trianon. Pariser Witwen.
Lustspielhaus. Man soll keine Briefe schreiben.
Kleines. Moral.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Doktor Klaus.
Schiller Charlottenburg. Das Käthchen von Heilbronn.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Hinrich Lornsen.
Luisen. Inspektor Bräsig.
Rose. Die Jägermeisterin.
Metropol. Halloh!! — Die große Revue.
Folies Caprice. Mobilisierung. Der gewisse Augenblick. Anf. 8¼ Uhr.
Apollo. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Gebr. Herrnfeld-Theater. Frau Elkans Friseur. Meine - Deine Tochter.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Des Pfarrers Tochter von Streladorf.
Freitag, 8 Uhr zum 75. Male: Der König.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr:
Der Befehl des Fürsten.
Morgen: Einer von unsere Leut'.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Urbild der Tartüffe.
Morgen bis Montag:
Das Urbild des Tartüffe.

Theater des Westens.
Allabendlich 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Sonntag nachm. 3½ Uhr, halbe Preise: Die lustige Witwe.

Neues Operetten-Theater, Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 7. Oktober, Anf. 8 Uhr:
Hinrich Lornsen.
Freitag z. erstenmal: Die goldne Eva.
Sonnabend: Manöverregen.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Othello.
Abends 8 Uhr: Manöverregen.

Volks-Oper.
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Anfang 8 Uhr.
Undine.
Freitag:
Die Jüdin.

Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Gretchen.
Groteske in 3 Akten von Davis und Lipschütz.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 10. Oktober, nachm. 3 Uhr: Kümmere Dich um Amelie.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Jägermeisterin.
Volksstück aus dem Dänischen in vier Akten von Charlotte Gilersgaard.
Morgen: Des Meeres und der Liebe Wellen.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger
Anfang: Wochent. 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Doktor Klaus.**
Lustspiel in 5 Akten n. Ad. L'Arronge.
Ende 10½ Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr: **Ein Erfolg.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: **Die erste Geige.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Das Käthchen v. Heilbronn**
Großes historisches Ritterschauspiel in 5 Akten von Heinrich v. Kleist.
Ende 11 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr: **Die von Hochsattel.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Das Käthchen v. Heilbronn**

Freie Volksbühne

:: Einige neue Mitglieder ::
zu den **Nachmittags-Abteilungen**
können sich noch in den **Zahlstellen anmelden.**

Vorstellungen:

Neues Schauspielhaus:	Gyges und sein Ring
Abendabteilung.: Ludwig Fulda:	**Der Dummkopf.** Titelrolle: Harry Walden.
Lessing-Theater:	**Hannele.**
Extra-Vorstellung:	**Der König.** 21. Novemb. 8 Uhr.
Residenz-Theater:	**Musotte.**
Thalia-Theater:	**Eisgang.**
Herrnfeld-Theater:	**Vater und Sohn.**
Extra-Vorstellung:	**Jugend.** 21. November, nachm. 3 Uhr.

Die Vorstellungsdaten für die einzelnen Abteilungen sind aus den Mitgliedskarten ersichtlich.

241/20 **Der Vorstand.** I. V.: G. Winkler.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Man soll keine Briefe schreiben.

LORSEN-THEATER
Abends 8 Uhr:
Onkel Bräsig.
Freitag: Onkel Bräsig.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dornröschen. Abends 8 Uhr: Die Herren Söhne.

Gastspiel-Theater
Köpenicker Straße 67/68.
Täglich abends 8¼ Uhr:
Ungerade Tage.
Der Deserteur.
Die keusche Toinette.
Cousin Pampoulette.

Metropol-Theater.
Zum 20. Male:
Halloh!!
Die große Revue!!
Humorist.-satir. Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schultz. Tänze von Willy Bishop.
Madge Lessing. Fritzi Massary. Jos. Giampietro. Guido Thielscher. K. Plann. M. Kettner. Ida Perry. W. Bishop usw.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTER GARTEN
Neues Programm.
Señora Maria Galvany
Primadonna v. d. kgl. Oper i. Madrid.
Miß Orford, Elefanten-Dressurakt.
Les Ritchie, komische Radfahrer.
Sandwina, das Wunder weibl. Kraft.
Tonka-Truppe, japanische Zauberer.
Artois Bros, komische Reckturner.
A. Loyal mit seinem Hund Toqué.
Miß Ameta, amerik. Spiegelreflextänzerin.
Mabelle Fonda-Truppe, Keulen-Jongleure.
Rigoletto Bros, Equilibristen an schwebender Leiter.
Leben und Treiben im Freien, Tanz-Divertissement.
Biograph neueste Aufnahmen.

Folies Caprice.
Mobilisierung.
Bunter Teil.
Der gewisse Augenblick.
Vorverk. 11—2. Anfang 8¼ Uhr.

Zirkus Schumann
Heute Donnerstag, 7. Oktober, abends 7½ Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
Hervorzuheben:
6 Damen Proveanies
in ihren großartigen Leistungen.
15 schottische Hochländer
4 Poncherrys 4
Casa Blanca der drei Gebr. Houcke.
Mme. de Bainville aus Paris.
Pferd u. Ballerina
Original des **Ritter v. Renroff.**

Die Ausstellung
bürgerlicher Wohnungseinrichtungen
der Möbelfabrik
M. Hirschowitz
Berlin SO., Skalitzerstr. 25, Tel.: Amt 4, No. 2229
ist Brautleuten zur Besichtigung besonders zu empfehlen. Kein Kaufzwang. Verkauf an Private im Fabrikgebäude.
Verlangen Sie illustrierten Katalog frei!

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstagswahlkreises
Sonntag, den 10. Oktober 1909,
in Keliers Festsälen, Inhaber Freyer, Koppenstraße 29:
Sinfonie-Konzert
verbunden mit **Gesang** unter Mitwirkung des Gesangvereins **Liedesfreiheit.**
Billett inklusive Garderobe **60** Pf. Eröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr.
Nach dem Konzert **Tanz.**
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. 231/60
Kinder unter vierzehn Jahren haben keinen Zutritt.

Zirkus Busch.
Heute Donnerstag, 7. Oktober 1909, abends 7½ Uhr präzise:
Gr. Gala-Vorstellung.
Neu! Herr Willy Manns mit seinen Wunderelefanten! Mdm. Smaragda sensationelle Katzen-Dressur. Herr Burkhardt-Foottit, Schulr. Herr E. Schumann, Neudressuren Mr. Alfons und d. gr. Galaprogr.
Um 9.30 Uhr: **Farmerleben!**
Besonders hervorzuheben: Der Ueberf. a. d. brennend. Blockhaus. Sonntag, den 10. Oktob., 2 gr. Gala-Vorst., 4 u. 7½ Uhr. 4 Uhr wird der 3. Akt aus der sensationell. Pantomime Farmerleben gegeben.

Apollo Theater
Anfang 8 Uhr:
Tohuwabohu
und
Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.
Die Traummalerin
Aga d. schwebende Jungfrau.
Der Motoboy d. künstl. zerl. Mensch
Tamburitza-Brigant.
Panophon-Vorträge
Vitascop-Theater
Alles ohne Extra-Entree!
Dauervorstellung von 4—7 Uhr.

Gebr. Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. T. A. 4, 5083.
Die erfolgreichsten Lach-Komödien.
Meine - Deine - Tochter
Frau Elkans Friseur
mit **Anton** und **Donat Herrnfeld.**
Vorverkauf 11—2 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Passage-Theater.
Gastspiel
Henry Bender.
Die tolle Burleske
Der süße Doktor
mit Henry Bender, Lucie König, Else Bernd, Ella Rauch, Hermann Bartels, Lene Lehmann.
Ferner: **Claire Waldoff** und die große Variété-Attraktion.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Donnerstag, den 7. Oktober 1909
Der Stabstrompeter.
Gesangsposse in 4 Akt. v. Mannstädt.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Vorstellung 8 Uhr.
Vorverkauf täglich von 10—1 Uhr im Theater-Restaurant.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.
Bis Freitag, 8 Oktober 1909:
Gastspiel der japanischen Schauspieler
Udagawa u. Kawamura
ehem. Mitgl. d. Sadayakko-Truppe:
Mr. Merino, das anatom. Weltwunder.
Großstadtzauber
mit Direktor Rob. Dill.
Vorzugskarten überall zu haben.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.
Anf. 8 Uhr. Die großartigen Oktober-Spezialitäten.
Im Tunnel: Regimentskapelle.
Theaterbesucher freier Eintritt.

W. Noacks Theater
Brunnenstr. 16, am Rosenthaler Tor.
Große Extra-Vorstellung!
Gastspiel H. Bach d. Luisen-Theater.
Frauenkampf.
Anfang ½9 Uhr:
Sonnabend: D. Warenhausfräulein.
Sonntag 3 Uhr: Das Käthchen von Heilbronn.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Heute:
Großer Kavalier-Ball.
Anfang 8 Uhr. Entree frei.
Sonnabend, den 9. Oktober 1909:
Großes Rosen-Ballfest.

Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Pariser Witwen.

Buggenhagen
am Moritzplatz
Anf. 8 Uhr.
I. Theatersaal: D. Kanonenschlager
Meyer mit 'n Hängeboden
mit **Paul Bendix** in der Titelrolle und das glänzende **Spezialitäten-Programm.**
Im Konzertsaal täglich: **Großes Militär-Konzert.**

Casino-Theater
Lothringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
Onkel Onkel Onkel Sohn Sohn Sohn
Onkel Onkel Onkel Sohn Sohn Sohn
Sonntag 4 Uhr: Familie Klinkert.

Artushof (Moabit)
Perleberger Straße 26.
Donnerstag, den 7. Oktober:
Donna Diana.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Moreto.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstraße 72.
Täglich: **Franz Sobanski.**
Hedy Brumlea, Willy Gramsch, Vailis u. Jeannette, F. W. Hardt, Miß Claire, The tree Eriks.
Ein verzweifeltes Mittel.
Schwank in einem Akt.

Sanssouci,
Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Donnerstag:
Neues Programm.
Elite-Soiree Tanzkränzchen
von **Hoffmanns Nordd. Sängern**
Großer Erfolg von **Nervös.** Schwank in 1 Akt.
Beginn Sonnt. 5, wochent. 8 Uhr.

Karl Haverland
Theater
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Anfang präzise 8 Uhr.
Schlager auf Schlager
bringt das
Oktober-Programm.

2306 L*

Extrapreis!

Eine Partie **große**
Diwandecken
auf beiden Seiten benutzbar
Mk. 4,35 (Wert 6,75)
Buntpersische doppelseit.
Diwandecken
Mk. 7,50—8,75 (Wert 12—15 M.)
Bunte Moquett-**Plüsch-Diwandecken**
Größe 150/300 cm 23,50 (Wert 33 M.)
Eine Partie **Diwanrückwände**
reichgestickt **3,85** M. (Wert 8,50 M.)
Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur **Oranienstr. 158.**
Habe nirgends Filialen.
Nach auswärts per Nachnahme.
Mein neuer Pracht-Katalog
mit ca. 650 Abbildungen
gratis und franko.

A. WERTHEIM G.M.B.H.

LEIPZIGER STRASSE

ROSENTHALER-STRASSE. ORANIEN-STRASSE.

In dieser Woche besonders preiswertes Angebot **soweit der Vorrat reicht:**

GEMÜSE-KONSERVEN

Riesen-Stangenspargel	1/1 Dose 1.80	
Stangenspargel extra stark	1/1 Dose 1.65,	1/2 Dose 88 Pf.
Stangenspargel I	1/1 Dose 1.40	
Stangenspargel II	1/1 Dose 1.25,	1/2 Dose 68 Pf.
Stangenspargel III	1/1 Dose 1.10,	1/2 Dose 60 Pf.
Riesen-Bruchsparg.	1/1 Dose 1.30,	1/2 Dose 70 Pf.
Bruchspargel extra stark	1/1 Dose 1.20,	1/2 Dose 65 Pf.
Bruchspargel I	1/1 Dose 1.00,	1/2 Dose 55 Pf.
Bruchspargel II	1/1 Dose 80 Pf.	
Bruchspargel ohne Köpfe	1/1 Dose 70 Pf.	
Abschnitt-Spargel	1/1 Dose 45 Pf.	1/2 Dose 28 Pf.
Kaiser-Schoten extra	1/1 Dose 1.25,	1/2 Dose 68 Pf.
Kaiser-Schoten	1/1 Dose 1.10,	1/2 Dose 60 Pf.
Schoten I	1/1 Dose 75 Pf.	1/2 Dose 43 Pf.
Schoten II	1/1 Dose 52 Pf.	1/2 Dose 32 Pf.
Schoten III	1/1 Dose 45 Pf.	
Schoten IV	1/1 Dose 36 Pf.	
Gem. Gemüse extra fein	1/1 Dose 1.20,	1/2 Dose 65 Pf.
Gem. Gemüse I	1/1 Dose 90 Pf.	1/2 Dose 50 Pf.
Gem. Gemüse II	1/1 Dose 60 Pf.	1/2 Dose 35 Pf.
Gem. Gemüse III	1/1 Dose 46 Pf.	
Karotten I	1/1 Dose 65 Pf.	1/2 Dose 38 Pf.
Karotten	1/1 Dose 45 Pf.	1/2 Dose 28 Pf.
Spinat	1/1 Dose 38 Pf.	
Kohlrabi in Scheiben	1/1 Dose 27 Pf.	

FRUCHT- U. FISCH-KONSERVEN

Saure Kirschen ohne Steine	1/1 Dose 85 Pf.	
Saure Kirschen mit Steinen	1/1 Dose 58 Pf.	
Reineclauden	1/1 Dose 68,	1/2 Dose 39 Pf.
Melange-Früchte	1/1 Dose 85,	1/2 Dose 48 Pf.
Heidelbeeren	1/1 Dose 55,	1/2 Dose 33 Pf.
Rheinisches Kraut	1/1 Dose 80,	1/2 Dose 42 Pf.
Ostsee-Bratheringe	Dose 42 Pf.	
Bismarck-Heringe	Dose 42 Pf.	
Delikatess-Heringe in verschiedenen Saucen	1/1 Dose 78,	1/2 Dose 50 Pf.
Hering in Gelee	Dose 33 Pf.	
Aal in Gelee	Dose 75 Pf.	
Russische Sardinen	Glas 24 Pf.	
Anchovis	Glas 24 Pf.	
Schwedische Gabelbissen	Dose 38,	50 Pf.
Appetit Sild	Dose 33 Pf.	

TEE

Souchong-Tee	1/1 Paket 1.25,	1/2 Paket 90 Pf.			
	I	II	III	IV	V
Souchong	1.90	2.30	2.90	3.40	4.20
Kongo-Melange	Pfund 2.60,	4.20			
Ceylon-Tee	Pfund 3.40				
Pekko-Melange	Pfund 4.80				
Darjeeling-Tee	Pfund 6.30				

KAKAO u. SCHOKOLADE

Deutscher Kakao	Pfund 75, 90 Pf., 1.00
Holländischer Kakao	Pfund 1.80, 2.10
Haushalt-Schokolade	Pfund 60, 75 Pf.
Vanille-Schokolade	Pfund 1.05, 1.15
Block-Schokolade	Pfund 75 Pf.
Haushalt-Kakes	Karton = 1 Pfund **60** Pf.

FLEISCHWAREN

Zervelatwurst	Pfund 1.10	
Salamiwurst	Pfund 1.15	
Teewurst	Pfund 1.15	
Mausschinken ca. 2—3 Pfund schwer	Pfd. 1.20	
Schinkenspeck	Pfund 1.00	
Gänsebrust	Pfund 1.45	
Jagdwurst	Pfund 90 Pf.	
Hallesch. Leberwurst	Pfd. 1.00	
Feine Leberwurst	Pfund 95 Pf.	
Landleberwurst	Pfund 90 Pf.	
Rotwurst	Pfund 45, 65 Pf.	
Königsb. Fleck Dos. ca. 1 Pfund	50 2 Pfd. 85 Pf.	

WILD U. GEFLÜGEL

Gänse	Pfund 55, 62, 67 Pf.	
Enten	Stück 1.85, 2.35, 2.65	
Suppenhühner	1.65, 2.20	
Brathühner	Stück 75 Pf., 1.25	
Hirschfleisch		
Rücken und Keulen	Pfund 80 Pf.	
Blätter	Pfund 40 Pf.	
Ragout	Pfund 25 Pf.	
Fasanenhähne	Stück 2.50	
Fasanenhennen	Stück 1.95	
Rebhühner, Rehkeulen.		
Hasen gestreift	2.25, grosse 3.35	

OBST U. SÜDFRÜCHTE

Bananen	Pfund 18 Pf.	
Italien. Pfirsiche	Pfund 20, 28 Pf.	
Tomaten	Pfund 8 Pf.	
Blaue Weintrauben	Pfund 14 Pf.	
Kochäpfel	Pfund 8 Pf.	
Kochbirnen	Pfund 6 Pf.	
Ananas	Pfund 63 Pf.	
Tafelbirnen (Kaiserkronen)	Pfund 12 Pf.	
Tafeläpfel	Pfund 10 Pf.	

Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Grunewald. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Sonntag, den 10. Oktober, von früh 8 Uhr an findet in den vier Landtagswahlbezirken (5., 6., 7. und 12.) eine

Flugblattverbreitung

statt, auf welche wir schon heute hinweisen und um allseitige Beteiligung ersuchen.

Hieran schließen sich am

Dienstag, den 12. Oktober

fünf Versammlungen, für deren Besuch scharf zu agitieren gebeten wird.

Die Wahlkomitees.

Achtung! Vierter Wahlkreis! Am Sonntag, den 10. Oktober, findet in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29, ein Sinfoniekonzert, verbunden mit Gesang, unter Mitwirkung des Gesangvereins „Liedesfreiheit-Ost“ statt. Billetts a 60 Pf. inkl. Garderobe sind bei den Bezirksführern sowie im Bureau des Wahlvereins, Stralauerplatz 1/2, zu haben.

Schöneberg. Die Genossen des **dritten** Kommunalbezirks treffen sich heute Donnerstag abends 8 Uhr bei J. Wieloch, Grunewaldstraße 82 zu dem Extrazahlabend. Der Vorstand.

Stralau. Sonntag, den 10. d. M., vormittags 10 Uhr Mitgliederversammlung im „Storchnest“, Alt-Stralau 16. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 4. Vereinsangelegenheiten. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die Bezirksleitung.

Nowawes. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß die geplante Volksversammlung in Glienicke am Sonntag, den 10. Oktober unter freiem Himmel nicht stattfinden kann, da der Besitzer des betreffenden Grundstücks die Hergabe desselben plötzlich verweigert hat.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Theaterpublikum.

Der Charakter einer Stadt und das Kulturniveau ihrer Bewohner gibt sich nicht zum letzten in dem Benehmen ihrer Theaterbesucher kund. Freilich besteht zwischen Theater und Theater ein Unterschied. Besonders in einer Stadt, die mit Bühnen der verschiedensten Art so gesegnet ist wie Berlin. Nicht, daß schon ein Unterschied zwischen der Varietébühne gemacht werden müßte und dem Kunsttempel, in dem die ernste Muse ein Heim gefunden hat. Auch die das gleiche Kunstgenre pflegenden Bühnen haben besonders in der Art der Zusammensetzung ihres Publikums ihre Unterschiede. Schon die Eintrittspreise bedingen das. Für einen einigermaßen günstigen Platz ist hier ein Goldstück zu zahlen, wo man an anderer Stelle für eine Silbermünze von mäßigem Wert bereits das gleiche erhält. Freilich liegen die einen Theater im Mittelpunkte der Stadt, während die anderen an ihrer Peripherie zu suchen sind. Und wie alles in der Welt sein ihm entsprechendes Publikum hat, so auch das Großstadttheater. Glücklicherweise aber haben nicht immer die teuren Theater die besten Zuschauer.

Wer die Berliner dramatischen Kunststätten kennt, wird wissen, daß es Bühnen gibt, die nur der Mode wegen besucht, und solche, die der Erbauung und des Kunstgenusses halber aufgesucht werden. Gerade unsere Vorstadttheater im Süden, Norden und Osten des Häusermeeres sind es, die sich ein Publikum herangezogen haben, das in seiner Art als mustergiltig und vorbildlich bezeichnet werden kann. Da gibt es keine großen Damenhüte und Riesenfrisuren, die dem Hintersitzenden den freien Blick auf die Bühne nehmen. Die sonst im Theaterbesuch vielgerügte Unpünktlichkeit fehlt diesem Publikum. Willig und anspruchslos läßt sich alles durch die Vorgänge auf der Bühne fesseln. Man lebt mit dem Stücke, läßt sich von seiner Handlung fortreißen und seine Empfindungen von dem dichterischen Elan und der dramatischen Kompositionswirksamkeit in Schwingung setzen. Man schämt sich der Tränen nicht, die einem die Tragik in die Augen treibt. Man ist ganz Mensch und fühlt mit den auf der Bühne agierenden Personen mit, als gehörte man zu ihnen, als wäre das eigene Schicksal mit dem der dichterischen Figuren verknüpft und verwandt. Naiv und vorurteilsfrei tritt dieses Vorstadttheaterpublikum, das sich meist aus Kleinbürgern und Arbeitern zusammensetzt, den Bühnenwerken entgegen. Es hat glücklicherweise noch keinen „verfeinerten“ literarischen Geschmack. Und ebenso „glücklicherweise“ setzen die Direktionen dieser Theater ihrem Publikum keine allzu schlechte und allzu schale Kost vor. So kommen beide Teile auf ihre Rechnung. Der Kontakt aber, der in jedem guten Theater zwischen Bühne und Publikum bestehen soll, ist in Berlin wohl nirgends ein innigerer und offensichtlicherer als in diesen Vorstadttheatern.

Die Kommunalwähler des 42. Kommunalwahlbezirks waren am Dienstag in der Patzenhofer Brauerei, Turmstr. 24—26, versammelt und füllten in einer Anzahl von vielen Hunderten den großen Saal. Leider war der Genosse Paul Singer durch plötzliche Erkrankung verhindert, das zugesagte Referat zu halten. Der Kandidat des Bezirks, Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn referierte in anderthalbstündiger Rede über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Stadtverwaltung und wies nach, wie die bisherige Majorität der Liberalen, unter ihnen der bisherige Vertreter des Bezirks Gericke, gegenüber allen modernen und für die Arbeiterschaft wichtigen Fragen versagt hat. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten durchweg einverstanden. In der Diskussion sprach die Genossin Krieg namentlich über die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Wohnungs- und in der Schulfrage. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung schärfte sie die Durchführung des Schnapsboykotts ein.

Das Berliner Kaufmannsgericht hat im Geschäftsjahr 1908 (1. April 1908 bis 31. März 1909) **nicht mehr eine so bedeutende Mehrung der Klagen** gehabt, wie sie im vorhergehenden Geschäftsjahr eingetreten war. Der Jahresbericht für 1908, der jetzt durch den Magistrat veröffentlicht worden ist, gibt an, daß diesmal 5187 Klagen eingingen, gegenüber 4898 Klagen des Vorjahres. Als Kläger traten Prinzipale in nur 259 Klagen auf, dagegen Handlungsgehilfen in 4928 Klagen und unter diesen waren 1477 Klagen von weiblichen Personen und 55 von Lehrlingen. Der Streitgegenstand war: 1451mal Zahlung von rückständigem Gehalt, 2982mal Gehalts- oder Entschädigungsanspruch wegen Entlassung vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Kündigung, 218mal Ausstellung eines Abgangszeugnisses, 4mal Berechnung und Anrechnung der von den Angestellten zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge, 7mal Auflösung des Lehrverhältnisses, 24mal Fortsetzung des Lehrverhältnisses, 20mal Konventionalstrafen, 218mal Schadenersatz, 54mal Herausgabe von Papieren und Sachen, 29mal Fortsetzung bezw. Lösung des Dienstvertrages, 64mal Rückzahlung von Kautionen, 22mal Feststellung von Ansprüchen, 18mal Ansprüche aus Verletzung von Konkurrenzklauseln, 87mal Erteilung von Buchauszügen, 49mal Rückzahlung von Spesenvorschüssen, 1mal Zahlung von Lehrgeld. Die Höhe des Objekts wurde folgendermaßen angenommen: bis 20 M. bei 329 Klagen, über 20 M. bis 50 M. bei 684, über 50 M. bis 100 M. bei 1127, über 100 M. bis 200 M. bei 1339, über 200 M. bis 300 M. bei 711, über 300 M. bei 942; nicht angegeben bei 55 Klagen. Die überhaupt niedrigste Klagesumme war 1,80 M., die überhaupt höchste 18 466,47 M. Von den 5187 eingegangenen Klagen wurden 162 vor Abhaltung des ersten Termins erledigt, und es verblieben dann für die Rechtsprechung 5025 Klagen. Bis zum Schluß des Geschäftsjahres kamen 4758 zu Ende, wovon 1497 durch die Kammern abgemacht wurden, und zwar wurden erledigt; durch Vergleich 1984, durch Verzicht nach § 306 der Zivilprozeßordnung 121, durch Rücknahme oder Ruhenlassen 1203, durch Abgabe an andere Gerichte 128, durch Anerkenntnisurteil 32, durch Versäumnisurteil 446, durch kontradiktorisches Urteil 844 (davon 379 mit Beweisaufnahme und 465 ohne Beweisaufnahme). Für die durch kontradiktorisches Urteil beendeten Prozesse (844 vom Jahre 1908, dazu 171 aus dem Vorjahre verbliebene, zusammen 1015) war die Erledigungsfrist diese: für 42 weniger als eine Woche, für 198 eine bis zwei Wochen, für 328 zwei Wochen bis ein Monat, für 322 ein bis drei Monate, für 125 mehr als drei Monate. Wenngleich auch jetzt noch in recht vielen Fällen die Erledigung sich sehr verzögert, so ist doch gegenüber dem Vorjahr hier wieder ein Fortschritt zum Bessern zu konstatieren. Der Bericht hebt hervor, daß auch viele Klagen durch Schuld der Parteien selber sich in der Erledigung verzögern. Es sei auffällig, wie vielen Rechtsuchenden noch jetzt die Kenntnis der einfachsten Erfordernisse einer Klageschrift mangeln. Im letzten Jahre mußten 663 Klagen zur Vervollständigung zurückgegeben werden, weil die Begründung oder Sachdarstellung unklar war, kein bestimmter Klageantrag gestellt war, usw. Auch über die Zuständigkeit des Kaufmannsgerichtes sind viele noch nicht unterrichtet; 293 Klagen wurden sofort als nicht vor das Kaufmannsgericht gehörend erkannt und daher gar nicht erst angenommen. Gewonnen wurde in den durch kontradiktorisches Urteil beendeten Prozessen verhältnismäßig öfter von Handlungsgehilfen als von Prinzipalen. In Betracht kommen hier von den 259 Prinzipalsklagen 49, von den 4928 Gehilfenklagen 795, und der Kläger setzte seinen Anspruch ganz oder großenteils durch: in 16 Prinzipalsklagen (33 Proz. von 49), in 354 Gehilfenklagen (44½ Proz. von 795).

Aus der städtischen Verkehrsdeputation.

Nach einer Pause von drei Monaten nahm am Dienstag die Verkehrsdeputation ihre Arbeiten wieder auf. Der erste Jahresabschluß der städtischen Straßenbahn Baltenplatz-Stettiner Bahn-Virchowkrankenhaus weist einen den Etatsansatz weit überschreitenden Ueberschuß auf. Um von vornherein zu einer klaren, einwandsfreien Bilanzierung zu kommen, wurde die Bilanzaufstellung einer besonderen Kommission überwiesen, der auch der Genosse Singer angehört. Interessant war dabei die Mitteilung, daß die Große Berliner Straßenbahn durch diese Bahnanlage einen Schaden von 80 000 M. erlitten haben will, den sie jetzt von der Stadt fordert. Die Folge davon wird sein, daß dieses Verlangen fortgesetzt zu Prozessen zwischen der Stadt und der „Großen“ Veranlassung gibt. An die Erteilung neuer Konzessionen hat nun die Stadt die Bedingung geknüpft, daß die „Große“ aus diesen Linienführungen keinerlei Schadenersatzansprüche herleiten darf, auch nicht aus der von der Großen gewünschten Gleisverbindung an der Ecke der Bad- und Pankstraße, wodurch der sogenannte Gerichtsring (Nr. 5) nun hier geschlossen werden soll, weil eine Verbindung über Pankow abgelehnt wurde. Die Straßenbahn weigert sich jetzt das anzuerkennen, da ihr, wie sie angibt, das ganze Stadtgebiet zum Betrieb überlassen sei. Der Vertrag mit der Hoch- und Untergrundbahn wegen Ankauf der Flachbahn Viehhof—Warschauer Brücke wurde nach eingehender Beratung und einigen Aenderungen einstimmig angenommen. Eine diesbezügliche Vorlage soll in nächster Woche an die Stadtverordnetenversammlung gelangen. Der Absatz 2 im § 1 des Vertrages lautet:

„Die Uebergabe erfolgt zugleich mit der Betriebseröffnung der von der Hochbahngesellschaft zu erbauenden Straßenbahnlinie über Boxhagen-Rummelsburg nach Lichtenberg, spätestens aber am 1. Januar 1910. Damit unmittelbar nach erfolgter Uebergabe der städtische Betrieb auf die Flachbahn übergeleitet werden kann, wird der Stadtgemeinde schon vor der Uebergabe gestattet, eine Gleisverbindung zwischen dem Gleis der städtischen Straßenbahn und der verkauften Flachbahn Warschauer Brücke—Zentralviehhof einzubauen, jedoch darf dadurch der Betrieb der Flachbahn nicht gestört werden. Sollte wider Erwarten die Inbetriebnahme der Lichtenberger Bahn am 1. Januar 1910 noch nicht erfolgen können, so ist der Betrieb der Flachbahn von diesem Zeitpunkt ab von der Hochbahngesellschaft auf Rechnung der Stadtgemeinde zu führen.“

Auf alle Fälle wird die Bahn am 1. Januar in Besitz der Stadt übergehen. Eine Gleisverbindung zwischen Hermannstraße—Hasenheide und Witzmannstraße—Hasenheide wird von Rixdorf gewünscht, um eine direkte Verbindung nach dem Zoologischen Garten zu bekommen. Die Deputation stimmt dem zu, wenn Rixdorf dafür sorgt, daß die Große Berliner durch diese neue Linien keine Schadenersatzansprüche gegen Berlin herleitet. Mitgeteilt wurde, daß die Pläne der Straßenbahn, die Gleise im Tiergarten von der Straße zu entfernen und unter die Baumreihen zu verlegen oder auf der Straße ein erhöhtes Bahnplanum zu schaffen, von der Regierung abgelehnt worden sind.

Der Berliner Tiergarten, der bekanntlich vom preußischen Staate im Gegensatz zu den übrigen städtischen Parks verwaltet wird, verursacht durchschnittlich pro Jahr reine Unkosten von 170 000 M. Die Verwaltung des Parks, einschließlich der Gehälter für 11 festangestellte Beamte und der Hilfskräfte, beläuft sich auf 270 660 M. Die Einnahmen aus Holzverkäufen, Anliegerbeiträgen usw. beziffern sich auf rund 100 000 M.

Zur Amtsniederlegung einer Berliner Armenkommission, über die wir gestern berichteten, schreibt uns Genosse Manasse:

„Wie ich soeben erfahre, handelt es sich um die 120. Armenkommission. Und bei dieser habe ich niemanden aus seinem bisherigen Ehrenamte verdrängt, sondern nur eine eingetretene Vakanz mit einem mir persönlich bekannten Parteigenossen besetzen lassen. Als der Vorsitzende das von der Versammlung gewählte Mitglied nicht einführen wollte, habe ich (nachdem die eigenen Bemühungen des letzteren vergeblich waren) in einer Sitzung der Armenkommission darauf hingewiesen, daß der recherchierende Stadtverordnete — nach geltendem Brauch — das Vorschlagsrecht habe. Es läge mir fern, auch nur einen Herren herauszuwählen, und ich würde sie stets zur Wiederwahl vorschlagen. Wenn aber eine Stelle frei würde, so würde ich von meinem Rechte selbständiger Vorschläge Gebrauch machen, und aus der Reihe meiner Parteifreunde solche geeigneten Männer wählen, die verständnisvoll an den Aufgaben der Kommission teilnehmen würden. Dabei wäre ja auch gar nichts Außerordentliches, da bekanntermaßen auch unsere gegnerischen Stadtverordneten möglichst häufig ihre eigenen Parteiangehörigen vorschlagen. Wie wenig aber mir an dem Zwiespalt in der Kommission gelegen war, geht daraus hervor, daß ich selber vorschlug: der von mir als Bezirksvorsteher vorgeschlagene bürgerliche Herr möge zugunsten des von der Kommission gewünschten Mitgliedes verzichten. Als Bezirksvorsteher hat er ja an und für sich das Recht an den Beratungen teilzunehmen. Von einer Besetzung städtischer Aemter durch Nur-Sozialdemokraten kann also gar keine Rede sein. Daß aber in den unverhältnismäßig wenigen Bezirken, welche unseren Fraktionsmitgliedern zur Recherche überlassen wurden, nun auch Sozialdemokraten zur Mitarbeit hinzugezogen werden, das ist doch wohl nicht mehr als recht und billig. Bei der 120. Kommission besonders, wo lauter alteingesessene Bürger tätig sind, konnte der eine vorgeschlagene Sozialdemokrat doch wohl auf glatte Aufnahme rechnen, zumal mir doch niemand übelnehmen kann, daß bei der Wahl zwischen einem mir vorgeschlagenen Unbekannten und einem persönlich Bekannten ich meinen Parteigenossen vorziehe.“

Diese Zuschrift des Genossen Manasse zeigt das Verhalten der 120. Armenkommission in einem recht sonderbaren Lichte. Einmal geht daraus hervor, daß es eine durch nichts zu rechtfertigende Behauptung der 120. Armenkommission ist, wenn die Mitglieder die Niederlegung ihrer Aemter mit dem Hinweis begründen, sie befürchteten, daß nach und nach die bisherigen Mitglieder aus der Armenkommission verdrängt würden. Diese Annahme ist schon deswegen falsch, weil es dem Genossen Manasse fernliegt, Personen, die in ihrem Amt ihre Schuldigkeit getan haben, nicht zur Wiederwahl in Vorschlag bringen zu wollen. Bleibt nur übrig, daß die bockbeinigen Herren erzwingen wollen, daß niemand in die Kommission kommt, der nicht vorher ihre Zustimmung hat.

Soweit geht es nun doch nicht. Das Verhalten der Herren ist um so mehr zu verurteilen, als bis jetzt nicht ein einziger Arbeiter in der 120. Armenkommission sitzt. Vorläufig sind wir glücklicherweise noch nicht so weit, daß die Kommissionen selbständig über ihre Zusammensetzung entscheiden und der Stadtverordnetenversammlung ihr Vorschlags- und Bestimmungsrecht entziehen, und wir glauben auch nicht, daß in absehbarer Zeit diesen Wünschen Rechnung getragen werden kann.

Fortbildungsschulwesen für Mädchen.

Seit Jahren fordert die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Berlin die obligatorische Einführung von Mädchenfortbildungsschulen. Lange standen unsere Genossen mit ihrer Forderung allein. Schließlich stimmten ihnen dann doch zögernd die Freisinnigen zu, auch der Magistrat hat sich der Gründe unserer Genossen endlich nicht mehr verschließen können, erklärte aber, daß es zurzeit aus finanziellen Erwägungen nicht möglich sei, die gewonnene bessere Ueberzeugung nun gleich in die Tat umsetzen zu können. Im allgemeinen liegt das Mädchenfortbildungsschulwesen in Groß-Berlin noch sehr im argen.

Bei der Arbeit verunglückt ist gestern nachmittag auf dem Grundstück der Böhowbrauerei an der Prenzlauer Allee der Kutscher Albert Czernovatis aus der Bernauer Straße 47. Beim Aufwinden von Heu vom Wagen nach dem Heuboden stand er an der Luke, um das Heu abzunehmen, lehnte sich hierbei zu weit hinaus, verlor das Gleichgewicht und stürzte auf den asphaltierten Hof hinab. Schwer verletzt wurde der Verunglückte mit einem Koppschen Wagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Ein anderer schwerer Unglücksfall hat sich auf einem Neubau in der Frankfurter Allee zugetragen. Der 44 Jahre alte Klempner Adolf Blumberg, Biesenthaler Straße 23 wohnhaft, hatte in der Höhe des zweiten Stockwerks Lötarbeiten zu verrichten. Da er sich in einer sehr gefährlichen Lage befand, so hatte er sich der Sicherheit halber angeseilt. Der Strick muß wohl aber nicht ganz zuverlässig gewesen sein, denn plötzlich riß er und B. stürzte in die Tiefe. Er zog sich mehrere Rippenbrüche sowie schwere innere Verletzungen zu und mußte nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht werden.

Im Fahrstuhl tödlich verunglückt. Gegen 4 Uhr nachmittags fiel am Dienstag in der Gneisenaustr. 67 der Buchdruckereibesitzer Friedrich Posekel bei Benutzung des Fahrstuhls infolge Fehltritts in den Fahrstuhlschacht vom Erdgeschoß nach dem Keller hinab. Er erlitt Schädelbruch und war sofort tot.

Mit ihrem Hunde zusamen vergiftet hat sich die 36 Jahre alte Schankwirtin Frau Paula Mund in der Bohenstr. 20. Sie betrieb dort seit einem halben Jahre eine Wirtschaft mit weiblicher Bedienung. Das Geschäft ging sehr schlecht. Die Gläubiger drängten und die Frau wußte endlich keinen Ausweg mehr. Vorgestern entließ sie plötzlich ihre beiden Kellnerinnen. Gestern kam sie den ganzen Tag nicht zum Vorschein. Als sich abends ein starker Gasgeruch im Hause bemerkbar machte, ließ der Wirt um 9½ Uhr ihre Räume aufbrechen und fand Frau Mund tot auf dem Bett liegen. Vor dem Bett lag verendet ihre deutsche Dogge. Sie hatte den Gashahn geöffnet und sich und das Tier vergiftet.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurden gestern ein Arbeiter Karl Tritz und ein Hausdiener Franz Greif verhaftet. Tritz, ein arbeitsscheuer Mensch, der seit Jahren vom Hundediebstahl lebte, hauste in wilder Ehe in der Laubenkolonie Feldschlößchen bei Weißensee. Dort verging er sich schon seit langer Zeit mit Wissen der Mutter an seiner eigenen noch nicht 13 Jahre alten Tochter. Das schändliche Treiben wurde endlich ruchbar und von anderen Kolonisten der Polizei angezeigt. Diese nahm gestern nach einer Vernehmung des Kindes den Unhold fest und führte ihn dem Untersuchungsrichter vor. Greif wurde vorgestern von Hausbewohnern in der Naunynstraße ertappt, als er sich hinter einem Treppenverschlag an einem kleinen Kinde verging. Auch er wurde nach Moabit gebracht.

Pferd und Wagen im Nordhafen. Dienstagvormittag wollte der Kutscher Paul Hertzog mit einem mit zwei Pferden bespannten und mit Mauersteinen beladenen Wagen der Firma Henriette Löben die Ladestelle am Nordhafen gegenüber dem Hause Nr. 3 verlassen. Beim Anziehen ging plötzlich das Sattelpferd nach rückwärts. Der Wagen rollte ebenfalls zurück, übersprang die Bordschwelle und fiel samt den beiden Pferden ins Wasser. Der alarmierten Zugwache 16 der Feuerwehr gelang es, mittels Winde Wagen und Pferde herauszuziehen. Die Pferde haben erhebliche Verletzungen an den Beinen und Hüften erlitten und mußten weggeführt werden.

Ein größerer Fabrikbrand kam gestern in der Kronleuchterfabrik von Huth u. Co., Prenzlauer Straße 41, zum Ausbruch. Dort entstand vermutlich durch elektrischen Kurzschluß in der sogenannten Schweißerei auf dem Hofe Feuer, das schnell um sich griff. Als die Feuerwehr erschien, stand die Schweißerei schon total in Flammen. Trotzdem gelang es, eine weitere Ausdehnung zu verhüten. Die Schweißerei ist ausgebrannt. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Feuerwehr konnte schon nach zwei Stunden wieder abrücken. Fast gleichzeitig hatte die Wehr in der Uferstraße 3, wo ein Pferd auf einem Neubau in einen Schacht gestürzt war, am Wilhelm-Platz 1 und in der Lützowstraße 101 zu tun.

Das Luisen-Theater veranstaltet wie alljährlich jeden Sonnabend nachmittag 4 Uhr Kindervorstellungen der beliebtesten Märchen. Diesen Sonnabend wird „Dornröschen“ von Görner, ein Zaubermärchen in 5 Akten mit neuer Ausstattung und zwei Balletts zu ganz kleinen Preisen, aber nur einmal wiederholt.

Zeugen gesucht. Am 13. September kamen Möbeltransportarbeiter, welche Lützowstr. 77 abgeladen hatten, mit einem Schutzmann in Konflikt, wobei ein Arbeiter notiert wurde. Personen, die den Vorgang mitangesehen haben, sowie der notierte Arbeiter werden gebeten, ihre Adressen an J. Schramm, Lychener Straße 25, abgeben zu wollen.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf.

Die Generalversammlung des Wahlvereins, die am Dienstag voriger Woche in später Stunde abgebrochen worden war, wurde in dieser Woche am Dienstag unter dem Vorsitz des Genossen Karle zu Ende geführt.

Zu erledigen war noch die Wahl eines Parteispediteurs an Stelle des bisherigen Spediteurs Pagels, der zum Kreiskassierer

gewählt worden ist. Keiner der Kandidaten hatte die absolute Mehrheit erhalten; an der Spitze standen Genosse Feller mit 334 Stimmen und Genosse Vieweg mit 260, bei überhaupt 931 Stimmen (ohne 34 ungültige). In der Stichwahl fielen jetzt von 468 Stimmen (ohne 6 ungültige) auf Feller 281 und auf Vieweg 187, so daß Feller gewählt ist.

Die Fortsetzung der Diskussion über den Parteitagsbericht berührte hauptsächlich noch die Fragen des Schnapsboykotts und der Erbschaftssteuer. Die Vorwürfe, die in der vorigen Versammlung dem Referenten Pagels wegen seiner Auffassung des Parteitagsbeschlusses über den Schnapsboykott von Aug. Neumann gemacht worden waren, wurden von Wermuth zurückgewiesen. Gewiß sei zu wünschen, daß, wie jeder Parteitagsbeschluß, so auch dieser streng befolgt werde. Doch niemand werde meinen, daß nun der aus der Partei ausgeschlossen werden müsse, der nicht jederzeit Charakterstärke genug besitze, an seinem Teil den Schnapsboykott durchzuführen. Hier spreche doch noch anderes mit, der Kampf gegen den Schnapsgenuß werde eben durch unsere sozialen Zustände erschwert. Die Frage der Erbschaftssteuer müsse und werde durch einen nächsten Parteitag geklärt werden. Wie die Fraktion sich dazu hätte in dritter Lesung verhalten sollen, sei nicht so ohne weiteres zu entscheiden. Für dieses Mal sei die Stellungnahme dadurch erschwert worden, daß die Reichsregierung, nach immer neuen Mitteln für ihr Wettrüsten suchend, die Erbschaftssteuer verquickt habe mit einer Fülle neu zu bewilligender indirekter Steuern, statt daß zum Ausgleich indirekte Steuern beseitigt wurden. Die Meinungsverschiedenheit in der Fraktion habe es durchaus wünschenswert erscheinen lassen, die Angelegenheit den Organisationen vorzulegen, wie das einzelne Fraktionsmitglieder mit vollem Recht auch getan hätten. Nach den Angriffen, die dann von revisionistischer Seite kamen, habe auch der „Vorwärts" es nicht an klarer Stellungnahme fehlen lassen. Aug. Neumann erwiderte, das Wort Schnapsboykott bedeute völlige Enthaltung vom Schnapsgenuß. Sie müsse von jedem Genossen gefordert werden. Pagels aber habe das nicht getan. Die Trunksucht wurzele gewiß zum großen Teil in den sozialen Zuständen, aber doch auch in den Trinksitten. Metzerau empfahl strenge Durchführung des Schnapsboykotts, so werde man der Regierung eine Steuer verweigern, und das dabei gesparte Geld werde besser zur Aufklärung der Jugend verwendet werden können. Faaß wiederholte im Gegensatz zu Wermuth die Befürchtung, daß der Partei aus der Erbschaftssteuerfrage eine Erschwerung der Agitation erwachsen könnte. Auch der „Vorwärts" habe dazu keineswegs eine klare Stellung eingenommen. Jäck forderte strengen Schnapsboykott ohne Rücksicht auf etwaige Interessenten. Moll bemängelte die Bestimmungen des Organisationsstatuts über die Zusammensetzung der Schiedsgerichte. Nach einer nochmaligen Erwiderung Wermuths führte Pagels im Schlußwort unter anderem aus, die strenge Durchführung des Boykottbeschlusses werde, so sehr sie zu wünschen sei, an der menschlichen Schwäche ihre Grenze finden. Mindestens planmäßige Einschränkung des Schnapsgenusses, das sei offenbar die Absicht auch der Väter des Antrages wie des zustimmenden Parteitages. Angenommen wurde von der Versammlung eine Resolution, die mit der Haltung der Delegierten und den Beschlüssen des Parteitages sich einverstanden erklärt. Sie erwartet von den Genossen und Genossinnen, daß sie „diese Beschlüsse hochhalten, insbesondere den Schnapsboykott ernsthaft durchführen, damit der verbrecherischen Auswucherung des Volkes durch die Krautjunker ein Ende bereitet wird".

Zu beschließen war dann über einige Anträge. Dem Vorstandsantrage auf Verlegung der Bibliothek wurde zunächst grundsätzlich zugestimmt. Sie ist nötig, weil bei der immer mehr steigenden Benutzung in den jetzigen Räumen die Bücherausgabe erschwert ist. Näheres über Lokal und Zeitpunkt wird noch beschlossen werden, geplant wird auch Einführung eines Tagesbetriebes. Ein Antrag des 16. Bezirks, für das zu schaffende Jugendheim einen obligatorischen Beitrag von vierteljährlich 10 Pf. einzuführen, wurde wegen vereinsgesetzlicher Bedenken abgelehnt. Es lagen noch Anträge auf Ausschluß vor; zugestimmt wurde dem Ausschluß des Gastwirts Jaesser, Boddinstraße 66, des Schleifers Hugo Krause, Köllnisches Ufer 54, des Zigarrenhändlers Ernst Meyer, Thüringer Straße 15, des Zigarrenhändlers Hahnemann, Reuterstraße 72.

Eine Aufregung entstand am Dienstag in dem Hause Isarstr. 3. Dort wohnt der 41jährige Rentenempfänger Hermann Möller. In Abwesenheit der Angehörigen schoß er sich Revolverkugeln in den Kopf und die Brust. Hausbewohner, die sich von dem Vorgefallenen überzeugen wollten, fanden die Wohnung verschlossen. Als die benachrichtigte Polizei darauf in die Wohnung erschien, fand sie M. schon tot am Boden liegend vor. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht und der Revolver beschlagnahmt. Krankheit soll die Ursache sein.

Schöneberg.

Der Jugendausschuß für Schöneberg hat für das nächste Vierteljahr folgende Veranstaltungen geplant: Am Sonntag, 10. Oktober, nachmittags 5 Uhr, bei Grosser, Martin-Lutherstr. 51: Jugendversammlung. Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernstein über Soziale Erziehung. Hierauf: Gemütliches Beisammensein. Am Freitag, den 15. Oktober bei Buschmann, Vorberg-, Ecke Gleditschstraße: Vortrag des Genossen Dr. Sommerfeld über Der Bau des menschlichen Körpers. Freitag, den 22. Oktober bei Buschmann: Vortrag des Genossen Mohs über Jugend und Gewerkschaften. Freitag, den 29. Oktober, bei Buschmann: Vortrag über Körperpflege und Turnen. Freitag, den 5. November: Vortrag des Genossen Dr. Röder über Erziehung in der Schule. Sonntag, den 7. November, mittags 12 Uhr: Oeffentliche Jugendversammlung. Referent Genosse Dr. Liebknecht. Freitag, den 12. November, bei Buschmann: Vortrag des Genossen Küter über Krankenkassenwesen. Mittwoch, den 17. November (Bußtag): Ausflug zum alten Freund. Freitag, den 26. November: Vortrag des Genosses Dr. Chajes; Thema wird noch bekannt gegeben. Sonntag, den 5. Dezember, nachmittags 5 Uhr: Vortrag über Literaturgeschichte, verbunden mit Besichtigung der Jugendschriftenausstellung. Sonntag, den 12. Dezember: Besuch der Urania.

Der Jugendausschuß hat sich zum Ziele gesetzt, den Jugendlichen beiderlei Geschlechts in den verschiedensten Fächern Belehrendes zu bieten. Da die Vorstellungen für die Jugendlichen vollständig kostenlos sind, wird rege Beteiligung erwartet. Die Eltern werden ersucht, daß sie ihre erwachsenen Kinder ermahnen, die Veranstaltungen zu besuchen. Die Erwachsenen selbst haben zu allen Veranstaltungen Zutritt.

Charlottenburg.

Eine Damengeldbörse mit Inhalt ist dieser Tage von einem hiesigen Einwohner gefunden worden. Da der ehrliche Finder ein Interesse hat, der Verliererin wieder zu ihrem Eigentum zu verhelfen, ersucht er, das Gefundene Magazinstr. 18 im Schuhmacherladen abzuholen.

Köpenick.

Mit dem Generalstreik in Schweden wird sich heute abend 8½ Uhr eine vom Gewerkschaftskartell nach dem Stadttheater einberufene öffentliche Gewerkschaftsversammlung beschäftigen. Referent ist Genosse Brucks. Die Gewerkschafts- und Parteigenossen werden ersucht, für Massenbesuch dieser Versammlung Sorge zu tragen.

Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertretersitzung. In geschlossener Sitzung fand zunächst die Wahl des Gemeindevorstehers statt. Von den abgegebenen 22 Stimmen entfielen 19 auf den bisherigen Bürgermeister Wilke, dessen Amtszeit am 6. Februar nächsten Jahres abläuft. Unsere Genossen gaben weiße Stimmzettel ab. Auch die Neuregelung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Beamten wurde in geheimer Sitzung erledigt, obwohl unsere Genossen sich lebhaft dagegen sträubten und die Angelegenheit auch auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stand. Die Beamten sollten wohl nicht sehen, wie wenig wirkliche Freunde sie in der Gemeindevertretung haben, oder fürchtete man, daß die Gehälter einzelner „Beamten" den Neid der Gemeindearbeiter wachrufen könnte? Es dürfte auch schwer sein, diesen klar zu machen, daß die Einkünfte des Bürgermeisters, die bisher etwa 10 000 M. pro Jahr betrugen, ganz abgesehen vom Einkommen aus seinem Privatvermögen, eine Aufbesserung von 1000 M. pro Jahr und die des Stadtrats Reichhelm von 6000 M. auf 6500 M. bedurften, während die Gemeindevertretung unter der Führung dieser beiden Herren bisher jede Verbesserung der erbärmlichen Löhne der Gemeindearbeiter ablehnte. Die Gemeindearbeiter können daraus ersehen, wie notwendig es ist, daß sie sich ihrer Organisation anschließen. Es ist selbstverständlich, daß unsere Genossen es nicht unterließen, auch bei dieser Gelegenheit an die Pflicht der Gemeinde gegenüber ihren Arbeitern zu erinnern und die Gehälter der Beamten mit den Löhnen der Arbeiter einem Vergleich zu unterziehen. Hierüber natürlich großes Gezeter bei den bürgerlichen Herren. Umsonst — die Herren werden lernen müssen, daß man die Interessen der Arbeiter nicht ungestraft verletzen darf; dem Gemeindevorstande scheint diese Einsicht schon zu dämmern, denn er versprach, bis zur nächsten Sitzung eine Vorlage ausarbeiten zu wollen und sie der Gemeindevertretung vorzulegen. In der gegen 9 Uhr beginnenden öffentlichen Sitzung führte die „Genehmigung einer Prüfungsordnung für die Anwärter auf Sekretärs- und Rendantenstellen" zu einer längeren Debatte. Die ganze Angelegenheit ist durch unsere Genossen in Fluß gekommen. Seit Jahren wurden keine Beförderungen von Bureauassistenten zu Sekretären vorgenommen und die Betreffenden somit in ihren Bezügen gekürzt. Unser Genosse Köhn brachte gelegentlich der Etatsberatung diese Maßnahmen zur Sprache, mit dem Erfolg, daß endlich die seit vielen Jahren in Vorbereitung befindliche Prüfungsordnung vorgelegt wurde. Bei der Beratung dieser Vorlage forderten unsere Genossen, daß denjenigen, die seit Jahren provisorisch die Funktionen der Sekretäre die Prüfung erlassen werde. Die Generalabrechnung vom Etatsjahr 1907/08 gab unseren Genossen Gelegenheit, auf die erheblichen Etatüberschreitungen bei einzelnen Kapiteln hinzuweisen. Sie forderten, daß der Abschluß pro 1908/09 spätestens bis zur nächstjährigen Etatsberatung vorgelegt werde. Zur Vorberatung der Frage des Pflichtfortbildungsschulwesens wurde eine Kommission gewählt, der auch unser Genosse Ohl angehört. Von Interessenten war der Antrag gestellt worden, um Verwechselungen Reinickendorfs mit Orten gleichen oder ähnlichen Namens vorzubeugen, dem Ortsnamen einen seine Lage zweifelsfrei feststellenden Zusatz zu geben. Der Gemeindevorstand schlägt der Gemeindevertretung vor, den Ortsnamen in Berlin-Reinickendorf abzuändern, wozu die Gemeindevertretung ihre Genehmigung gab. Der letzte Punkt der Tagesordnung: Ankauf des Hechelschen Grundstücks, wurde von derselben abgesetzt, nachdem der Bürgermeister erklärt hatte, daß inzwischen vom Landrat ein Protest gegen weitere Grundstücksankäufe seitens der Gemeinde eingelaufen sei. Angeblich sollen die Schulden der Gemeinde so große sein, daß die Aufsichtsbehörde gezwungen sei, dagegen einzuschreiten. Man wird jedoch diese Meldung mit großer Vorsicht aufnehmen müssen. Wenn auch die Schulden der Gemeinde nicht besonders klein sind, so stehen doch diesen so erhebliche Werte, insbesondere an Grundstücksbesitz, gegenüber, daß die Aktiva der Gemeinde noch immer erheblich die Passiva übersteigt. Es würde so das Vorgehen des Landrats nicht verstanden werden, wenn es nicht bekannt wäre, daß die interessierten Grundbesitzerkreise seit längerem bereits gegen die teilweise vernünftige Grund- und Bodenpolitik der Gemeinde in ihren Vereinen Sturm gelaufen sind. Und auf Beeinflussung von dieser Seite aus ist wohl die Anordnung des Landrats zurückzuführen. Diese profithungrige Meute, die es nicht vertragen könne, daß sich die Gemeinde beizeiten nach dem von ihr benötigten Grundbesitz umsieht und so den Terrainspekulanten manchen Verdruß bereitet, hat nicht genug daran, daß sie allein zu vier Fünfteln die gesamte Gemeindevertretung beherrscht, sondern sie steckt sich, um ihren Profitgelüsten ungehindert frönen zu können, hinter die preußische Bureaukratie und trägt dadurch zu ihrem Teil dazu bei, daß der letzte kümmerliche Rest der Selbstverwaltung vernichtet wird. Uns kanns ja recht sein, wenn das Privateigentum seine Gemeingefährlichkeit so drastisch beweist, aber im Interesse der nicht mit Grundbesitz „belasteten" Steuerzahler werden unsere Genossen in der Gemeindevertretung mit diesen Herren darüber mal ein kräftig Wörtlein reden müssen. Gelegenheit wird dazu sein, wenn der Bürgermeister über die Konferenzen, die er beim Landrat nachgesucht hat, Bericht erstatten wird. Und sollte der Grundstücksankauf darüber vergessen werden, dann werden es sich unsere Genossen nicht verdrießen lassen, in der nächsten Gemeindevertretersitzung bescheiden daran zu erinnern.

Potsdam.

Die Stadt und die private Grundstücksspekulation. Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Anfrage des Stadtv. Bergemann betreffend die Verhältnisse der Baufirma Rohde, deren Zusammenbruch durch Eingreifen der Stadtverwaltung verhütet werden soll. Der Oberbürgermeister Bosberg schilderte die Verhältnisse der Firma eingehend, die das ehemalige sumpfige Stiefsche Wiesenterrain der Erbauung erschlossen und daselbst 24 große moderne Wohnhäuser aufgeführt hat. Schon einmal hat die Stadt bei der Sanierung der Firma mitgewirkt. Für 850 000 M. hat sie die noch unbebauten Ländereien der Firma abgekauft, dann mit den Gläubigern eine Einigung erzielt, so daß damals die Schuldenlast der Firma um zirka 1½ Million Mark vermindert wurde. 150 000 M. wurden davon zur Begleichung von Handwerkerforderungen verwendet. Warum beteiligt sich die Stadtverwaltung an dieser zweiten Sanierung der Firma? Nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters erstens, um die Handwerkerforderungen nicht ausfallen zu lassen. Diese betragen zirka 450 000 M. und beziehen sich fast ausschließlich auf Lieferanten von Steinen, Holz und anderen Baumaterialien, und zweitens, um eine Beunruhigung des Platzes zu vermeiden, weil dadurch ein Sinken der Mietspreise und ein allgemeiner Schaden für die Hausbesitzer zu befürchten ist. Dazwischen spielt noch ein „Geschäftchen", das mit einem Potsdamer Bürger, Herrn von Mendelssohn, von der Stadtverwaltung gemacht werden sollt. M. wollte 100 000 Mark für das Rohdesche Bauunternehmen zur Verfügung stellen, wenn die Einziehung der Bertinistraße bis 1910 durchgeführt wird. Er besitzt dort große Ländereien, die dadurch direkt an die Havel reichen würden. Dieses Abkommen hat sich aber zerschlagen, weil M. noch weitere Bedingungen stellte. Sonderbarerweise waren diese Abmachungen dem größeren Teil der Stadtverordneten unbekannt, diese hatten vielmehr erst vor kurzer Zeit die Einziehung dieser Straße im „verkehrstechnischen und wirtschaftlichen" Interesse beschlossen. In der Debatte waren die Stadtverordneten fast ausschließlich mit einem Eingreifen der Stadt einverstanden. Stadtv. Wilke wünscht aber, daß alle Gläubiger gleichmäßig berücksichtigt werden und nicht wie beim erstenmal nur diejenigen, die es verständen, ihre Angelegenheit besonders dringlich zu machen. Eine genauere Vorlage soll der Versammlung später zugehen. — Da einerseits feststeht, daß verschiedene Geldgeber, hauptsächlich Banken, gute Geschäfte gemacht haben — wurden doch bis zu 12 Proz. gezahlt —, anderseits vom Oberbürgermeister nicht entschieden werden konnte, ob immer einwandfrei und sorgfältig gewirtschaftet wurde, ist die Beteiligung der Stadtverwaltung mit städtischen Geldern, also Geldern, die von der Allgemeinheit aufgebracht werden, im Interesse einer kleinen Gruppe Unternehmer unverantwortlich. Dies um so mehr, da die Stadt diesem Unternehmen jederzeit besondere Konzessionen (Zuschuß zu den Straßenanlagekosten, besondere Rücksichtnahme durch das Stadtbauamt) gemacht hatte und dafür jetzt Hypotheken angeboten bekommen hat, die sich bei Nachprüfung als übertrieben und daher nicht vollkommen beleihbar herausgestellt haben. Das letzte Wort in dieser Affäre dürfte noch nicht gesprochen sein.

Vermischtes.

Ein schweres Bauunglück. Wie ein Telegramm aus Elbing meldet, stürzte gestern früh auf einem dortigen Fabrikneubau die oberste Eisenbetondecke ein. Das herabstürzende Material durchschlug auch die unteren Decken und verschüttete die an dem Bau beschäftigten Arbeiter. Nach den bisherigen Feststellungen sind drei Arbeiter getötet und mehrere schwer verletzt worden.

Großfeuer in Hamburg. Vorgestern abend brach, wie aus Hamburg berichtet wird, in der Dampfkornbrennerei und Preßhefefabrik A.-G. vormals Helbing in Hamburg-Wandsbeck Großfeuer aus. Das Feuer konnte erst gestern vormittag gelöscht werden. Der angerichtete Schaden läßt sich noch nicht übersehen; der Betrieb wird im großen und ganzen aufrechterhalten. Das Feuer ist vermutlich durch Selbstentzündung getrockneter Brennereitreber ausgebrochen.

Ein Bergwerksstollen in Flammen. In dem Kohlenwerke Weißwasser brennt, wie aus Görlitz gemeldet wird, ein Stollen infolge von Selbstentzündung. Da die Löschung unmöglich ist, wurde der Betrieb auf einige Zeit eingeschränkt.

Im französischen Kriegsministerium fand zwischen dem General Roques, den Erbauern des Luftschiffes „Liberté", den Gebrüdern Lebaudy und dem Ingenieur Julliot eine Besprechung statt, in der beschlossen wurde, die Stahlschraubenflügel des Luftschiffes durch Holzschrauben zu ersetzen und nötigenfalls die Ballonhülle gegen Verletzungen durch abspringende Schraubenflügel mit Drahtgittern zu schützen.

Witterungsübersicht vom 6. Oktober 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	752 W		2	wolkig	14	Haparanda	751 NO		4	bedeckt	4
Hamburg	753 SW		4	bedeckt	13	Petersburg	753 S		1	Regen	14
Berlin	754 W		4	heiter	14	Scilly	757 W		4	wolkig	13
Frankf. a. M.	757 SW		3	wolkig	13	Aberdeen	747 SW		2	wolkenl.	5
München	758 SW		4	bedeckt	14	Paris	759 SSW		2	halb bd.	10
Wien	759 Still			Nebel	11						

Wetterprognose für Donnerstag, den 7. Oktober 1909.

Zunächst kühler, vielfach heiter bei ziemlich frischen westlichen Winden; später neue Erwärmung, Trübung und Regen.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 5. 10. cm	seit 4. 10. cm [1])	Wasserstand	am 5. 10. cm	seit 4. 10. cm
Memel, Tilsit	90	—1	Saale, Grochlitz	110	—6
Pregel, Insterburg	—37	—2	Havel, Spandau [2])	45	+7
Weichsel, Thorn	50	—8	„ Rathenow [2])	44	+2
Oder, Ratibor	103	—4	Spree, Spremberg [2])	70	+4
„ Krossen	71	+4	„ Beeskow	68	+1
„ Frankfurt	82	+7	Weser, Münden	—76	+25
Warthe, Schrimm	20	—2	„ Minden	18	+18
„ Landsberg	—9	0	Rhein, Maximiliansau	456	+34
Netze, Nordanm	—20	0	„ Kaub	180	+7
Elbe, Leitmeritz	—19	0	„ Köln	163	+6
„ Dresden	-141	—15	Neckar, Heilbronn	59	+9
„ Barby	107	+9	Main, Wertheim	114	0
„ Magdeburg	102	+9	Mosel, Trier	—	—

[1]) + bedeutet Wachs. — Fall. — [2]) Unterpegel.

Sunlicht Seife

verbindet mit absoluter Unschädlichkeit und Schonung des Materials enorme Reinigungskraft. Die Dessins von Linoleum behalten die Frische der Farbe und die Oelanstriche bleiben wie neu. Daher verwende man auch für diese Zwecke nur Sunlicht Seife, welche in immer gleichbleibender Güte überall zu haben ist!

Ziehung: Nächste Woche.

Wohlfahrts-Lotterie

Ziehung 13. und 14. Oktober 1909.
Gesamtbetrag der Gewinne I. W. v. Mark

85000

Hauptgewinne M.

30000, 20000
10000, 5000 etc. etc.

Lose à 3 Mark, Porto und Liste 30 Pfennig extra, zu haben in allen Lotterie- und Zigarren-Geschäften sowie beim Generaldebit **Paul Steinberg & Co.**, G. m. b. H., Bankgeschäft, Berlin C, Rosenthaler Str. 11-12.

Wohlfahrtslose à 3 Mk.

Liste und Porto 30 Pf. extra auch zu haben bei
Arnold Haase, Lotteriegeschäft,
Berlin C. 19, Jerusalemer Str. 32-35.

Amor

bleibt das beste Metallputzmittel.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.

Filiale Berlin.

Freitag, den 8. Oktober, abends 6 Uhr, in den Musiker-Festsälen,
Kaiser-Wilhelm-Straße 18m:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Vortrag** des Arbeitersekretärs Genossen **Adolf Ritter** über: **„Zwecke und Ziele der Jugendbewegung."**
2. Stellungnahme zum Fensterstreik.
3. Verschiedenes.

In Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung und des Vortrages, ferner da auch wir unbedingt verpflichtet sind zu der Erziehung unserer Lehrlinge Stellung zu nehmen, darf kein Kollege in dieser Versammlung fehlen. 198/11

Anfang präzise.

Das Bureau wird an diesem Tage um 6 Uhr geschlossen. **Der Vorstand.**

Andreas-Garten
Andreasstr. 26
Inh.: Franz Merkowski.
Saal und Vereinszimmer zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. **Gr. Mittagstisch** von 60 Pf. an mit Bier. Fremdenlogis. Kegelbahn. Gut gepflegte Biere. Gute Speisen und Getränke. Jeden Sonntag **Tanz** bei freiem Eintritt. Kl. Saal, 150 Pers. Dienstag, Donnerstag od. Freitag frei, passend für Gesangvereine. Einem geehrten Publikum, Vereinen u. Gesellschaften halte mich bestens empfohlen. 26652*

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92

Vorsicht **Erfinder**
verlangen vor der Patent-Anmeldung gratis u. franko die Broschüre
„Denke nach"
vom Ing. Carl Fr. Reichelt
Berlin F., Friedrichstr. 234

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, den 10. Oktober 1909,
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Vortrag des Genossen **Hans Block:**
Die Entstehung der religiösen Vorstellungen.

Nach dem Vortrage:
Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Eintritt 20 Pf. — Garderobe frei. 6/16*

Donnerstag, den 14. Oktober, abends 8½ Uhr,
im Schullokal, Grenadierstr. 37:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Anträge. 3. Schulangelegenheiten. 4. Neuwahl des Vorstandes, der Unterrichtsvertreter, zweier Revisoren und der Ordner-Kommission. 5. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen.

Jugendausschuß für Groß-Berlin.

Sonntag, den 10. Oktober, abends 6 Uhr,
in den „Prachtsälen", Wiclefstraße 24:

Jugend-Versammlung.

Vortrag der Frau **Luise Zietz** über:
Des Arbeiterkindes Eintritt ins Leben. 289/9*

Nach dem Vortrage: **Geselliger Familien-Abend.**

Alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser Veranstaltung freundlichst eingeladen.

Louis Kellers Festsäle

Inh.: **A. Freyer**
Berlin NO., Koppenstr. 29. Tel.: Amt 7, No. 554.

Durch Zufall ist mein **großer Saal** am
Sonnabend, 6. November cr.,
frei geworden. Gewerkschaften oder Vereine, welche darauf reflektieren, bitte ich freundlichst, sich umgehend zu melden.

Ergebenst **Albert Freyer.**

Weißbier-Brauerei

C. Breithaupt

NO. 18. Palisaden-Straße 12/13 und 97.
Fernsprecher VII, 2634.

Flaschenbierversand durch meine Verleger. Aufträge nimmt die Brauerei entgegen. 2763L*

Möbel-Fabrik

5 Reichenberger Straße 5
liefert **Einrichtungen** von
200, 300, 400, 500, 600, 800 bis **1000 Mark.**
Anerkannt gediegene Arbeit! 2518L*
Äußerst billige Preise!
Auch Teilzahlung! Auch Teilzahlung!

Paul Simanowski
Minna Simanowski
geb. Gerike
Vermählte. 183/15

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Wilhelm Rösler

am 4. d. Mts. an Leberleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Oktober, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
123/15 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer
und Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Kollege

O. Happach

am 4. Oktober verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofes, Wollankstraße, aus statt. 175/14

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand der Filiale Groß-Berlin.

Arbeiter-Radfahrerverein „Vorwärts"-Köpenick.
Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Fritz Graß

am Sonntag, den 3. Oktober, im Krankenhause zu Britz an der Proletarierkrankheit gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

12/3 **Der Vorstand.**

Am 5. Oktober, abends 5 Uhr, entschlief sanft nach langen schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante

Klara Janeke
geb. **Wendler.**

Um stilles Beileid bittet im Namen der Hinterbliebenen
Albert Janeke.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. d. Mts., nachmittag 4 Uhr von der Halle des Begräbnisplatzes der Gethsemanegemeinde in Niederschönhausen aus statt. 2764b

---

Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Dt.-Wilmersdorf und Umgegend.

Die Verhaltungsvorschriften für erwerbsunfähige Mitglieder werden wie folgt geändert:

§ 4.

Zeile 2 statt „abends 9" zu setzen „abends 10".

§ 5.

Jedes erkrankte Kassenmitglied hat den Eintritt der Erwerbsunfähigkeit bezw. die Beendigung der Krankheit im Kassenlokal unter Vorlage der Mitgliedskarte (Meldeabschnitt) bezw. unter Beifügung des Krankenscheines, in welchem der Tag der Genesung vom Kassenarzt vermerkt ist, innerhalb 48 Stunden anzuzeigen.

Der Vorstand.
gez. **Wegener.** gez. **Tuckermann.**
Genehmigt.
Dt.-Wilmersdorf, 20. September 1909.
Der Magistrat.
gez. **Steinborn.** 278/10

Arbeiter-Wanderbund
Die Naturfreunde
Wanderfahrten
am **Sonntag, den 10. Oktober.**

I. Tiefensee—Wriezen fällt der Flugblattverbreitung wegen aus.
II. Velten—Krämer—Finkenkrug. Abf.: Stettiner Fernbahnhof 7⁰⁰ Uhr vormittags.
III. Hermsdorf — Glienicke — Hohen-Neuendorf. Abf.: Stettiner Vorortb. 1⁰⁰ Uhr nachmittags.
IV. Schülerwanderung: Buch—Blumberg—Mahlsdorf. Treffp.: I. Schles. Bahnh., Frucht- u. Madaistr.-Ecke. II. Bahnh. Wedding, Eing. Nettelbeckpl. 8 Uhr vorm.

Neu renoviert!
Englischer Garten
Alexanderstr. 27c.
Sonnabends, Sonntags im November u. Weihnachten
Säle frei!

Seuchenfreie Viehställe verbürgt

die Sprengung derselben mit

Automors

Automors bietet erfahrungsgemäß sicheren Schutz gegen alle Viehseuchen, wie z. B. **Rotz** und **Druse bei Pferden, Maul- und Klauenseuche, Milzbrand, Rotlauf, Schweinepest, Geflügelcholera** etc.

Automors beseitigt den Ammoniakgeruch in den Stallungen und vertreibt die Fliegen und Bremsen aus den Ställen. 1942L

Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien.

Prospekte durch
Gebr. Heyl & Co., A.-G., Charlottenburg.

JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

nehmen in ihrer Preislage unter den Erzeugnissen der Deutschen Cigarettenfabrikation mit vollem Recht die erste Stelle ein. Sie bieten dem Raucher bei ihrem Genuss die vollkommene Befriedigung, die er nur bei einer allerbesten Cigarette finden kann. Ihr Absatz gewinnt ständig an Ausdehnung, gewiss der schlagendste Beweis dafür, dass sie sich die Gunst aller Raucher, die Unterschiede zu machen und wirklich gute Qualitäten bei Cigaretten zu schätzen wissen, zu erwerben und zu erhalten verstehen.

Josetti-Juno m. u. o. Mundstück
10 Stck. 20 Pf.

Josetti Cigarettes · Josetti Cigarettes

Möbel

auf Teilzahlung
(geringe Anzahlung)
M. Goldstaub
Zossener Str. 38 pt. u. 1 Tr.
Ecke Gneisenaustraße.
Kein Abzahlungsgeschäft!

Anerkannt größte Rücksicht bei **Arbeitslosigkeit** und **Krankheit.**

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Dr. Schünemann
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr
Wochentags 10—2, 5—7.

Ich hab's!
Die beste mediz. Seife zur Herstellung und Erhaltung eines rosigen, jugendfrischen Aussehens, einer weissen, sammetweichen Haut, eines reinen, blendendschönen Teint, sowie gegen Sommersprossen und alle Hautunreinigkeiten ist unbedingt nur die allein echte
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife.
Vorrätig à Stück 50 Pfg. in den Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, — ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN — in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Totalausverkauf. Restbestände Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 2.65, 3.75, 4.85, 5.65, 6.75, 8.50, 9.50 usw. E. Weitzenbergs Portierenhaus, Große Frankfurterstraße 125. 2601K

Tüllbettdecken, extra groß, 1.95, 2.25, 3.35, 4.25 usw.

Erbstüllstores, entzückende Ausführungen, 3.45, 3.85 4.50, 5.25, 6.00 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Riesenposten Gardinenreste und einzelne Fenster (2 Schal) mit 10 Prozent Rabatt, Fenster 1.25, 1.85, 2.25, 2.75, 3.50, 4.50 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Abfallteppiche 3.25, 3.85, 4.50, 5.80, 6.50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

Plüschteppiche mit kleinen Farbfehlern, 10 Prozent Extrarabatt, 7.50, 9.65, 11.—, 13.—, 15.— usw. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken 1.25, 1.75, 2.50, 3.50 usw.

Plüschdecken 3.85, 4.85, 6.50, 7.85, 9.25 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Riesenposten Steppdecken, Wolle und Similiseide, 3.25, 3.85, 4.50, 5.50, 6.50, 7.85 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Massenverkauf von Möbelstoffresten, Linoleum- und Läuferstoffresten zu Spottpreisen. E. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Pfandleihhaus Krebber, Küstrinerplatz 7, spottbilliger Bettenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Deckenverkauf, Schmucksachen, Goldsachen, Silbersachen, verfallene Pfänder. 2492K

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Zuchthaus. Acht Jahre. Lebenserinnerungen von Sepp Oerter. Hochinteressant. Preis 1 Mark. Zu beziehen Buchhandlung Vorwärts. *

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz.

Teppiche, farbfehlerhafte, spottbillig.

Gardinen, Stores, Musterexemplare, für halben Wert.

Sofastoffreste selten billig.

Plüschportieren, einzelne Paare, spottbillig.

Steppdecken, Musterstücke, spottbillig.

Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 6 Anzeigen. 2641K*

Hermannplatz 6. Staunendbilligste Pfänderverkäufe! Lombardwaren! Riesenauswahl Winterpaletots! Sommerpaletots! Jackettanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Burschensachen! Extrabillige Bettenverkäufe! Wäscheverkäufe! Brautgeschenke! Schmucksachen! Taschenuhren! Kettenauswahl! Ringeauswahl! Freischwinger! Hochelegante Teppichauswahl! Gardinenauswahl! Plüschtischdecken! Steppdecken! Kunstbilder! Pelzstolas! „Selbstverständlich!" Jedermanns allerbilligste Kaufgelegenheit! Hermannplatz 6. „Warenverkauf Sonntags ebenfalls." †100*

5,00 prachtvolle Betten, 9,00 Bauernbetten, Daunenbetten 12,00, Aussteuer, Damastbezüge 3,90. Nur Pfandleihe, Andreasstraße achtunddreißig. 2550K

Landbett, zwei Deckbetten, zwei Kissen, zweischläfrig, 18,00, große Laken 1,00.

Bauerndeckbett. Unterbett, zwei Kissen 27,00. Pfandleihe, Andreasstraße achtunddreißig. Annoncenvorzeiger vergüte Fahrgeld.

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Tambouriermaschinen Hokemeyer, alleiniger Fabrikant Bellmann, Gollnowstraße 26. Preise billig, Abzahlung günstig. 1965K*

Milchgeschäftseinrichtungen; Milchverkaufsgefäße, Milchkannen, Milchmaße, Milchsiebe, Buttermaschinen, Wiegeschalen, billigst. Spezialfabrik Hermann Jordan, Michaelkirchstraße 21. *

Gasbeleuchtungs-Gegenstände, Hängegasbrenner, Zugampeln, modernste Bronzegaskronen, Gaskocher kaufen Installateure und Händler allerbilligst Großhandlung Baumann, Alte Jakobstraße 125. Geschäftsleuten Engrosrabatt. 2361K*

Gehen Sie nicht nebenan, wenn Sie zu Schlesinger wollen, achten Sie auf Firma und Hausnummer. Nur ein Geschäft in Moabit, Turmstraße 58, und ein Geschäft auf dem Wedding, Reinickendorferstraße 48. 2546K*

Ohne Anzahlung, Woche 50 Pfennig, Bilder, Spiegel. Ferner: Möbel, Polsterwaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Portieren, Uhren, Gaskronen, Herrengarderobe. Weber, Prenzlauerstr. 25. Besuch, eventuell Postkarte. 2537K*

Teppiche. Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schleunigen Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Plüschteppiche, ganz schwere Qualität: Stubengröße, früher 18,50 jetzt 12,00; Wohnzimmergröße, früher 32,75 jetzt 24,50; Salongröße, früher 43,50 jetzt 35,00. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74.

Steppdecken, eigene Anfertigung, richtige Größe, 3,75, 4,50, 5,50, 7,50. Teppichhaus Georg Lange, Chausseestraße 73/74. 2638K*

Gaskronen, Petroleumkronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Fabrikpreise. Große Frankfurterstraße 92, Filiale Ravenéstraße 6. 2599K*

Teppiche: Staunend billiger Massenverkauf! Dekoriert gewesene, wenig fehlerhafte Prachtteppiche: 5,25, 7,50, 13,50 bis 42,00. Teppichlager Richard Wolf, Dresdenerstraße 8 (Kottbusertor). Abonnenten Rabatt. *

Bücher des deutschen Hauses Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, zirka 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden, 90 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Teppiche (fehlerhafte) Gelegenheitskauf. Fabriklager Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Vorwärtslesern 6 Prozent Extrarabatt. 2489K*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491K*

Gaskronen ohne Anzahlung, Woche 1,00. Riesenlager, Louis Böttcher (selbst), Betriebsleitung Boxhagenerstraße 32. (Bahnverbindung Warschauerstraße). Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. *

Fünfzig wöchentlich. Möbel, Garderoben, Uhren, Kinderwagen, Wäsche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Teppiche, Eisenmöbel, Kronleuchter, Sprechmaschinen, Musikwerke, Trauringe. Grangow, Stargarderstraße 64. *

Zittauers Nähmaschinen ohne Anzahlung, gebrauchte spottbillig. Skalitzerstraße 99, Warschauerstraße 67. *

Billige Hosenwoche. Hochelegante Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 7—15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1812b*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 20—40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1813b*

Drehrollen (Teilzahlung), Fabrik Waßmannstraße 29, „Berlinea". *

Freude beim Tragen hat man an einem Stück von Schlesinger, ganz gleich ob Beinkleid, Anzug oder Paletot, ob fertig gekauft oder bestellt, wenn's von Schlesinger ist, ist es gut. Sitzt, hält und sieht gut aus. Zwei Verkaufsstellen; Turmstraße 58 und Reinickendorferstraße 48. 2631K*

50 Pfennig wöchentlich, Möbellager, Spiegellager, Bilderlager, Portierenlager, Gardinenlager, Gaskronenlager, Tischdecken, Steppdecken, Freischwinger, Taschenuhren. Sperber, Dresdenerstraße 128/129, Kottbuser Tor. 2580K*

Teilzahlung monatlich 10 Mark liefert elegante Herrengarderobe nach Maß. Kasse 10 Prozent billiger. Tomporowski, Schneidermeister, Lindenstraße 110. 2663K*

Singermaschine, 8,00, tadellos, Adalbertstraße 34. 1840b

Gaskocherhaus!!! Geschlossene Zweilochgaskocher! 5,00. Gasbratbacköfen! 8,00. Vierlochgaskocher: 9,00. Gasbügelapparat! Gasplätteisen! Geschäftsaufgabe, spottbillig Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32. *

Reichgestickte Tischdecken in Filztuch 2,15, Viktoriatuch 2,50, echt Plüsch 6,75. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 2141K*

Das alte berühmte Pfandleihhaus vom Weidenweg 19 befindet sich jetzt allein Chausseestraße 60. Dortselbst große Beleihung und größter Pfänderverkauf. Spottbilligster Bettenverkauf! Gardinenverkauf! Uhrenverkauf! Teppichverkauf! Steppdecken! Tischdecken! Bettinlette! Aussteuerwäsche! Riesenauswahl Herrenanzüge! Herrenpaletots! Damenkonfektion! Versand auch außerhalb. Geöffnet ganzen Tag, auch Sonntags. 2683K*

Baustellen, eventuell ohne Anzahlung, mit Baugeld habe zum Verkauf. Ernsthafte Reflektanten wollen ihre Adresse unter T. 4 bei der Hauptexpedition des „Vorwärts" hinterlegen. 1836b

Parzellen, Vorort, Wald und Land, Nähe Lehnitzsee, zweihundert Mark pro Parzelle an, Teilzahlung, verkauft Kaiske, Palisadenstraße 86.

Schweizerkäse, saubere Stücken, Pfund 50—60 Pfennig, zu haben Adalbertstraße 50. †

Geschäftsverkäufe.

Gornikiewicz Co., Oranienstraße 149, Telephon: 4, 11611, verkaufen Geschäfte aller Branchen schnell, diskret. Besuch kostenlos. 2498K

Schankgeschäft, Industriegegend, umständehalber billig verkäuflich. Auskunft Oranienburgerstraße 67.

Parteilokal, mehrere Zahlstellen und Fabriklieferung, schöne Räume, 30/1 Hell, 1/1 Weißbier. Preis 2500. Zu erfragen Eisenbahnstraße 2, Zigarrengeschäft. †26

Seifengeschäft wegen Todesfall spottbillig. Erfragen Utrechterstr. 10, Restaurant. †87

Stellmacherei zu verkaufen. Zu erfragen Paul Pfeifer, Restauration, Landsberger Allee 136. 1832b

Grünkramgeschäft wegen Soldat werden verkäuflich. Rixdorf, Hermannstraße 110, Waller. 1843b*

Möbel.

Auf Teilzahlung Möbeleinrichtung, Stube und Küche, 15 Mark. Verliehen gewesene Möbel spottbillig. Berolina, Kastanienallee 49. 2017K

Wegen baupolizeilicher Räumung nur noch kurze Zeit Möbelverkauf zu bisher unbekannt billigen Preisen, gediegene Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Kleiderschränke, Trumeaus, elegante Küchen. Andreasstraße 30, gegenüber Markthalle. *

Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Schränke, Vertikos, Tische, Sofas, Schreibtische, Bücherschränke, Büfetts, Garnituren, Bettstellen, Waschtoiletten, Bilder, Kronen, Teppiche, komplette Wirtschaften bedeutend billiger wie überall. Lennerts Möbelspeicher, Lothringerstraße 55. 2655K*

Nur für's Privatpublikum! In meinem Aufbewahrungs-Speicher kommen billige Einrichtungen auch einzelne Möbelstücke zum kolossal billigen Verkauf! Billiger als alle Möbelhändler! Große Auswahl in 6 Etagen! Einrichtungen von 180 Mark an! Nur Lothringerstr. 26, Verkauf Hof, Speicher. Bitte Hausnummer 26 zu achten, da in der Nähe sich Möbelgeschäfte befinden!

Möbelgelegenheit! Wenig gebrauchte, gutenthaltene Möbel, auch neue, einfachste, eleganteste, beliehen gewesen, verfallene spottbillig. Riesenlager, Lombardspeicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) *

Möbelfabrik, Oranienstr. 172/73. Brautleute, die gediegene Möbel kaufen wollen, sollen nicht versäumen, meine bedeutenden Läger zu besichtigen. Einrichtungen 285,00, 438, elegante 650,00 bis 5000; englisches Schlafzimmer 272, Herrenzimmer, Speisezimmer, Salons, Nußbaum oder Mahagoni, Taschensofa 60,00, Trumeau 38,00, Kleiderschrank, Vertiko 45,00, Küchen, modernster Anstrich, 58,00. Verliehene und zurückgesetzte billig. Auch Teilzahlung. 2406K*

Möbel-Teilzahlung. Spezialität: Kleinere Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbelstücke verkauft unter nur denkbar kulantesten Bedingungen. E. Cohn, Große Frankfurterstraße 58. 2560K*

Möbeltischlerei, gegründet 1901, Stallschreiberstraße 57 (am Moritzplatz), Hof, Fabrikgebäude, liefert reelle Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke zu Fabrikpreisen. Größte Auswahl. Ratenzahlung. Harnack, Tischlermeister. Vorwärtsleser 3 Prozent. 2497K

Gneisenaustr. 10, Ecke Nostitzstr. S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. 1716K*

Möbelhalle „Norden", Thiele Ackerstraße 120 (Gartenplatz). Filiale: Invalidenstraße 118 (Stettinerbahn), Speicher. — Riesenauswahl bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen von 200 bis 3000 Mark. — Gelegenheitskäufe gebrauchter wie neuer Möbel, spottbillig. Aufbewahrung und Lieferung frei. 1853K

Moebel-Boebel, Oranienstraße 58 (direkt Moritzplatz). In meiner seit 1879 bestehenden Möbelfabrik stehen in 5 Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Fabrikpreisen zum Verkauf. Unerreichte Leistungsfähigkeit. Englisches Schlafzimmer, Nußbaum oder Satin 226,—, modernes Schlafzimmer mit Intarsien 268,—, Speisezimmer mit Umbau 390,—, Herrenzimmer mit Umbau 351,—. 1 Zimmer und Küche 167,—, 348,—, modern 470,—. Bettstelle mit Matratze 21,—, englische Bettstelle mit Matratze 44,—, Kleiderspind 30,—, Trumeau, geschliffen 33,—, Chaiselongue 22,—, Schlafsofa 35,—, Plüschsofa 53,—, Teppiche 10,—, Gardinen, Portieren. Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten. 5 Jahre Garantie. Transport und Lagerung frei. Eventuell Zahlungserleichterungen. Geöffnet 8—8, Sonntags 8—2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Illustrierte Spezialofferte gratis und franko. 2394K

Billige Möbel, gebrauchte, verliehen gewesene und neue. Kleiderspind, Vertiko 18, Ausziehtisch, Sofatisch 15, Bettstelle mit Matratze 18, Garderobenschrank, Herrenschreibtisch 36, Chaiselongue mit Decke 19, Sofa 22, elegante Taschensofas 45, Paneelsofas 68, Säulentrumeau 30, Nußbaumbüfetts, Bücherspinde, englische Schlafzimmer, bunte Küchen 55, Waschtoiletten 20. Ratenzahlung. Transport frei. Stargardts Möbelspeicher, Lothringerstraße 69. 232/17*

Möbelgelegenheitskäufe. Komplette Wirtschaften, moderne Küchen, Schlafzimmer, Plüschsofas 48, Schreibtische, Umbauten riesiges Lager. Möbelspeicher, Chausseestraße 48, Hirschowitz. 110/18*

Möbelkaufhaus Skalitzerstr. 47/48, Ecke Görlitzerstraße, am Güterbahnhof, Wohnungseinrichtungen von 150,00 an, Kleiderschränke, Vertikos 28,00, Bettstellen mit Matratze 18,00, wunderbare Säulentrumeaus 28,00, Ausziehtisch 15,00, Waschtoiletten 20,00, elegante Taschensofas 45,00, moderne Kücheneinrichtung außergewöhnlich billig. 232/18

Seltene Gelegenheit! Vertiko, Kleiderschrank 15,00, Bettstellen, Plüschsofa 20,00, Spiegelspind, Spiegel 8,00, Büfett, Trumeau, Schreibtisch 15,00, Ausziehtisch, Stühle 1,50, Küchenspind 7,00, schleunigst Draeger, Palisadenstraße 103. 232/19

Paneelsofa, rot, Waschtoilette, Marmorplatte zu verkaufen. Kindler, Reichenbergerstraße 126. †26

Muschelschrank 26 Mark, Plüschsofa, Trumeauspiegel, Muschelbetten, Teppich, billig, Palisadenstraße 46, Förster. †*

Fahrräder.

Herrenfahrrad. Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumenstraße 36b. 1683K*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 60,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. *

Musik.

Pianino (Gelegenheit), für 280,— sofort zu verkaufen Warschauerstr. 58, Quergebäude I. 112/9*

Tasches Sprechmaschinen, Zentrale Landsbergerstraße 40. Vorteilhafteste Bezugsquelle erstklassiger Sprechmaschinen und Schallplatten. Sprechmaschinen 10,00, 12,50 usw. Große doppelseitige Schallplatten 0,40, 0,75 usw. Nadeln 1000 Stück 0,45. Gebrauchte doppelte spottbillig. †127*

Chorführerschule. Jeden Sonntag vormittags 10—12 Einsiedler-Bierhallen, Neue Promenade 10, Bahnhof Börse. Monatlich 1,50 M. 6 Monate. Direktor O. Suchsdorf, Nettelbeckstraße 18. 1833b*

Pianino erster Hoflieferanten-Firma, weit unterm Wert, sofort verkäuflich Französischestr. 15, 1 r. 110/9*

Violinunterricht (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts". [*

Verschiedenes.

Jeschek-Ensemble, durchschlagendes Repertoir, Gethsemanestraße 3. †88*

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a.

Kunststopferei von Frau Kokosky Schlachtensee, Kurstraße 8, III.

Englischen Unterricht für Anfänger und Vorgeschrittene, Einzelstunden und im Zirkel erteilt G. Swienty, Schöneberg, Sedanstraße 57, III. *

Geld auf Möbel, Wirtschaften, Pianinos, anerkannt kulant, schnell. Lagerspeicher, Neue Königstraße 5. (VII. 1587. 277/7*

Buchbinderei Sieber jetzt Annenstraße 50. †148*

Buchbinderarbeit, sauber, Louis Meyer (Ernst Wilhelm), Strelitzerstraße 32. 1453b*

Technikum. Elektrotechnik. Maschinenbau. Hochbau. Tiefbau. Architektur. Steinmetz-, Kunstschlosserschule. Gas. Wasser. Heizung. Abendkurse. Tageskurse. (Staatliche Aufsicht.) Neanderstraße 3. 2418K*

Bauschule. Polierkurse. Techniker-, Meisterkurse. Handwerkskammer alle bestanden. Statik. Entwerfen. Kostenanschlag. Tageskurse. Abendkurse. (Staatliche Aufsicht.) Neanderstraße 3. 2418K*

Leihhaus Merkur, G. m. b. H., Große Frankfurterstraße 116 (Pfandleihanstalt und Ankaufsabteilung). Hohe Beleihung für Goldwaren, Silbersachen, Schmuckgegenstände, Uhren, Herrengarderobe, Pelzwaren, Wäsche, Lexiken, Klaviere, Stoffe, Warenposten, jeden Wertgegenstand. Ununterbrochen geöffnet. *

Schrammelklub sucht Gitarren- und Baßspieler als Mitglieder. Dienstags 9—11. Lokal „Land", Emdener-, Ecke Waldenserstraße. 112/14

Glöholz, Komiker frei, Gropiusstraße 6. 1831b*

Wäsche wird sauber gewaschen, Freien getrocknet, Laken, Leibwäsche 0,10, Abholung Sonnabends. Frau Pankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 232/15

Großwäscherei Albert Lerche Köpenick, Freiheit 11, liefert chlorfreie, blendend weiße, im Freien getrocknete Wäsche. Laken, Leibwäsche, vier Handtücher, fünf Taschentücher 0,10. Abholung Sonnabends, Montags.

Wünsche mit Kapital und D. R.-Patent einer leistungsfähigen Küchenmöbelfabrik eventuell Genossenschaft beizutreten. Offerten unter V. 4 an die Expedition dieses Blattes. 1839b

Ehrenerklärung. Die Beleidigung gegen Paul Brüggow nehme ich zurück. Franz Grunow, Schwedterstraße 52. †88

Die Beleidigung, welche ich gegen Herrn Max Krohne ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann. Berlin, den 25. September 1909. Karl Spahn, Andreasstraße 21.

Vermietungen.

Zimmer.

Zimmer für 2 Herren a 12,—. Offerten „Heim", Postamt 112. †

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Tüchtiger Barbiergehilfe, 35, sucht Stellung, oder als Geschäftsleiter. Offerten „Friseur", Vorwärtsspedition Lausitzerplatz. †26

Parteigenosse, 28 Jahre alt, sucht Beschäftigung als Bote oder Kassierer. Offerten unter M. W. Postamt 39.

Stellenangebote.

Nebenverdienst für jedermann. Auskunft gratis. Herm. Wolf, Zwickau, Nordstraße 30. 2672K*

Zur Ausbildung in der Dreherei, Fräserei und Hobelei sucht Lehrling gegen Vergütung Zahnräderfabrik Friedrich Steinrück, Urbanstraße 116.

Federfärber für Phantasie, Dauerstellung. Meldung 11—2. Donath, Fürstenstraße 18. 112/17

Bäckerlehrling unter günstigen Bedingungen verlangt Adolf Mensing, Wiesenthalerstraße 2. †145

Puter, Bauanschläger sofort verlangt Flora-Ecke Görschstraße, Pankow.

Granit-Schrifthauer verlangt Karl Purps, Lothringerstraße 46. 1841b

Fliesenleger werden von heute ab sofort eingestellt Warschauerstraße 43/44. 232/14

Rohrer verlangt sofort August Schrödter, Lichtenberg, Müllerstr. 5a.

Lageristinnen, jüngere, für unser Reservelager sofort gesucht. Meldungen 1—2 mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 2680K

Kontoristinnen, jüngere, mit schöner Handschrift, sofort gesucht. Meldungen schriftlich mit genauen Angaben oder persönlich 1—2 mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2.

Farbigmacherinnen verlangt Ratschig, Köpenickerstraße 37. 2682K

Belegerin gesucht. Goldleistenfabrik Barthels, Michaelkirchstraße.

Botenfrauen finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung Schiffbauerdamm 1. 112/16*

Lehrmädchen, gerade eingesegnete, welche die Straußfederfabrikation erlernen wollen, nach der Lehrzeit dauernde Beschäftigung, verlangen sofort oder später E. Ruhemann u. Co., Straußfederfabrik, Kommandantenstraße 45. *

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren, aus achtbarer Familie, bei monatlicher Vergütung sofort gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 1—2 mittags oder 7—8 Uhr abends. A. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 2668K*

Arbeitersekretär gesucht.

Das Gewerkschaftskartell **Bremerhaven** und Umgegend sucht einen Arbeitersekretär. In Betracht kommt **nur eine erste Kraft.** Gehalt nach Uebereinkunft, jedoch wird gewünscht, Gehaltsansprüche in der Bewerbung zu vermerken. Referenzen sind erwünscht. Der Antritt muß möglichst sofort erfolgen, spätestens jedoch 1. Januar 1910. Bewerbungen mit der Aufschrift „Arbeitersekretär" sind bis spätestens 18. Oktober 1909 an den Kartellvorsitzenden **Friedrich Walck, Bremerhaven, Grabenstr. 101.** zu richten. 289/5*

Achtung! Holzarbeiter

Wegen Streik und Differenzen sind gesperrt:
Möbeltischlerei Liebenow, Petersburger Straße 3.
Sämtliche Betriebe in den Orten **Luckenwalde, Rathenow, Muskau, Segeberg** (Holstein) und **Magdeburg.**
Mannheim, Frankfurt a. M.
Modelltischlerei Bormann u. Kärting, Gerichtstraße.
Berliner Motorwagenfabrik in Reinickendorf.
Wagenfabrik Erdmann u. Rossi, Linienstraße 139/140.
Gleichzeitig ersuchen wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittelungsbureau des gelben „Handwerkerschutzverbandes" streng zu meiden.
Die Ortsverwaltung.

Jüngerer Redakteur

für die **„Schleswig-Holsteinische Volks-Zeitung"** in **Kiel** zum **1. Dezember** eventuell früher gesucht. Genossen wollen ihre Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen bis 15. Oktober an **Chr. Haase & Co. in Kiel** richten.

Tüchtiger Inseratenakquisiteur

zu **baldigem** Eintritt gesucht. — Offerten mit **Gehaltsansprüchen** und **ausführlichen Angaben** über **bisherige Tätigkeit** usw. erbeten bis zum **12. Oktober d. J.** an den 289/6*
Verlag des „Volksblatt", H. Bechmann u. Co.
Kassel, Wolfshager Straße 7.

Verantwortlicher Redakteur: Emil Unger, Grunewald. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.